

In diesem Heft

Editorial 947

Essay

ULI SCHÖLER
Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens 949

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ULRICH WEISS
Marx und der mögliche Sozialismus 958

PDS – und nun wohin?

ERHARD CROME
Linke Positionen, linke Politik. Zur
Programmdebatte der PDS 972

BIRKE BULL
Abschied und Suche:
die programmatische Debatte der PDS 981

Konkrete Utopie: Gerechtigkeit

ULLA PLENER
Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie.
Über eine verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung.
Teil I: Von der Jahrhundertwende bis 1933 986

DIETRICH WAHL
Das Phaleas-Syndrom: Ringen um
wirtschaftliche und politische Gleichheit (Teil 2) 999

KAY MÜLLER
Gesellschaftliches Eigentum als Option 1009

Sozialstatistik & Analyse

MICHAEL CHRAPA
Alltägliche Solidarität und latenter Rassismus 1017

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1028

Bücher & Zeitschriften

Wolfgang Fritz Haug (Hg.):
Historisch-kritisches
Wörterbuch des Marxismus.
4. Band: Fabel bis Gegenmacht
(JÜRGEN STAHL) 1030

Dieter Engelmann, Horst Naumann:
Hugo Haase. Lebensweg und
politisches Vermächtnis
eines streitbaren Sozialisten
(MARIO KESSLER) 1032

Fritz Vilmar (Hrsg.):
Zehn Jahre Vereinigungspolitik.
Kritische Bilanz und humane Alternativen
(SIEGFRIED PROKOP) 1034

Rainer Thiel:
MARX und MORITZ.
Unbekannter Marx.
Quer zum Ismus. 1945-2015
(STEFAN BOLLINGER) 1036

Summeries 1038

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1040

Editorial

Im Oktober, wenn dieses Heft erscheint, ist die zunehmend gewalttätige, mit neofaschistischer Attitüde exekutierte Ausländerfeindlichkeit – das zentrale Thema von Politik und Medien in den letzten Wochen – wahrscheinlich längst im Sommerloch verschüttet. Die Benzinpreisentwicklung, die Rentendebatten und Steuerkontroversen fordern zusammen mit den Aktien- und EURO-Kursschwankungen wieder ihr Recht an öffentlicher Aufmerksamkeit. Das Grauen jener blindwütigen, rassistisch-neofaschistischen Attacken wird allmählich verdrängt und verliert so seine einstige Brisanz – bis zur nächsten Eruption wendet sich die Politik wieder dem Geschäft zu.

Und mit der Verdrängung aus der öffentlichen Aufmerksamkeit bleiben auch jene grobschlächtigen, reichlich unbeholfenen und wohlfeilen Erklärungen im Raum, die rassistische Gewalt nur allzu schnell auf (Jugend-)Arbeitslosigkeit und Mangel an Freizeiteinrichtungen, und im Osten natürlich noch auf das unverdaute Erbe autoritärer DDR-Vergesellschaftung, eindampfen. Dadurch wird ein Deutungsmuster erzeugt und verfestigt, das – wie die in diesem Heft von Michael Chrapa vorgestellte FOKUS-Studie zeigt – zielgenau an den eigentlichen Quellen und Trägern rassistischer Einstellungen vorbei geht und schnelle, weil durch ein paar Fördermillionen bezahlbare Abhilfe verheißt. Tatsächlich erklärbar wird das schier unglaubliche und unerträgliche Maß an alltäglicher Toleranz gegenüber rassistischen Exzessen (meist) Jugendlicher nämlich erst, wenn die Verwurzelung dieser Haltungen in der ›Mitte der Gesellschaft‹ zur Kenntnis genommen wird. »Die Fakten dieser Untersuchung bestätigen eine solche Annahme in der Weise, daß die ›ausländerkritischen Gruppen‹ in hoher Konzentration in jüngeren bis mittleren Altersgruppen und im Kreis der vollbeschäftigten Erwerbstätigen anzutreffen sind« (Michael Chrapa).

Wenn das stimmt, dann ist die Fixierung auf jugendliche Gewalttäter, die nur ausführen, was zuvor von ›ordentlichen‹ Kleinbürgern am Stammtisch propagiert wurde, verhängnisvoll unzureichend. Auch erscheint dann die Neonazi-Symbolik im Kreis dieser gewalttätigen Jugendlichen in einem anderen Licht. Hier entlädt sich offenbar auf spezifische Weise Protest gegen eine selbstgefällige Gesellschaft, die nur noch durch ihre unsägliche (und in der politisch korrekten Öffentlichkeit weitgehend tabuisierte) Vergangenheit wirklich provoziert werden kann. Das, was mit dieser, aus der unbewältigten Vergangenheit entlehnten Symbolik und Gestik exekutiert wird, entsetzt die ›ehrenwerte Gesellschaft‹ jedoch weit weniger als

die Formen der Inszenierung selbst. Die Formen werden abgelehnt, die Aktionen dagegen (heimlich) begrüßt.

Im Osten verdeutlichen die alltäglichen Unterwerfungsrituale des (schwächeren) anderen zudem noch in besonderer Weise eine Dimension, die sich hier verstärkt manifestiert, wenngleich sie als Folge der Entsicherung der Gesellschaft überhaupt, aber vor allem der ›Mittelschichten‹, landesweit von Bedeutung ist. »Die Abwertung anderer führt zur Stabilisierung des eigenen, durch äußere Umstände eventuell erschütterten oder bedrohten Selbstbildes« (Michael Chrapa). Wer zehn Jahre nach dem Beitritt zur gesamtdeutschen Geschwisterrunde noch immer – und noch auf unabsehbare Zeit – für gleiche Arbeit deutlich schlechter bezahlt wird, wer mit speziellen Förderprogrammen alimentiert oder durch außerbetriebliche Ausbildungsplätze sonderbehandelt werden muß und dazu noch unverhohlen zu steter unterwürfiger Dankbarkeit für soviel Mildtätigkeit angehalten wird, der muß eine Menge Frust kompensieren – und da kommen »benachteiligte Minderheiten« gerade recht.

Rassistische Gewalt und das sie (in der Regel) begleitende neonazistische Getöse haben mit politischer Selbstbedienungsmentalität, geheiligter Profitgier und den offensichtlichen Verwerfungen in der inneren Verfaßtheit dieses Landes jedenfalls mehr zu tun als die offizielle Politik wahrhaben will – auch wenn sie seit kurzem den insbesondere für sein Engagement gegen Ausländerfeindlichkeit gekürten »Weltstaatsmann des Jahres« zu den ihren zählt.

ARNDT HOPFMANN

Zeitgleich mit dieser »regulären« Ausgabe erscheint ein Sonderheft von »UTOPIE kreativ«, das dem 10. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD gewidmet ist, mit Beiträgen von:

Jochen Černý zu historischen Fragen in der PDS-Programmdebatte

Dietrich Staritz zu Erklärungsansätzen für das Ende der DDR

Lutz Herden und Michael Schmidt zur Abwicklung des »Ostfernsehens«

Viola Schubert-Lehnhardt zur Gesundheitsförderpolitik

Joachim Tesch zur Erfüllung des DDR-Wohnungsbauprogrammes

Dietmar Wittch zur West-Ost-Sprachlosigkeit zwischen den Linken

Gerhart Neuner zur Darstellung der DDR in aktuellen Schulbüchern

Alle Dauerbezieher von »UTOPIE kreativ« erhalten diesen Sonderband als Dankeschön für ihre Treue, die in vielen Fällen schon ein Jahrzehnt währt, im Rahmen des Abonnements kostenlos.

ULI SCHÖLER

Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens

Etwas über die »Aktualität und Zukunft des Marxschen Denkens« ausführen zu wollen, darf ohne Übertreibung als ein gewisses Wagnis bezeichnet werden. Setzt man sich auf diese Weise doch unweigerlich – wenn schon nicht dem Spott und dem Hohngelächter –, so wenigstens dem bemitleidenden Kopfschütteln aus, wie sich jemand allen Ernstes noch mit derart verstaubtem Gedankengut abgeben könne. Kopfschütteln ruft dies im konkreten Fall auch deshalb hervor, weil der Autor doch eigentlich einem ganz ehrenwerten Beruf nachgeht, der zunächst einmal ein derartiges gedankliches Abenteuerum nicht nahelegt.

Was treibt einen wie mich gleichwohl um, sich ausgerechnet jetzt mit derartigen Fragestellungen zu beschäftigen. Meine Antwort darauf lautet in aller Kürze: Die vergangenen zehn Jahre nach dem Fall der Mauer und der Implosion des »realsozialistischen« Staatensystems haben zwar eine Menge an Glaubensbekenntnissen hervorgebracht, aber bislang noch außerordentlich wenig zu einer differenzierten Neubewertung des Marxschen Erbes beigetragen. Zu diesen Glaubensbekenntnissen zähle ich die vielfachen Abgesänge auf Marx und Engels von links bis rechts, kongenial in Norbert Blüms Diktum zusammengefaßt: »Marx ist tot und Jesus lebt«. Dazu zähle ich aber auch all die tapferen Bekundungen (so sehr sie im einzelnen recht haben mögen), daß der sogenannte reale Sozialismus ja kein wirklicher gewesen sei und deshalb Marxens Werk weiter in unbefleckter Reinheit erstrahle.

Nicht ganz auf derselben Ebene, aber in ihren Konsequenzen auch nicht viel weitsichtiger, liegen all diejenigen, die den »toten Hund« im 150. Jahr des »Kommunistischen Manifests« zu neuem Leben erweckten und – oh Wunder – entdeckten, daß es Marx und Engels waren, die wohl am frühesten in der Zunft der ökonomischen Wissenschaft das als prägende Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise ausgemacht hatten, was uns heute mit dem Begriff der »Globalisierung« so locker über die Lippen geht: die Tendenz nämlich, sich als umfassender Weltmarkt durchzusetzen. Aber mehr als diese beileibe nicht neue Erkenntnis war in den Feuilletons des Frühjahrs 1998 zwischen »Zeit« und »FAZ« nicht zu haben, also *keine* wirklich neue Annäherung an die Fragestellung, ob denn die daran geknüpften Marxschen Transformationsvorstellungen ebenfalls noch taugen.

Seither ist es wieder ruhig geworden um Marx und Engels, ein neues Jubiläum steht aktuell nicht an. So macht allenfalls ein Publizist wie Konrad Löw kurzzeitig Furore, der öffentlich darüber Klage führt, daß von den Wissenschaftlern der »Internationalen Marx-Engels-Stiftung« zu viele öffentliche Gelder unnützlich vergeudet werden. Mit anderen

Uli Schöler – 1953, Dr. rer. pol., Jurist und Politikwissenschaftler, bis 1998 Büroleiter des Stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse und Sekretär der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD; seit 1998 Leiter des Präsidialbüros des Deutschen Bundestags. Veröffentlichungen u. a.: »Despotischer Sozialismus« oder »Staatsklaverei«? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917-1929), 2 Bände, Hamburg/Münster 1991; Despotischer Sozialismus in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg 1995, S. 610ff; Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Bonn 1999.

Der Beitrag gründet sich auf einen Vortrag des Autors, der am 12. November 1999 in der Aula der Technischen Universität Braunschweig in einer Veranstaltung des Instituts für Sozialgeschichte e. V., Braunschweig-Bonn, in Verbindung mit der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam, der TU Braunschweig und der Stadt Braunschweig gehalten wurde.

Worten: Es besteht auch von dieser Seite her Handlungsbedarf, allerdings endlich jenseits aller Glaubensbekenntnisse und auf der Basis neuen und quellengesättigten wissenschaftlichen Zugangs, so wie es ja auch den neuen Editionsrichtlinien der Herausgeber der fortgeführten Marx-Engels-Gesamtausgabe (kurz: MEGA) entspricht. Mein eigener bescheidener Beitrag in dieser Richtung ging und geht von der Fragestellung aus, welche Rückwirkungen das Scheitern des sowjetischen Systems auf das analytische wie theoretische Gedankengebäude der beiden großen Vordenker der sozialistischen und Arbeiterbewegung hat. Denn, soviel dürfte unstrittig sein, ihr Denken hat sich immer – um den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci zu zitieren – als eine »Philosophie der Praxis« verstanden. Oder, in ihren eigenen Worten ausgedrückt: »Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme – ist keine Frage der Theorie, sondern eine *praktische* Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i. e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit und Nicht-Wirklichkeit des Denkens – das von der Praxis isoliert ist – ist eine rein *scholastische* Frage.«¹

1 Karl Marx: [Thesen über Feuerbach], in: Karl Marx Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 3, S. 5.

Eine durchaus bequeme und vermeintlich durch vielfältige Aussagen von Marx und Engels selbst belegte Auffassung konnte jedoch immer wieder darauf verweisen, daß beide zwar eine ausgearbeitete Analyse kapitalistisch geprägter Gesellschaften geliefert hätten mit der Prognose, daß deren unlösbare Widersprüche auf den Sozialismus beziehungsweise Kommunismus zutreiben würden, aber ein ausgearbeitetes Transformationsprogramm der beiden oder gar Vorstellungen über die Gestalt einer *anderen*, neuen Gesellschaft nicht vorlägen. Wer kennt sich nicht, die Absagen an die »Rezepte aus der Garküche der Zukunft«!

Meine kritische Erwiderung lautet: Dies ist aus zwei Gründen falsch. *Erstens* ergibt sich eine Reihe von Strukturmerkmalen der neuen – wenn man so will: sozialistischen – Gesellschaft aus den analysierten und beschriebenen, zu überwindenden Funktionsdefiziten der alten, kapitalistisch strukturierten und den Bedingungen ihrer Überwindung. Und *zweitens* lassen sich – wie ich es in meinem Buch auch getan habe – aus den vielfältigsten Schriften und Texten von Marx und Engels Detailvorstellungen zusammentragen, die gleichwohl ein beschreibbares Gesamtbild der angestrebten neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung ergeben. Schauen wir uns dies also näher an – wobei ich vorweg schicken muß, daß bei der thesenhaften Zusammenfassung manche Überspitzung und Verkürzung hingenommen werden muß.

These 1: Als weiterhin weitgehend brauchbar erweist sich ihre konkrete Untersuchung und Analyse der Funktionsbedingungen und Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise. Dies schließt die Analyse der verschiedenen Formen der Teilung der Arbeit ein (einschließlich eines, allerdings nur partiell zutreffenden und zudem die Probleme reduzierenden, Blicks auf die Geschlechterbeziehungen), den daraus entspringenden Entfremdungszusammenhang sowie die Freilegung der der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Krisenzyklen. Klarer als in anderen ökonomisch-theoretischen Ansätzen wird im Marx'schen Denken die Tendenz zu einem globusumspannenden kapitalistischen Weltmarkt entwickelt.

Es liest sich darüber hinaus wie eine Beschreibung der heutigen Problemlagen, wenn Marx die Janusköpfigkeit des Fortschritts seiner Zeit

beschreibt. Jedes Ding scheint zur Zeit – so führt er 1856 in einer Rede aus – mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen. Die Maschinerie, die mit der wundervollen Kraft begabt sei, die menschliche Arbeit zu verringern und fruchtbarer zu machen, lasse sie zugleich verkümmern und zehre sie bis zur Erschöpfung aus. Die neuen Quellen des Reichtums verwandelten sich so durch einen seltsamen Zauberbann zu Quellen der Not. Die Siege der Wissenschaft erschienen erkaufte durch einen Verlust an Charakter. Selbst das reine Licht der Wissenschaft scheine nur auf dem dunklen Hintergrund der Unwissenheit leuchten zu können. Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen und modernem Elend und Verfall auf der anderen Seite und damit der Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen der gegenwärtigen Epoche sei eine handgreifliche, überwältigende und unbestreitbare Tatsache.²

Aber schon die Bestätigung dieser Aktualität des Marx'schen Denkens in der Analyse fällt nicht uneingeschränkt aus. Es lassen sich sowohl Passagen finden, die die später kultivierte Auffassung von der »Naturnotwendigkeit« des kapitalistischen Zusammenbruchs nährten, als auch solche, aus denen durchaus eine immer neue Regenerations- und Wandlungsfähigkeit kapitalistischer Ökonomien abzulesen war. Zu letzteren gehört unter anderem die leider strategisch nicht wirklich fortentwickelte Unterscheidung zwischen extensiven und intensiven Wachstumsmöglichkeiten einer derartigen Produktionsweise.

These 2: Ähnlich widersprüchlich fällt das Urteil bezüglich der hiermit verknüpften Analyse einer Tendenz zur Konzentration und Zentralisation von Kapital aus. Wer wollte bestreiten, daß sich derartige Vorgänge ökonomischer – und damit vermittelt auch politischer – Machtzusammenballungen immer neu vor unseren Augen vollziehen. Gerade am Ende der neunziger Jahre erleben wir eine neue Fusions- und Übernahmewelle auch als Antwort auf die Globalisierung, sei es bei den Banken, den Versicherungen, den Auto- oder den Pharmakonzernen. Der Chef der US-Kartellbehörde verwies vor zwei Jahren darauf, daß dabei die Größenordnungen beständig wachsen. Sei vor kurzem noch eine Fusion im Umfang von einer Milliarde Dollar als riesig empfunden worden, sei dies jetzt zur Routine geworden, seien Fälle bis zu 20 Milliarden Dollar zu entscheiden.

Auch hinsichtlich dieses Theorems neigten Marx und Engels jedoch dazu, aus der Tendenz eine lineare Entwicklung zu konstruieren, die durch den historischen Prozeß eindeutig widerlegt ist. Etwa die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts sind durch die deutliche Zurücknahme zuvor bereits erreichter Konzentrationsprozesse, einschließlich der damit verbundenen Fertigungstiefen, geprägt.

These 3: Während der von Marx entwickelte Begriff einer kapitalistischen Produktionsweise ein im wesentlichen funktional-analytischer ist, haben andere Theoretiker und Wirtschaftshistoriker einen anderen Zugang gewählt. Der französische Forscher Fernand Braudel etwa untersucht »Kapitalismus«, wie er es nennt, stärker aus einer historischen Entwicklungsperspektive und in seinem Verhältnis zu den weit älteren und entsprechend als überwölbend verstandenen Marktverhältnissen. Beide Sichtweisen schließen sich nicht völlig aus. Allerdings bietet letzterer Ansatz einen doppelten Vorzug: Wir behalten das Nebeneinander unterschiedlicher Produktionsweisen und -formen (national wie

2 Karl Marx: Rede auf der Jahresfeier des »People's Paper« am 14. April 1856 in London, in: MEW, Bd. 12, S. 3f.

international) im Blick. Und uns eröffnet sich die Möglichkeit einer Betrachtung der relativen Autonomie von Marktprozessen und ihrer Besonderheiten, Vorzüge und Schwierigkeiten.

Die Marktprozesse werden jedoch in den Bearbeitungen von Marx und noch mehr von Engels deutlich vernachlässigt. Für Marx sind es dieselben Umstände, die auf der einen Seite die Grundbedingungen der kapitalistischen Produktion hervorgerufen und die auf der anderen Seite alle diejenigen Warenproduktionen allmählich zerstören, die auf Selbstarbeit der Produzenten gründen oder bloß auf dem Verkauf des überschüssigen Produkts als Ware.³ Damit bleibt – perspektivisch – nur der kapitalistisch geprägte Weltmarkt übrig. Ja, hierin liegt sogar ein Wesenszug, der die ganze Periode charakterisiert: »Das Wesentliche für die kapitalistische Produktion ist die Entwicklung des Produkts zur Ware, die wesentlich mit der Ausdehnung des Markts, Schöpfung des Weltmarkts, also foreign trade, verbunden.«⁴ Abgesehen von der frühen Entwicklung kapitalistischer Produktion sieht er das dynamische Moment in der Sphäre der Produktion, beobachtet damit vorrangig die Funktionsbedingungen von Märkten nur unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse beziehungsweise dieses Wechselverhältnis der beiden Sphären zueinander. Diese Konzentration hat durchaus fatale Folgen für seine Transformationsvorstellungen.

These 4: Als besonders fatal erweisen sich vielfach vereinfachende Schlußfolgerungen aus differenzierenderen Analysen zunächst schon da, wo Marx und Engels im Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals bereits Formen »vergesellschafteten« Produzierens erblickten. Die Bildung von Aktiengesellschaften bedeutet danach die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum bereits innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Entsprechend lesen wir – nicht nur, aber doch auch – immer wieder »staatssozialistische« Passagen, in denen von der fortschreitenden Konzentration allen Kapitals, allen Ackerbaus, aller Industrie, allen Transports und allen Austauschs in den Händen des Staates a dem Betrieb der großen Industrie und der Eisenbahn durch den Staat nach der Erringung der Demokratie die Rede ist – auch wenn es dann im selben Text an anderer Stelle wieder heißt, daß die neue Gesellschaftsordnung die Industrie und alle Produktionszweige durch die ganze Gesellschaft und für gemeinschaftliche Rechnungen betreiben lassen müsse.⁵

In dieser Perspektive finden sich, ganz allgemein gesprochen, zunächst kaum Ansatzpunkte etwa für eine gemischtwirtschaftliche Transformationsperiode oder -strategie, geschweige denn genauere Vorstellungen über genossenschaftliche Produktion. Die Perspektive ist eindeutig auf die Abschaffung allen Privateigentums an Produktionsmitteln gerichtet, weil Marx die Befürchtung hegt, daß jedwedes Dulden der Weiterexistenz von Lohnarbeit das Wiederaufkommen von kapitalistischer Produktion auf kleiner Stufenleiter befördere. Diese Auffassung ist nicht nur wenig fantasievoll in bezug auf die konkrete Ausgestaltung genossenschaftlicher Produktion, sie ist vor allem blind für die Gefahren, die mit einer Monopolstellung öffentlicher Produzenten einhergehen: Autarkiebestrebungen, innere Bürokratisierungs- und Erstarrungsvorgänge, Probleme einer vernünftigen und überschaubaren Steuerung interner wie externer Vorgänge, mangelnde Flexibilität, stagnative Tendenzen aufgrund fehlenden Außendrucks und eigener

3 Karl Marx: Das Kapital, Bd. 2, in: MEW, Bd. 24, S. 41f.

4 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, in: MEW, Bd. 26/2, S. 425.

5 Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, S. 370; 374; 317.

Monopolstellung, Innovationsträgheit, Verschwendungs- und Ausschußproduktion mangels effektiver Kontrolle usw. Es dürfte aufgefallen sein, daß hier vor allem Stichworte genannt wurden, die für die ökonomische Entwicklung der sowjetisch beeinflussten Staaten kennzeichnend geworden sind. Zumindest in dieser Hinsicht hatten sich Marx und Engels als schlechte Ratgeber erwiesen.

These 5: Die entscheidende Schwäche in den Marxschen Transformationsvorstellungen liegt meines Erachtens in der völligen Unterschätzung der positiven Regulationsmechanismen des Marktes und des Wettbewerbs. Mit der Aufhebung der »Basis«, sprich der kapitalistischen Weise der Produktion – so lesen wir in der »Deutschen Ideologie« –, löst sich nach Auffassung von Marx die Macht des Verhältnisses von Nachfrage und Zufuhr in Nichts auf.⁶ Und noch schärfer formuliert es viele Jahre später Friedrich Engels: »Sobald die Produzenten ihr Produkt nicht mehr direkt selbst verzehrten, sondern es im Austausch aus der Hand gaben, verloren sie die Herrschaft darüber ... die Möglichkeit war gegeben, daß das Produkt dereinst verwandt werde gegen den Produzenten, zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Darum kann keine Gesellschaft auf die Dauer die Herrschaft über ihre eigne Produktion und die Kontrolle über die gesellschaftlichen Wirkungen ihres Produktionsprozesses behalten, die nicht den Austausch zwischen einzelnen abschafft.«⁷ Der allgemeine und ausschließliche Regelungsmechanismus der Zirkulationssphäre der neuen Gesellschaft, den sie beschreiben, ist nicht der des Austauschs, der Steuerung durch Angebot und Nachfrage, sondern der der Verteilung: Verteilt werden die Arbeitskräfte auf die verschiedenen Zweige der Produktion, verteilt werden die für diese Produktion notwendigen Produktions- und Arbeitsmittel und verteilt werden die zur individuellen Konsumtion hergestellten und bereitgehaltenen Produkte. Immer wieder betonen Marx und Engels, daß es auf der einen Seite um »direkt gesellschaftliche Aneignung« im Bereich der Produktion und auf der anderen um »direkt individuelle Aneignung« hinsichtlich der Lebens- und Genußmittel geht.⁸ Charakteristisch für die »sozialistische Gesellschaft« ist ein neuer Verteilungsmodus, mit dem man zunächst einmal anfängt, und danach beginnt die Suche nach der »allgemeine(n) Tendenz ... , worin sich die Weiterentwicklung bewegt«.⁹

Zunächst ist hierzu festzustellen, daß alle später unternommenen, bis in die neunziger Jahre unseres Jahrhunderts reichenden Versuche, Marx und Engels mit »marktsozialistischen« Vorstellungen zu versöhnen, in deren Werk keine reale Grundlage finden. Meine hier nur andeutungsweise widerzuegebende These hinsichtlich des Scheiterns der »realsozialistischen« Ökonomien lautet jedoch, daß diese gerade an ihrem Defizit des inneren Antriebs, an einem fehlenden Mechanismus zugrunde gingen, der den Effizienz- und Rationalisierungsdruck kapitalistischer Marktwirtschaften hätte ersetzen können. So wurde die sowjetische Wirtschaft genau in dem Moment gegenüber den Ökonomien des Westens entscheidend zurückgeworfen, als diese im Gefolge der Ölpreiskrise der frühen siebziger Jahre zu einem energie- und ressourcenschonenden, das heißt *intensiven* Akkumulationstypus überzugehen gezwungen waren und diesen Übergang auch bewältigten. Marx hatte zwar durchaus die verschiedenen Möglichkeiten extensiven und intensiven Produktionswachstums gesehen, aber er hatte keinen

6 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 35.

7 Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: MEW, Bd. 21, S. 110.

8 Friedrich Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S. 261

9 Friedrich Engels: Brief an Conrad Schmidt, in: MEW, Bd. 37, S. 436.

Mechanismus gezeigt, der in der neuen Ökonomie an die Stelle des Wettbewerbs- und Innovationsdrucks hätte treten können. So ist er zwar sicherlich nicht für jedwede strukturelle Ausprägung der sowjetischen Ökonomie verantwortlich zu machen, aber schon dafür, kein dynamisierungstaugliches Zukunftsmodell entworfen zu haben.

These 6: Dieser traurige Befund wird noch durch eine Reihe bedeutender Begleiterscheinungen unterstützt. Das Marxsche Modell enthielt auch keinerlei positive Vorgaben für die künftige Rolle ökonomischer (und gesellschaftlicher) Vermittlungsinstanzen, ja es legte letztlich eher deren »Absterben« nahe. Teils aufgrund der spontanen Ereignisse, teils aufgrund »sozialistischer« Überzeugungen räumten die russischen Revolutionäre (die Arbeiter in den Fabriken wie die politischen Akteure an den Schreibtischen) nach der Revolution all das beiseite, was als Regelungsinstanzen und Antriebskräfte des alten Wirtschaftsmechanismus funktioniert hatte: den Markt, die Ware-Geld-Beziehung, den Zwischenhandel, die Konkurrenz zwischen den Unternehmen, die Gewinnorientierung der Unternehmen (auch Profit genannt), deren Verpflichtung zu einer betrieblichen Rechnungsführung oder Bilanzierung, die Differenzierung der Einkommen als internes Steuerungs- und Antriebsmoment. Die Formel von der »unmittelbaren« gesellschaftlichen Produktion, Verteilung und Aneignung legte Schlußfolgerungen nahe, daß es des ganzen Instrumentariums unabhängiger Akteure, Verbände, Interessengruppen und Vermittlungsinstanzen (einschließlich der Marktmechanismen) selbst in einer Gesellschaft des Übergangs nicht mehr bedürfe. Denn Ziel war ja schließlich eine Gesellschaft, in der die letzten Verkehrsformen der alten Gesellschaft schon bald sollten wegfallen können.

These 7: Haben wir also aus heutiger Sicht und unter Auswertung der Erfahrungen des sowjetischen Weges erhebliche Zweifel daran anzumelden, ob wir wirklich noch von einem kohärenten »sozialistischen Projekt« bei Marx und Engels sprechen können, so gilt dies auch für die Frage des Subjekts künftiger Gesellschaftsveränderungen. Nochmals in notwendiger Verkürzung: Zum einen liefern sie widersprüchliche Hinweise über den Charakter dieses Subjekts. Dieses konstituiert sich nach Marx einerseits aufgrund eines kollektiven Verelendungszusammenhangs. Während nämlich auf der einen Seite durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals die Zahl der Kapitalmagnaten ständig abnehme, wachse die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden Arbeiterklasse. Bei Engels lesen wir noch knapper davon, daß die kapitalistische Produktionsweise eine »unerträgliche Klassenlage« erzeugt habe, nämlich den »sich täglich verschärfenden Gegensatz von immer weniger, aber immer reicheren Kapitalisten und von immer zahlreicheren und im ganzen und großen immer schlechter gestellten besitzlosen Lohnarbeitern.«¹⁰

Andererseits heißt es in ihrer Schrift *Die Deutsche Ideologie*, die Individuen müßten sich die vorhandene Totalität der Produktivkräfte aneignen, und zwar nicht nur, um zu ihrer Selbstbetätigung zu kommen, sondern schon um überhaupt ihre Existenz sicherzustellen. Diese Aneignung sei »zuerst bedingt durch den anzueignenden Gegenstand – die zu einer Totalität entwickelten und nur innerhalb eines universellen Verkehrs existierenden Produktivkräfte«. Und im Anschluß daran

10 Friedrich Engels: *Anti-Dühring*, in: MEW, Bd. 20, S. 139f.

fahren sie fort: »Die Aneignung dieser Kräfte ist selbst weiter nichts als die Entwicklung der den materiellen Produktionsinstrumenten entsprechenden individuellen Fähigkeiten. Die Aneignung einer Totalität von Produktionsinstrumenten ist schon deshalb die Entwicklung einer Totalität von Fähigkeiten in den Individuen selbst.«¹¹

An dieser Stelle kann nur festgehalten werden, daß Marx und Engels eine wirkliche Auflösung dieses Widerspruchs nicht gelingt. Es wird nicht wirklich kenntlich, ob und wie die Überwindung der alten Gesellschaft durch verelendete Proletarier oder durch entwickelte Individuen gelingen kann. Aber selbst wenn es diesen Widerspruch nicht gäbe, müßten wir zum anderen heute beachten, daß sich die Sozialstrukturen moderner postindustrieller Gesellschaften in einem dramatischen Wandel befinden. Die Wissens-, Informations- und Dienstleistungsökonomien der Zukunft konstituieren keinerlei homogenisierbares revolutionäres Subjekt mit gemeinsamer Interessenlage. Vielmehr droht eine Perspektive, innerhalb derer immer weniger Menschen zur Produktion gesamtgesellschaftlichen Reichtums benötigt werden – mit der offenen Frage, welche Perspektiven für die übrigen, die weltweit bald die Mehrzahl stellen könnten, bleibt.

These 8: Im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte hat die Geschlechterfrage eine wachsende Bedeutung erlangt. Auch in dieser Hinsicht fällt die Bilanz für Marx und Engels zwiespältig aus. Positiv klingt es zunächst, wenn wir bei Engels lesen: »Die erste Teilung der Arbeit ist die von Mann und Weib zur Kinderzeugung ... Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.«¹²

Auch wenn damit eine für diese Zeit gewiß revolutionäre Aussage getroffen wurde, bleiben die perspektivischen Gedanken doch in Bahnen stecken, die die Geschlechterfrage letztlich der Lösung der allgemeinen sozialen Frage unterordnen. Sowohl in der Vorstellung einer »naturwüchsigen« Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau als auch in der (entsprechend durchaus »konsequenten«) Zuweisung von Pflichten nur an die Frauen »im Privatdienst der Familie« (wie es an anderen Stellen heißt¹³) taucht ein Verständnis auf, aufgrund dessen der breitere Unterdrückungszusammenhang im Verhältnis der Geschlechter nicht gesehen werden kann. Hier muß der knappe Hinweis genügen, daß das Patriarchat mit seinen unterschiedlichen kulturell, religiös, ökonomisch, habituell, mental und sexuell geprägten Formen der Unterdrückungen, Zurückstellungen, Abhängigkeiten und Zwängen für Frauen wohl weitaus älter ist, als von Engels angenommen wurde. Da es diese älteren und zudem ganz unterschiedlichen Ausprägungen von Unterdrückung der Frau gibt, die bis in unsere auch heute noch weitgehend patriarchalische Gesellschaft hineinreichen, ist es weder logisch noch wahrscheinlich, daß mit dem Wegfall der ökonomischen Überlegenheit des Mannes etwa dessen Vorherrschaft in der Ehe »von selbst« wegfallt, wie Engels noch gemeint hat.¹⁴

These 9: Streifen wir schließlich noch kurz den immer bedeutsamer werdenden Zusammenhang der Ökologie. Dabei sollte vorausgeschickt werden, daß es vermessen wäre, wollte man bei Marx und Engels ein ähnliches Bewußtsein ökologischer Zusammenhänge voraussetzen,

11 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 67f.

12 Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie ..., in: MEW, Bd. 21, S. 68.

13 Ebenda, S. 75.

14 Ebenda, S. 83.

wie wir es in den letzten Jahrzehnten aufgrund einer ganzen Folge zunehmender ökologischer Krisenmomente entwickelt haben. Aber ohne daß davon gesprochen werden könnte, Marx und Engels hätten eine ihrer Analyse der ökonomischen wie gesellschaftlichen Verhältnisse vergleichbare systematische Durchdringung des Austauschprozesses zwischen Mensch und Natur geliefert, läßt sich zeigen, daß ihre Überlegungen immer auf der Vorstellung der Naturbedingtheit und Naturvermitteltheit der menschlichen Gattung und der von ihr initiierten Vergesellschaftungsprozesse beruhten. Marx schreibt: »Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsform.« Und so heißt es auch zu ihrem Geschichtsverständnis: »Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten aus betrachtet, in die Geschichte der Natur und in die Geschichte der Menschen abgeteilt werden. Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; solange Menschen existieren, bedingen sich Geschichte der Natur und Geschichte der Menschen gegenseitig.«¹⁵

15 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 18.

Marx sieht durchaus die Gefahren, die mit der gegenwärtigen Produktionsweise auch für die Natur verknüpft sind. Er schreibt: »Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist ist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land ... von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«¹⁶

16 Karl Marx, Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, S. 529f.

Es ließen sich weitere Belege liefern, die zeigen, daß Marx und Engels beileibe nicht die Propheten eines ungehemmten kapitalistischen Fortschritts auf Kosten der Natur waren, den es in einer sozialistischen Ökonomie nur zu vervollkommen gelte. Gerade in dieser Beziehung hatten die Sowjetunion und die ihr verbundene Staatengemeinschaft keinerlei Recht, ihre desaströse Bilanz auf das Konto der vermeintlichen Theorieväter zu schreiben. Marx und Engels liefern durchaus Anhaltspunkte für die Notwendigkeit eines Umsteuerns in Richtung auf eine ökologische, nachhaltige Weise der Produktion.

These 10 und zugleich zusammenfassende Schlußbilanz: Verkürzt ließe sich sagen, daß Marx und Engels eine in großen Teilen immer noch zutreffende Analyse kapitalistischer Produktionsabläufe liefern, aus denen allerdings – vor dem Hintergrund der Erfahrungen unseres Jahrhunderts – keine tragfähigen Transformationsvorstellungen entwickelt werden. Wenn man so will, hat damit der sich auf Marx und Engels beziehende Teil der sozialistischen Bewegung zugleich sein *Projekt* und sein *Subjekt* verloren. Die zentrale Erfahrung lautet daher zunächst, die Unabdingbarkeit von Marktprozessen auf der Basis von gemischten Eigentumsformen, das heißt vor allem auch von privatem Eigentum an Produktionsmitteln zu akzeptieren. Diese Erkenntnis ist nur *gegen* die Theorie von Marx, nicht *mit* ihr zu haben. Marktssysteme erweisen sich als höchst elastisch gegenüber historischen Herausforderungen, sie sind grundsätzlich reformfähig, ermöglichen Fehlerkor-

rekturen, das Suchen nach alternativen Entwicklungspfaden, während in einer Planwirtschaft kein Mechanismus der Korrektur existiert, der aus einer einmal beschrittenen Sackgasse wieder herausführt. Damit verliert die von Marx und Engels nicht zuletzt im »Kommunistischen Manifest« in den Mittelpunkt gestellte »Eigentumsfrage« ihre Zentralität. Im sozialistischen Sinne rückt nunmehr die Frage ins Zentrum, ob es *gesellschaftlich* getroffene Entscheidungen sind, aufgrund derer die einzelnen ökonomischen Akteure nach den jeweils praktisch besten Lösungen suchen, oder ob es der *anonyme* Profitmechanismus ist, der als Antriebsmoment über Sinn und Zweck ökonomischer Prozesse allein entscheidet. Über derartige, bescheidenere Ansätze ließe sich auch im Detail eine Menge sagen. Das ist aber nicht Thema dieses Beitrags.

Ein weiterer Hinweis ist notwendig: Vernachlässigt wurde – auch als Folge der Leninschen Tradition – der Teil im Denken von Marx und Engels, in dem stärker der Aspekt des evolutionären »Sich-Herausarbeitens« aus sowohl überholten als auch *reifen* Verhältnissen betont wurde. Dieser Aspekt beinhaltet genau genommen das Prinzip einer *evolutionären* Durchsetzung eines völlig neuen, das heißt letztlich *revolutionären* Prinzips. Darin steckt keine Paradoxie oder Tautologie. Auch industrielle Revolutionen vollziehen sich nicht als plötzlicher, revolutionärer Bruch, sondern im Rahmen eines längeren, manchmal jahrhundertelangen Wandels. Bereits der Befund bis hier hin und die Tatsache, daß auch für die kurz gestreiften anderen gesellschaftlichen Herausforderungen allenfalls Ansätze für kritisches Weiterdenken bei Marx und Engels geliefert werden, verbietet es aus meiner Sicht wenigstens für lange Zeit, weiterhin mit einem Begriff des »Marxismus« zu operieren. Dafür spricht auch eine Reihe anderer Gründe, die hier nicht weiter erläutert werden kann.

Was Marx und Engels uns allerdings heute noch liefern, ist eine *Methode kritischer Wirklichkeitsaneignung*, auch »historisch-materialistisch« genannt, die – wie es Lukács einmal formuliert hat – selbst dann überdauern wird, wenn alle ihre konkreten theoretischen Annahmen widerlegt sein sollten. Und dies ist durchaus nicht gering zu schätzen.

Marx und Engels haben damit ihre Rolle als »Säulenheilige« der sozialistischen Bewegung verloren. Aber ebensowenig, wie Max Weber einen »Weberismus« braucht, damit seine Denkanstöße fortwirken, wird es künftig eines »Marxismus« bedürfen. Die sozialistische und sozialdemokratische Bewegung kommt also überhaupt nicht daran vorbei, ihre politische Orientierung wieder stärker auf ihre klassischen Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Geschwisterlichkeit, der Solidarität und der Gleichheit zurückzubeziehen und diese in möglichst konkrete praktische Schritte zu übersetzen. Und als ob dies nicht schon schwer genug wäre, wird sie dabei auf die globalen Herausforderungen auch globale Antworten finden müssen. Den Leitstern bildet dabei heute weniger denn je eine bereits klar umrissene, sich im Sinne von Marx aus den alten kapitalistisch verfaßten ökonomischen Verhältnissen bereits abzeichnende neue sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (wie sie auch die SPD in ihrem Berliner Programm von 1989 weiter anstrebt). Orientierungsfunktion hat vielmehr der »kategorische Imperativ« des jungen Marx, »*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«¹⁷

17 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

ULRICH WEISS

Marx und der mögliche Sozialismus



Ulrich Weiß – Jg. 1948,
Diplom-Philosoph.

Für solidarisch-linke Kritiker wie für Patrioten des Real-»Sozialismus« war es undenkbar, gesellschaftliche Konflikte im Osten als antagonistische, nur revolutionär aufhebbar Gegenseitigkeiten anzuerkennen. Die Widersprüche etwa zwischen sozialistischen Idealen und Realität oder zwischen Herrschenden und Beherrschten wurden innerhalb gegebener »sozialistischer« Grundstrukturen als überwindbar angesehen. Die kommunistische Perspektive und die Frage nach dem sozialistischen Charakter der Gesellschaft gerieten so aus dem Blick. 1967 mit der Formel vom Sozialismus als »relativ selbständiger sozialökonomischer Formation«¹ noch als Problem benannt, wies der regierungsoffizielle Begriff Real-Sozialismus später jede Kritik zurück, die sich auf unerfüllte sozialistische Hoffnungen berief. Der Marxismus-Leninismus legitimierte das Bestehende auch unter Bezug auf Marx als sozialistisch, so zum Beispiel hinsichtlich der Enteignung der alten herrschenden Klasse, der Konzentration der Produktionsmittel in Staats-hand, der Planung im nationalen Rahmen, der energischen Abwehr kapitalistischer Restaurationshoffnungen. Andere Aussagen, die dem nicht entsprachen (Absterben des Staates, Aufhebung von Entfremdung und knechtender Arbeitsteilung usw.), wurden als noch unreif abgewiesen beziehungsweise als im Leninismus marxistisch weiterentwickelt dargestellt. Oberflächlich bleibt, wer diesen selektiven Bezug auf Marx nur als theoretischen Irrtum, als Anpassung an äußere Existenzbedingungen und als Unredlichkeit versteht. Wer als Sozialist weiterfragt, stößt auf die grundlegenden Fragen nach der Möglichkeit des Sozialismus, dessen materiellen und ideellen Voraussetzungen, spezifischen Bewegungsformen sowie auf Widersprüche bei Marx selbst.

Arbeiterbewegung und Real-»Sozialismus« – bürgerliche Projekte und alte Fragen

In den Feuerbachthesen benennt Marx den Gegensatz zwischen bürgerlichen und sozialistisch-kommunistischen Bewegungen und Theorien: »Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft«, ihre Sondierung »in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist«. Er faßt »die Wirklichkeit [...] nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung*«. Der Standpunkt des neuen Materialismus ist »die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit«. Mit ihm wird statt der Spaltung der Gesellschaft (Erzieher – Zöglinge, Herrschende – Dienende, Avantgarden – zu führende Massen – UW) das »Zusammenfallen des Änderns der Umstände und

1 Walter Ulbricht: Die Bedeutung des Werkes »Das Kapital« von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin/DDR 1967, S. 38.

der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung [...] als *revolutionäre Praxis* gefaßt und rationell verstanden². Marx meinte vor 1848, in Deutschland sei die partielle bürgerliche Emanzipation unmöglich, die allgemeinmenschliche, die Aufhebung oben genannten gesellschaftlicher Spaltung, dagegen eine aktuelle Aufgabe.³ Dieser Irrtum ergab sich unter anderem aus seinem historischen Standort und seinen theoretischen Auffassungen vor der Arbeit an den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie. Damals begann die kapitalistische Produktionsweise, der Marxsche Forschungsgegenstand, sich auf eigener Basis zu entfalten. Wesentliche Bedingungen und Triebkräfte von pro- und innerkapitalistischen Revolutionen und Reformen waren von hier aus analysierbar. Wie aber sollten schon Subjekte und Bewegungsformen erkennbar sein, die erst im Spätkapitalismus entstehen und ihn aufheben können? Im 19./20. Jahrhundert wird die Arbeiterklasse nicht die Begründerin einer kommunistischen Gesellschaft. Ihre »historische Mission« bestand eher darin, im Klassenkampf mit der Bourgeoisie den innerkapitalistischen zivilisatorischen Fortschritt voranzutreiben. Diese Rolle endet, wenn der Kapitalismus seine zivilisatorische Potenz verliert, seine Existenz selbst zivilisationsbedrohend wird. Der innerkapitalistische »Beruf« des Proletariats ist mit der Marxschen ökonomischen Theorie glänzend vereinbar, die weitergehende »Mission«⁴ blieb Hypothese. Beim philosophisch-spekulativen Blick über die bürgerliche Gesellschaft hinaus formulierte Marx allerdings Grenzen der proletarischen Bewegung: Die Geschichte wird eine »kommunistische Aktion« zur Aufhebung des Privateigentums bringen in einem »sehr rauhen und weitläufigen Prozeß [...] Als einen wirklichen Fortschritt müssen wir es aber betrachten, daß wir von vornherein sowohl von der *Beschränktheit als dem Ziel der geschichtlichen Bewegung*, und ein sie *überbietendes Bewußtsein erworben haben*.« [hervorg. UW]⁵ Das Proletariat konnte tatsächlich die alte Bourgeoisie enteignen. Aneignungen der industriellen Produktionsmittel durch die unmittelbaren Produzenten gab es aber nicht. Überführt in Staatseigentum behielt deren Eigentum seinen kapitalistischen Charakter, das Proletariat blieb Proletariat. Auch Lenin wußte: Nach den »Grundideen des Marxismus stehen die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung höher als die Interessen des Proletariats.«⁶ Staatliche Herrschaft der (Vertreter der) Arbeiterklasse und Sozialismus sind verschiedene Dinge, die nicht gleichzeitig existieren können.⁷ Der Sozialismus kann beginnen, wenn die proletarische »Mission« erfüllt ist. Heute kann das so verstanden werden, daß eine sozialistisch-kommunistische Umwälzung erst dann möglich ist, nachdem die proletarischen Bewegungen ihren innerkapitalistischen Höhepunkt überschritten haben. Die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums durch frei assoziierte Individuen wäre dann keine proletarische Berufung, sondern das Aufheben seiner Begrenztheit. Der Real-»Sozialismus« wäre dann nicht nur ein Indiz der großen Leistungen des Proletariats, sondern auch Ausdruck seiner aufzuhebenden Begrenztheiten. Mit Marx Feuerbachthesen ist begreifbar: Mit den Strukturen der großen proletarischen Bewegungen wurde der Standpunkt der (hierarchischen) bürgerlichen Gesellschaft nicht verlassen. Es waren bürgerliche Projekte. Die Vision, Kämpfer für eine sozialistisch-kommunistische Welt zu sein, hat zwar Proletarier massenhaft erfaßt und zu Opfern befähigt.

2 Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in: Ders., Friedrich Engels: Werke, Berlin (MEW), Bd. 3, S. 5ff.

3 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 378f.

4 Friedrich Engels, Karl Marx: Die heilige Familie, in: MEW, Bd. 2, S. 38.

5 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, EB 1, S. 553, »Der *Kommunismus* [das ist 1844 die als Prozeß der Enteignung des Privateigentums verstandene Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Sozialismus – UW] ist die notwendige Gestalt und das energische Prinzip der nächsten Zukunft, aber der Kommunismus ist nicht als solcher das Ziel der menschlichen Entwicklung – die Gestalt der menschlichen Gesellschaft.« Die anschließende menschliche Gesellschaft, der Sozialismus, ist hier demzufolge »nicht mehr durch die Aufhebung des Privateigentums, den Kommunismus, vermittelte Wirklichkeit des Menschen« (Ebenda, S. 546), sondern eine Gesellschaft, die die Beschränkung der Arbeiterbewegung überwunden hat, also aufgehobener Kommunismus.

6 W. I. Lenin: Entwurf eines Programms unserer Partei, 1899, in: Ders.: Werke, Berlin (LW), Bd. 4, S. 230.

7 Lenin 1921 zur vulgärmarxistischen Lösung »Das Reich der Arbeiter und Bauern wird nimmer enden!«: »Über welch elementare und grundlegende Dinge bestehen doch bei uns Mißverständnisse und

falsche Auffassungen. [...] wenn das Reich der Arbeiter und Bauern nimmer enden sollte, so würde das bedeuten, daß es niemals Sozialismus geben wird, denn Sozialismus bedeutet Aufhebung der Klassen; solange aber Arbeiter und Bauern bestehen bleiben, bleiben auch verschiedene Klassen bestehen und kann es folglich keinen vollen Sozialismus geben.«

W. I. Lenin: Rede auf dem gesamtrussischen Verbandstag der Eisenbahn- und Schifffahrtsarbeiter, in: LW, Bd. 32, S. 278.

8 »Übrigens sind Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Ausdrücke – in dem Einem wird in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem Andern in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird.« Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 32.

9 Friedrich Engels: Brief an E. Bernstein, in: MEW, Bd. 35, S. 279ff.

10 Friedrich Engels: Vorwort zur englischen Ausgabe der »Lage der arbeitenden Klasse in England«, in: MEW, Bd. 22, S. 269f.

11 Siehe z. B. Herbert Marcuse: Feindanalysen. Über die Deutschen, Hg. Peter-Erwin Jansen, Lüneburg 1998.

Doch gerade die Erfolge im Klassenkampf rückten das sogenannte Endziel in utopische Fernen. Exemplarisch hierfür: die deutsche Sozialdemokratie und der Real-»Sozialismus«. Beiden erschienen die Ideen von allgemeinmenschlicher Emanzipation sowie von der Identität von Privateigentum, knechtender Arbeitsteilung und Entfremdung (die nur gemeinsam aufhebbar sind)⁸ zunehmend als störend im politischen Geschäft. In der bürgerlichen Gesellschaft müssen erkämpfte Positionen institutionell abgesichert werden. Dies erfordert und produziert auch in der Arbeiterbewegung bürgerliche, das heißt herrschaftsförmige, hierarchische Strukturen und Ideologien. Was aber den Wert erkämpfter Erfolge relativiert, wird abgestoßen. Engels 1882: »Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Ziel alles andre unterzuordnen.« Wenn der Befreiungsdrang der Balkanvölker »mit dem Interesse des Proletariats kollidiert, so können sie mir gestohlen werden.« Verdrißt deren Emanzipationsstreben uns die »revolutionäre Situation [...], so müssen sie [...] den Interessen des europäischen Proletariats ohne Gnade geopfert werden.«⁹ Wie später im Marxismus-Leninismus werden auch hier Erkenntnisse verworfen, die zentral für einen humanistischen Anspruch waren und sind – siehe Marx' Unterscheidung zwischen bürgerlichem und menschlichem Standpunkt – Ideen, die heute höchst aktuell sind. Bereits im Stil der Geschichte der KPdSU (B) von 1938 schreibt Engels: Eigene frühere »Behauptungen, daß der Kommunismus nicht eine bloße Parteidoktrin der Arbeiterklasse ist, sondern eine Theorie, deren Endziel ist die Befreiung der gesamten Gesellschaft, mit Einschluß der Klasse der Kapitalisten«, seien nur noch Phrasen, abstrakt zwar weiter richtig, »aber in der Praxis meist schlimmer als nutzlos.« Eine höhere als den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtete Menschlichkeit können »nur Neulinge« oder »die schlimmsten Feinde der Arbeiter, Wölfe im Schafspelz« vertreten.¹⁰

Nicht um geschichtsloses moralisierendes Denunzieren von Engels geht es hier, sondern um das historisch-materialistische Begreifen dieser Brüche und um das Verständnis für Voraussetzungen und Formen eines tatsächlichen Verlassens des bürgerlichen Standpunktes. Die Spaltung der »sozialistischen« Gesellschaft bis ins Stalinsche Extrem wurde nicht nur von der neuen herrschenden Klasse betrieben, sondern von den Subalternen dulgend hingenommen und unter Opfern willig verteidigt. Warum? Wegen angeblicher Dummheit und Feigheit ganzer Völker zwischen Berlin, Wladiwostok und Peking? Offenkundig wurden diese Gesellschaftsformen von vielen Menschen als Bedingung einer gewissen Verbesserung des Lebensniveaus deshalb akzeptiert, weil andere als widersprüchlich-zivilisatorische Fortschritte noch nicht gangbar waren. Gleiches gilt für die westliche Arbeiterschaft, die sich immer wieder ihren Herren, auch den Gewerkschaftsbürokratien und sozialdemokratischen Regimes unterwarf, auch massenhaft willig den Faschisten folgte. Läßt sich das mit der Charakterlosigkeit von Führern, mit Gewalt und mangelnder Aufklärung erklären? H. Marcuse und andere Vertreter der kritischen Theorie haben bereits wesentlichere Antworten gegeben.¹¹ »Freunden« und »Feinden« erscheint der Gedanke, die Arbeiterbewegung habe ihre Mission hinter sich, identisch mit der vollständigen Kapitulation vor dem Kapitalismus. Diese Denkfalle bringt demokratische und andere »Sozialisten« dazu, sich in

bürgerlichen Gesellschaften und Regierungen einzurichten. Sie ist nicht nur durch Analyse des Vergangenen aufzubrechen. Hinsichtlich heutiger Emanzipationsbewegungen sind die alten Marxschen Fragen erneut zu stellen: Wer kann ein eigenes existentielles beziehungsweise lustvolles Interesse an der Aufhebung des jetzigen Gesellschaftszustandes haben? Wer hat den Zugang zu den materiellen Voraussetzungen dafür beziehungsweise kann ihn sich erkämpfen? In welchen Bewegungsformen können Individuen neue Gesellschaften begründen, sich selbst zum neuen Leben befähigen? In welche Strukturen nicht? Und schließlich, welcher ökonomischer Voraussetzungen bedarf eine sich selbst verwaltende Gesellschaft?

Das »praktische Element der Emanzipation« – durch Kapitalismus geschaffen und zersetzt?

In der Allgemeinheit der Feuerbachthesen gefaßt trifft die Aussage, daß die Menschen in ihrer Praxis die Umstände und sich selbst ändern, auf die Menschheitsgeschichte überhaupt zu. Auch in den Revolutionen seit 1848 änderten die agierenden Individuen die Umstände und sich selbst. Die Spaltung der Gesellschaft aufheben, knechtende Arbeitsteilung, Entfremdung und Staat überwinden, statt der bürgerlich-partiellen die allgemeinmenschliche Emanzipation einzuleiten, das gelang nicht. Solche Erfahrungen und eigene Forschungen ließen Marx erkennen, daß sozialistisch-kommunistische Umwälzungen an Voraussetzungen gebunden sind, die erst noch mit der weiteren kapitalistischen Entwicklung entstehen werden. Für Sozialisten ist es also nicht hinreichend, die vom Kapitalismus ständig produzierten Katastrophen vor Augen, dessen Aufhebung mit aller Kraft zu wollen und zu propagieren. Es muß verstanden werden, unter welchen Voraussetzungen eine revolutionäre Praxis ihre bürgerliche Form überhaupt abwerfen und die der allgemeinmenschlichen Emanzipation annehmen kann, auf welchem Niveau der kapitalistischen Produktionsweise diese auf eine sozialistische Weise aufhebbar wird und in welchen Formen sozialer Bewegungen dies geschehen kann.¹²

Hierzu vorab meine Thesen:

Erstens ist dies nicht auf der Basis einer international dominierenden tayloristisch-fordistischen Industrie oder einer früheren Entwicklung der Produktivkräfte möglich, sondern erst, wenn in postfordistischen Produktionsformen solche materiellen Elemente und entsprechende menschliche Fähigkeiten entstehen, auf deren Basis knechtende Arbeitsteilung, Entfremdung und Privateigentum aufhebbar sind.

Zweitens: Die dafür notwendigen Formen gesellschaftlicher Bewegungen können nicht die sein, die sich in den bisherigen Kämpfen um (bürgerliche) Zivilisation bewährten, also nicht die von solchen Parteien, Parlamenten, Gewerkschaften, mittels derer innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft um Einfluß und Macht gekämpft wurde und wird.

Drittens gibt es schon lange (auch außerhalb der Metropolen) Emanzipationsbewegungen, die solche nichtbürgerlichen Formen sozialer Auseinandersetzung hervorgebracht haben. Neu ist allerdings, daß sie nicht mehr scheitern müssen, weil nunmehr in der kapitalistischen Produktion materielle Voraussetzungen im Entstehen sind, auf deren Basis solche Formen menschlicher Emanzipation tatsächlich geschichtsmächtig werden können.

12 Robert Kurz zufolge habe es dazu die größte Möglichkeit zur Zeit der Wassermühlen und der Maschinenstürmer gegeben. Nach seinem abstrakten Praxis- und Revolutionsverständnis ist der Kapitalismus (samt der durch ihn hervorbrachten materiellen Produktivkräfte, menschlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse) lediglich ein historischer Irrtum, bedingt vor allem durch die Heimtücke bürgerlicher Ideologen. Robert Kurz: Schwarzbuch des Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Frankfurt/Main 1999, S. 108f., 135ff. und Gruppe Krisis: Manifest gegen die Arbeit, Leverkusen 1999. Ähnlicher Voluntarismus herrscht auch bei Theoretikern, die im Streit über den Charakter des Real-»Sozialismus« die Frage nach den materiellen Voraussetzungen für eine Gesellschaft freier Assoziationen nicht ernsthaft stellen. Sie betreiben Stalinismuskritik im Stile des vormarxistischen, bürgerlichen Materialismus als Entlarvung von Priesterbetrug.

13 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, in: MEW, Bd. 13, S. 9.

14 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 35.

15 Karl Marx: Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, S. 88ff.

16 Karl Marx: Brief an Ludwig Feuerbach, in: MEW, Bd. 27, S. 426.

17 W. I. Lenin: Was tun? Brennende Fagen unserer Bewegung, in: LW, Bd. 5, S. 355-551.

Ich folge methodisch der Marxschen Annahme, daß eine Gesellschaftsformation nicht durch eine fortgeschrittenere ablösbar ist, bevor in ihr nicht »alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist« und daß keine neuen höheren Produktionsverhältnisse an ihre Stelle treten können, »bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«¹³ Marx hatte seine Konsequenz gezogen aus seiner irrigen Hoffnung auf baldige allgemeinmenschliche Emanzipation: lebenslange Arbeit an den Kritiken der Politischen Ökonomie. Das Dilemma eines »Kommunismus«, der immer wieder herrschaftsförmige, antikommunistische Züge annahm, das gleiche Verfehlen allgemeinmenschlicher emanzipatorischer Ziele durch Sozialdemokraten, Grüne und PDS-Politiker erscheint mir heute gerade entlang der Intentionen dieser Kritiken theoretisch und praktisch auflösbar. Marx analysierte akribisch die sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ergebenden Veränderungen der Stellung von unmittelbaren Produzenten im Fertigungsprozeß, ihrer Haltung zu den Produktionsmitteln, damit ihrer Individualität und ihrer sozialen Beziehungen. Mit dieser Methode sind nicht nur jene (nicht alle) ökonomischen und sozialpsychologischen Voraussetzungen dafür erkennbar, daß knechtende Arbeitsteilung, Entfremdung und Privateigentum abgeworfen werden können. Es werden auch die Gründe dafür verständlich, warum auf einem niedrigeren Stand der kapitalistischen Entwicklung, Ausbruchsversuche immer wieder »die ganze alte Scheiße [...] herstellen«¹⁴ mußten. Auf letzteres verweist Marx' Erkenntnis, daß die Entfaltung der kapitalistischen Produktion immer auch auf der geistigen und mentalen Knechtung der sich von den Produktionsmittel und den Arbeitsprodukten entfernenden Produzenten beruht, daß Warenfetischismus und andere ideologische Verkehren deren Befangenheit in den Kategorien der kapitalistischen Produktion bewirken.¹⁵ Das verweist nicht gerade darauf, daß das Proletariat ein Totengräber des Kapitalismus sein kann, der zugleich selbstbewußter und eigenständig ein Reich der Freiheit schafft. Eher macht das eine innerkapitalistische »Mission« verständlich, das Proletariat als das von außen zu führende »praktische Element zur Emanzipation«¹⁶, einer beschränkt-bürgerlichen nämlich. Lenins Avantgarde, die das Proletariat revolutionär formt und führt¹⁷, sowie seine späte Staatsauffassung und -praxis waren nicht nur geschichtsmächtig. Sie entsprechen auch den Marxschen Erkenntnissen über die knechtende Stellung der unmittelbaren Produzenten. Die Bolschewiki führten in einer revolutionären Praxis der bürgerlichen Art das Proletariat, erhoben sich über dieses und dann über die Gesellschaft. Sie ersetzten die zur Führung der bürgerlichen Gesellschaft zu schwache russische Bourgeoisie durch eine neue herrschende Klasse. Diese verfügte über die gesamten industriellen Produktionsmittel. Sie realisierten die ursprüngliche Akkumulation von (Staats-)Kapital mit dem dafür charakteristisch hohen Anteil an Gewalt etwa bei der Proletarisierung großer Gesellschaftsteile. Sie verbanden dies zunehmend mit »normaler« Kapitalverwertung mittels Lohnarbeit, des stummen Zwangs der Ökonomie. Diese staatsmonopolistische »sozialistische« Bourgeoisie sowie die sprunghaft wachsende Klasse der Lohnarbeiter entfalteten eine Kraft, die fast ein Jahrhundert prägte. Marx' Theorie macht den nichtsozialistischen Charakter dieser Geschichte begreifbar

als eine Konsequenz der von ihm aufgedeckten Logiken der kapitalistischen Produktion bezüglich des Proletariats. Heißt das, daß sich Marx mit der Behauptung der proletarischen Mission selbst widerspricht?

Euphorie und Ernüchterung

»Sie müßten einer der Versammlungen der französischen ouvriers beigeohnt haben, um an die jungfräuliche Frische, an den Adel, der unter diesen abgearbeiteten Menschen hervorbricht, glauben zu können. [...] Jedenfalls aber bereitet die Geschichte unter diesen ›Barbaren‹ unserer zivilisierten Gesellschaft das praktische Element zur Emanzipation des Menschen vor.« So jubelte der junge Marx in Paris über revolutionäre Handwerker.¹⁸ Später beschreibt er die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital als ein Reduzieren der Fähigkeiten der unmittelbaren Produzenten auf wenige Fertigkeiten, mittels derer sie eine Lücke in der Maschinerie ausfüllen, als ein Zersetzen der einstigen vielseitigen Individualität des früheren Handwerkers¹⁹. Diese Zerstörung der einstigen handwerklichen Vielseitigkeit wurde im späteren Taylorismus auf die Spitze getrieben. Wie könnten sich nun gerade diese Individuen mit den von kapitalistischer Lohnarbeit aufgezwungenen knechtsförmigen Fähigkeiten und Mentalitäten zur kommunistischen Produktions- und Lebensweise befähigen, zur Selbstverwaltung und Selbstbestimmung? In der Industrie des Ostens war von realer Selbstverwaltung gleichfalls keine Rede. Auch Lenins Annahme, im kapitalistischen (Staats-)Monopol seien die ökonomischen Formen des Sozialismus vollständig vorgeprägt²⁰, ist der Vorstellung von der Selbstverwaltung frei assoziierter Individuen völlig entgegengesetzt. Diese Idee war allerdings den Marxschen Aussagen über die historische Tendenz der kapitalistischen Akkumulation²¹ genauso kompatibel wie denen über den Zusammenhang zwischen der räumlichen Konzentration sowie dem disziplinierenden Drill des Industrieproletariats durch »die harte, aber stählende Schule der Arbeit« und seiner damit verbundenen Fähigkeit zu geschichtsmächtiger Gewalt.²² Das zur Gewohnheit gewordene Agieren tausender Menschen unter fremdem Kommando und großer Maschinerie ermöglichte erst die massenhafte disziplinierte Unterordnung auch unter die »eigene« Avantgarde, die »eigene« Partei- und Staatsführung, den »eigenen« Staat. Auf dieser materiellen und ideologischen Basis waren nicht nur industriemäßig betriebene Kriege und Menschenvernichtungen möglich. Es konnte auch ein relativ kleines, sehr konzentriertes Proletariat unter der Führung von Berufsrevolutionären das große Rußland aus den Angeln weitgehend vorkapitalistischer Verhältnisse heben. Was bei solcher Industrieproduktion und entsprechenden Mentalitäten des Proletariats in Ost und West scheitern mußte, war die sozialistische Umwälzung, also die Selbstverwaltung der Produzenten und die Aufhebung des Staates. Die Idee, die Köchin könne die Küche und zugleich den sie niederhaltenden Staat verwalten, blieb Illusion. Die Vermittlungsglieder zwischen Herrschern und Beherrschten (Gewerkschaften, Arbeiterparteien, im Osten die Arbeiter- und Bauern-Inspektionen) wurden nirgends Instrument allgemeinemenschlicher Emanzipation, sondern überall Mittel der Herrschaftssicherung und der ruhigstellenden partiellen Teilhabe der Subalternen am zivilisatorischen Fortschritt. Angesichts

18 Karl Marx: Brief an Ludwig Feuerbach, MEW, Bd. 27, S. 426 und Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW, EB 1, S. 553f.

19 Karl Marx: Das Kapital, Kap. 13, in: MEW, Bd. 23.

20 In Deutschland »haben wir das ›letzte Wort‹ moderner großkapitalistischer Technik und planmäßiger Organisation, die dem *junckerlich-bürgerlichen Imperialismus unterstellt sind*. Man [...] setze an Stelle des militärischen, junkerlichen, bürgerlichen, imperialistischen *Staates ebenfalls einen Staat*, [...] einen proletarischen Staat, und man wird die ganze Summe der Bedingungen erhalten, die den Sozialismus ergibt.« W. I. Lenin: Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: LW, Bd. 27, S. 332. Sozialismus ist »nichts anderes [...] als staatskapitalistisches Monopol, *das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein*.« Dieser Sozialismus schaut »durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns; in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der Sozialismus unmittelbar, in der Praxis, ab.« W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: LW, Bd. 25, S. 369f.

21 Karl Marx: Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, S. 791.

22 Zur »weltgeschichtliche(n) Rolle« des Proletariats 1845: Es mache »nicht vergebens die harte, aber stählende Schule der Arbeit

durch [...] seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig [...] vorgezeichnet.«

Friedrich Engels, Karl Marx: Die heilige Familie, in: MEW, Bd. 2, S. 38.

23 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 28.

24 W. I. Lenin: Ein »wissenschaftliches« System zur Schweißauspressung, in: LW, Bd. 18, S. 589; ders.: Das Taylorsystem – die Versklavung des Menschen durch die Maschine, in: LW, Bd. 20, S. 145.

25 Lenin fordert im April 1918 die umfassende Einführung des Taylorismus, den er 1913/14 als kapitalistische Barbarei gegeißelt hatte. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: LW, Bd. 27, 249ff. Jakob Walcher sah sogar in Henry Ford selbst, in seinem Produktionssystem, Verbündete des marxistischen Sozialismus. Ders.: Ford oder Marx. Die praktische Lösung der sozialen Frage, Berlin 1925, S. 5ff.

26 Daß dies nicht tragfähig genug war, wird zunächst mit dem Schwenk zur NÖP und dann schließlich dauerhaft mit der Bindung von Lohnarbeitern und Kleinbürgern an die Sowjetgesellschaft über den normalen bürgerlichen Eigennutz anerkannt.

der notwendig fortbestehenden und forcierten industriellen Arbeitsteilung, das heißt der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, das heißt Entfremdung, konnten wesentliche allgemeine Funktionen auch in Rußland nur in staatlicher Form und nicht in Selbstverwaltung wahrgenommen werden, war der Staat nicht aufhebbar. Im fordistischen 20. Jahrhundert war die herrschaftsförmige Vergesellschaftung der noch unumgängliche Weg des Fortschritts. Kein regierender Jurist, Tischler oder Dachdecker (Lenin, W. Pieck, E. Honecker) konnte das ändern. Marx' Spott gegenüber Lassalles Idee, der Sozialismus könnte hervorgehen aus dem Staat, dem angeblich »selbständigen Wesen«, trifft auch die real-»sozialistischen« Staatsprojekte. Der grundsätzlichen Unvereinbarkeit von Sozialismus und Staat kam auch der Osten »durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat [...] nicht um einen Flohsprung näher«²³. Kein Austausch von Kapitalisten und Managern durch Staatsfunktionäre kann den Produktionsverhältnissen, der weiterbestehenden Warenproduktion und der Lohnarbeit einen sozialistischen Charakter verleihen. Der Versuch stellte den Marxschen Geschichtsmaterialismus auf den Kopf, richtiger: Er führte ihn auf das den ökonomischen Möglichkeiten entsprechende Niveau des vormarxistischen »alten Materialismus« zurück.

Versuch und Irrtum

Der knechtende Charakter des Taylorismus war den Bolschewiki bekannt.²⁴ Nicht nur die konkrete internationale Situation trieb dazu, gerade diese Produktionsform zu entwickeln, sondern auch die Einsicht, daß eine sozialistische Lebensweise einer Produktivität bedarf, die nur mittels solcher widersprüchlich-knechtenden Produktionsformen entstehen kann.²⁵ Für eine Übergangszeit, bis dem Sozialismus der erforderliche ökonomische Unterbau erwachsen sein würde und der Staat absterben könnte, sollte nach Lenin die bolschewistische politische Herrschaft die aus der Rekonstruktion herrschaftsförmiger Produktion erwachsenden tiefen Widersprüche beherrschbar halten. Nicht die objektive Klassenlage als Lohnarbeiter mit ihrem Gegensatz zum »sozialistischen« Management, der zum Beispiel im rebellischen Anarcho-Syndikalismus zum Ausdruck kam, sollte die Individualitäten der Proletarier bestimmen, sondern Aufklärung durch »sozialistische« Ideologen und entsprechende politische Kampagnen.²⁶ Nun wird auch im Marxschen Werk auf diese Möglichkeiten verwiesen. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion habe nicht nur eine zerstörende Wirkung auf die Persönlichkeit der unmittelbaren Produzenten. Unter der Bedingung, daß sich die Akteure im politischen Kampf assoziieren, können sie sich Fähigkeiten aneignen, die sie zur Aufhebung des Kapitalismus durch Begründen einer sozialistischen Gesellschaft befähigen. Dies schien auch in der kulturellen Entwicklung von vorrevolutionären Kämpfern bestätigt, wie sie zum Beispiel bei Gorki (*Die Mutter*) literarisch Gestalt annahmen. Gewerkschaftliche und politische Arbeit, die Formierung proletarischer Assoziationen, Alphabetisierung und Aufklärung sollten auch nach der Revolution jenen knechtischen Eigenschaften und zugleich inhaltlicher Distanz gegenüber der »sozialistischen« Diktatur entgegenwirken, die auch dem »sozialistischen« Fordismus und den daraus resultierenden Spaltungen der Ge-

sellschaft entspringen. Warum sollte diese Gegensätzlichkeit zwischen Subalternität des Proletariats und seinem willigen Einsatz für die »sozialistische« Gesellschaft unter einer klugen, energischen Führung nicht aushaltbar und produktiv nutzbar gemacht werden können? Im Unterschied zu den Intentionen bekennender westlicher bürgerlicher Klugheit²⁷ sollte dies ja auch eine sozialistische Perspektive öffnen und nicht verschließen.

Erste praktische Erfahrungen in der sowjetischen oder auch DDR-Pionierzeit schienen diese Möglichkeit zu bestätigen (siehe F. Gladkows Roman Zement oder H. Kants Die Aula). Doch bereits in den mächtigen vorrevolutionären proletarischen Assoziationen, im Apparat der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, und erst recht in der nachrevolutionären Realität des Real-»Sozialismus« siegte – völlig kompatibel mit den knechtenden Produktionsformen – letztlich immer wieder die andere Tendenz. Auch in den politischen Kampfstrukturen konstituierte sich nicht das sozialistische Individuum. Es stellten sich wieder Herrschaftsverhältnisse her, wurde der bürgerliche Standpunkt reproduziert.²⁸ Daran änderten die Spielwiesen angeblicher proletarischer Eigentümerfunktionen (Arbeiter- und Bauern-Inspektionen als Kontrollinstanzen gegenüber Bürokraten; Plandiskussionen usw.) nichts. Regelmäßig entstand ein Spiegelbild dessen, was eigentlich bekämpft werden sollte. Konsequenterweise tauschen denn auch 1989ff. die »sozialistischen« Arbeiter ihre Herren östlichen Typus gegen die des westlichen ein beziehungsweise es offenbarten sich die alten Eliten als solche. Die Wenden entblößten auch das bürgerliche Wesen des sogenannten sozialistischen Überbaus.

»Laßt alle Autonomie fahren!« oder der unmögliche sozialistische Fordismus

Der Widerspruch zwischen den emanzipatorischen Zielen und den Mitteln der Bewegung blieb ein Dilemma von revolutionärer und sozialistischer Arbeiterbewegung sowie des Real-»Sozialismus«. Ist kein Ausweg in Sicht? Muß etwa, um eine sozialistische Zukunft denken zu können, der Marxsche Geschichtsmaterialismus hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Charakter der Produktion und dem der Gesellschaft verlassen werden? Der Sozialist Engels tut dies, indem er über die maschinelle Großproduktion schreibt: »Der mechanische Automat einer großen Fabrik ist um vieles tyrannischer, als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen [...] was die Arbeitsstunden betrifft, kann man über die Tore dieser Fabriken schreiben: *Laßt alle Autonomie fahren, die Ihr eintretet!*« Begrenzt auf die bis weit ins 20. Jahrhundert unvermeidbare Form der Produktion, wäre ihm zuzustimmen. Doch Engels fährt fort: »Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn [...] einem wahren Despotismus unterwerfen, *der von aller sozialen Organisation unabhängig ist.*« [Hervorhebung – UW] Diese ewig tyrannische »Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen ...«²⁹ Angesichts des Zusammenhangs von (knechtender) Arbeitsteilung, Entfremdung und Privateigentum ist die Annahme eines unaufhebbaren tyrannischen Charakters der Industrie identisch mit der einer Unmöglichkeit einer sozialistisch-kommunistischen Produktions-

27 Max Webers Empfehlung an die deutsche Bourgeoisie: Im Gegensatz zur Praxis der kaiserlichen Oligarchie die proletarischen Organisationen nicht vernichtend bekämpfen, sondern sie in ihren Funktionen zur disziplinierenden Aufklärung des Proletariats, seines kulturellen und materiellen Fortschritts ins System der fordistischen Produktion und der bürgerlichen politischen Herrschaft einbinden. Dies als produktive Potenz und zugleich bester Weg zur Verhinderung von Rebellionen und der Stärkung der kapitalistischen-nationalen Offensive. Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: MWG I/15, S. 354, 472, 491ff. Siehe auch Jan Rehmann: Max Weber: Modernisierung als passive Revolution. Kontextstudien zu Politik, Philosophie und Religion im Übergang zum Fordismus, Berlin-Hamburg 1998.

28 Wie Johannes Agnoli zeigte, vollzieht sich im Parteiwerden auch klassenungebundener sozialer Bewegungen der gleiche Prozeß der Transformation durch die bürgerliche Demokratie. Johannes Agnoli, Peter Brückner: Transformation der Demokratie, Frankfurt/Main 1968. Den italienischen Kommunisten, die nicht zur PDS mutierten, empfahl er, sich nicht wieder als eine auf die Institutionen des bürgerlichen Staates gerichtete Partei, sondern als Bewegung zu konstituieren.

29 Friedrich Engels: Von der Autorität, in: MEW, Bd. 18, S. 306f.

30 W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: LW, Bd. 27, S. 249f. und ders.: Ein Löffel Teer in einem Faß voll Honig, in: LW, Bd. 33, S. 354.

31 Karl Marx: Das Kapital, in: MEW, Bd. 23, S. 442.

32 Ebenda, S. 445f.

33 Zitiert in W. S. Wygodski: Das Werden der ökonomischen Theorie von Marx und der wissenschaftliche Kommunismus, Berlin 1978, S. 257.

34 Ebenda.

weise. Die Tyrannei auf die Spitze treibend, schien der Fordismus-Taylorismus, in Ost³⁰ und West Jahrzehnte die unumgängliche industrielle Produktionsform, Engels recht zu geben. Der Automat wurde »selbst das Subjekt, und die Arbeiter sind nur als bewußte Organe seinen bewußtlosen Organen beigeordnet und mit denselben der zentralen Bewegungskraft untergeordnet«, »Gehilfen der Maschinerie«.³¹ Diese Maschinenarbeit »konfisziert alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. [...] Die Scheidung der geistigen Potenzen des Produktionsprozesses von der Handarbeit und die Verwandlung derselben in Mächte des Kapitals über die Arbeit vollendet sich [...] in der auf Grundlage der Maschinerie aufgebauten großen Industrie.«³² Wie vollbrachte der Marxismus-Leninismus das Kunststück, eine Gesellschaft mit dieser ökonomischen Basis als sozialistisch zu definieren? Er bestimmte die »sozialistische« Vergesellschaftung der Produktionsmittel so, als habe Marx nicht *Das Kapital*, sondern *Die Kapitalisten* geschrieben, als könne die Vertreibung der bisherigen Unternehmer und die Übernahme ihrer Funktionen durch Staatsfunktionäre das Kapitalverhältnis im sozialistischen Sinne aufheben, als sei es für eine sozialistische Gesellschaft irrelevant, ob die Produktionsprozesse selbst ihren despotischen Charakter behalten oder nicht. Klügere Köpfe ahnten wohl, daß das Sozialistische an der sogenannten Politischen Ökonomie des Sozialismus eine Fiktion ist. Obwohl »sämtliche beim heutigen Stand der Forschung mögliche Antworten [...] bereits gefunden« sind, so schrieb L. I. Abalkin, ist es offenbar unmöglich, so wie Marx die Ware als ökonomische Zellenform der kapitalistischen Produktionsweise erkannte, einen entsprechenden Ausgangspunkt der Theorie für die des sowjetischen Sozialismus zu finden.³³ Parallel zur praktischen Entfaltung von Kategorien »normaler« kapitalistischer Warenproduktion (siehe in den 1960ern Neues ökonomisches System der DDR), trieb es auch die Theoretiker des Ostens, ihre ökonomische Zellenform in enger Annäherung an Marx' Kapital zu suchen.³⁴ Was Marx aber als Darstellung zum Zwecke der Kritik betrieb, das wollten sie praktisch positiv weiter ausgestalten – ohne es beim zutreffenden Namen zu nennen. Dies taten die Konvergenztheoretiker, die eine Annäherung der Produktionsverhältnisse von Ost und West bis zur Gleichartigkeit voraussetzten.

Der Glaube, der Osten sei sozialistisch gewesen, liegt weiter wie ein Alp auf den Hirnen vieler Menschen, die nach Auswegen aus der kapitalistischen Ordnung suchen. Wer heute in den Metropolen höchst erfreuliche materielle Voraussetzungen für die Begründung einer neuen Gesellschaft sieht, aber weit und breit keinerlei sozial relevantes artikuliertes Bedürfnis nach einer tatsächlichen Umwälzung erkennt, sollte prüfen, ob er/sie sich in den Sozialismus- und Revolutionsvorstellungen noch auf einer Ebene bewegt, die den Osten als Sozialismus begreift und diesen mit den Strukturen der alten Arbeiterbewegung als erreichbar ansieht. Mit dieser (bürgerlichen) Marxismus-Leninismus-Brille ist der Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen. Gegen die Engelssche Mystik ist zu fragen: Bilden sich in der Großindustrie doch Elemente heraus, auf deren Grundlage unter anderen sozialen Bedingungen die Produktions-Despotie aufgehoben werden kann? Ist also für den Geschichtsmaterialisten Sozialismus denkbar oder nicht?

Der erste springende Punkt – Sozialismus wird ökonomisch möglich
 Können Produktionsarbeiten »den Schein bloß äußerer Naturnotwendigkeit abgestreift erhalten und als Zwecke, die das Individuum selbst erst setzt, gesetzt werden«? Wann muß die Arbeit nicht mehr als »Lohnarbeit [...] als äußere Zwangsarbeit [...] und ihr gegenüber die Nichtarbeit als »Freiheit und Glück« erscheinen? Marx nennt zwei Bedingungen: »Die Arbeit der materiellen Produktion kann diesen Charakter nur erhalten, dadurch, daß 1. ihr *gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist*, 2. daß sie *wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist*, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft, sondern als Subjekt, das in dem Produktionsprozeß nicht in bloß natürlicher, naturwüchsiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint.«³⁵ Zunächst zur zweiten Bedingung. Wann kann der unmittelbare Produzent Subjekt werden, muß von der Produktion selbst keine Spaltung der Gesellschaft mehr ausgehen? »In dem Maße«, so eine Antwort, »wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und [...] das ist abhängig] vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie.«³⁶ Erst eine bestimmte Entwicklungsstufe der Technologie, eine die fordistisch-tayloristische Produktionsform sprengende, ermöglicht eine drastische Senkung der notwendigen Arbeitszeit und eine Stellung des unmittelbaren Produzenten, in der er sich verhält »als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst [...] Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.« Damit gewinnt Arbeit einen wissenschaftlichen Charakter und der über die Lohnarbeit laufenden Verwertung von Wert wird die Basis entzogen. Es ist dann »weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper – in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint.«³⁷ Ab diesem »bestimmten Grad der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte und daher des Reichtums [...] erscheint die weite Entwicklung [auf kapitalistischer Grundlage – UW] als Verfall und die neue Entwicklung beginnt von einer neuen Basis.«³⁸ Die Ökonomie kann (nicht muß!) von diesem Zeitpunkt an aufhören, eine politische, eine klassengespaltene, herrschaftsförmige zu sein. Warum? Unter anderem weil die materielle Produktion auf hohem Niveau dann nicht mehr der Sondierung der »Gesellschaft in zwei Teile«, nicht mehr des Staates bedarf. Die verschiedensten Emanzipationsbewegungen können den bürgerlichen Rahmen sprengen und Teil der allgemeinmenschlichen Emanzipation werden. Die Frauenbewegung kann zum Beispiel die Tendenz überwinden, etwa mit der Gleichstellungslosung Katalysator der kapitalistischen Modernisierung zu sein, das heißt Frauen als Lohnarbeiterinnen, Unternehmerinnen, Politikerinnen oder Soldatinnen den leichteren Zugang zu kapitalistisch-patriarchalen und mörderischen Verhältnissen zu erleichtern. Allgemeinmenschliche Emanzipation hebt nicht etwa die Borniertheit der patriarchalen bürgerlichen Familie dadurch auf,

35 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 512 (Hervorhg. UW).

36 Ebenda, S. 600.

37 Ebenda, S. 601.

38 Ebenda, S. 446, Hervorhebung von Marx.

daß sie gesamte Reproduktionsarbeit zur Lohnarbeit umgewandelt, also auch den letzten Lebensbereich kapitalisiert. Sie ersetzt die persönlichen Abhängigkeiten nicht mehr durch die anonymen der Lohnarbeit (einst ein bürgerlicher Fortschritt), sondern sie hebt jede Unterordnung unter fremde Zwecke auf. Was Marx einst vorzeitig für Deutschland annahm, scheint zukünftig für die Metropolen zu gelten: Emanzipationsbewegungen haben nicht mehr als partiell-bürgerliche, sondern nur noch als allgemeinmenschliche, auch die Lohnarbeit aufhebende, eine Zukunft. Ab den 1960er Jahren gab es parallel zu den ersten Automatisierungen erstmals faßbarere Ahnungen vom »allseitig, schöpferisch, spielerisch Arbeitenden«³⁹. Diese waren kompatibel mit den frühen Marxschen Aussagen über eine kommunistische Zukunft⁴⁰, nicht aber mit dem Marxismus-Leninismus und nicht mit den Grundstrukturen in Ost und West. Es wurde schnell klar, daß soziale Bewegungen, die der wissenschaftlich-technischen Revolution einen zivilisationsverträglichen Charakter hätten geben können, nur in der Rebellion gegen jegliche autoritäre Gesellschaftsstruktur, gegen die Spaltung in Herrschende und Beherrschte, entstehen konnten. Im Westen machte eine solche Bewegung ab 1968 Furore. Noch vorhandene zivilisatorische Potenzen der kapitalistischen Gesellschaft ausschöpfend, wurde sie in diese integriert. Die rot-grüne Bundesregierung ist der vorläufige Tiefpunkt dieses Marsches in die Institutionen.⁴¹ Im Osten wurden emanzipatorische Bewegungen und ihr theoretischer Reflex ohne eine temporäre positive Wirkung gestoppt. Die Grenze der real-»sozialistischen« Zivilisation war damit angezeigt. Der Osten ging bereits daran kaputt, woran der Westen zunehmend krankt: an der strukturell bedingten Unfähigkeit, eben jenem »bestimmten Grad der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte«, durch welche »die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums [...] der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums«⁴² werden kann, allgemeinmenschlichen Bedürfnissen zu unterwerfen. Kein innerkapitalistischer Regierungswechsel kann dies bewirken. Die Organisations- und Herrschaftskräfte herrschender Klassen einerseits sowie der Wille und die Fähigkeiten von Subalternen zu Zwangs- und Lohnarbeiten andererseits sind historisch keine Bedingungen mehr für Reichtum und Zivilisation. Das lutherisch/real-»sozialistische« Arbeitsethos wankt. In der postfordistischen Produktion selbst formieren sich materielle Elemente und geistige Fähigkeiten, die eine Produktion denkbar machen, die keines äußeren Antriebs mehr bedarf. Kapitalistisch betrieben kommen diese neuen Möglichkeiten allerdings für die meisten Menschen als Katastrophen daher. Schwarze, rötliche oder grüne Reformversuche halten das nicht auf. Auf Marxsche Weise sozialistisch betrachtet, könnten diese neuen Elemente jedoch als die endlich entstehenden Voraussetzungen einer freien Entwicklung der Individuen auf der Basis gemeinschaftlich beherrschter moderner Produktivkräfte begriffen und genutzt werden. Dies ist der Punkt, da die Aufhebung des Kapitalismus durch den Sozialismus nicht nur menschlich geboten ist, sondern auch ökonomisch möglich.

39 Projektgruppe Automation und Qualifikation. Frigga Haug (Leitg.): Widersprüche der Automationsarbeit, Berlin 1987, S. 12.

40 Vergleiche die sogenannte Praxis-Diskussion unter DDR-Philosophen in den 1960 Jahren. Siehe: Helmut Seidel: Vom praktischen und theoretischen Verhältnis des Menschen zur Wirklichkeit, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 14. Jg., 10/1966.

41 Siehe die Kontroverse über die rot-grüne Regierungspolitik Ulrich Weiß: Terrain der rot-grünen Ent-Täuschung, in: Neues Deutschland, 14./15. November 1998, S. 14 und die Reaktionen von Jürgen Schuster: Linke Phrasen und die politische Realität, in: Neues Deutschland, 28./29. November 1998, S. 14; Heinz Hümmeler: Verkrampte Distanz zur Demokratie, in: Neues Deutschland, 8. Dezember 1998, S. 15 und Robert Kurz: Finanzierbarkeitsterror, in: Neues Deutschland, 24. Dezember 1998, S. 8.

42 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 601.

Wer setzt in welcher Form den gesellschaftlichen Charakter?

Nun zur oben zitierten ersten Bedingung dafür, daß Arbeit nicht mehr als »Lohnarbeit [...] als äußere Zwangsarbeit erscheint«. Es muß »ihr

gesellschaftlicher Charakter gesetzt« werden, und zwar nicht durch das Kapital, sondern durch frei assoziierte Individuen, die selbstbewußt die Zwecke der Produktion »als Selbstverwirklichung, Vergegenständlichung des Subjekts« bestimmen.⁴³ Die Dimension der dafür erforderlichen Veränderung der Umstände und der Selbstveränderung der Menschen wird schon dadurch deutlich, daß die derzeitige katastrophale kapitalistische Form des Setzens des gesellschaftlichen Charakters von Produktion kaum Jubel über die Möglichkeiten einer mit der Automatisierung verbundenen Persönlichkeitsentfaltung zuläßt. Hierarchien werden zwar flacher, in vielen Bereichen ist enorme geistige Beweglichkeit gefordert, wird der technologische und betrieblich-soziale Verantwortungsbereich unmittelbarer Produzenten stark erweitert. Aber über allem steht weiter der vom Individuum nicht beherrschte Zweck, die Verwertung von Wert. Wo zu diesem Zweck notwendige Arbeit reduziert wird, entsteht statt genießbarer Freizeit bedrückende Arbeitslosigkeit. In anderen Bereichen wächst working poor. Das »schönste« Lean-Production-Team mit seinen abstrakt gegebenen Möglichkeiten zur Selbstentfaltung seiner Mitglieder wird in kapitalistischer Wirklichkeit zur Ansammlung konkurrierender, sich kontrollierender und denunzierender, von äußeren Zwängen getriebener Lohnarbeiter. An sich erfreuliche massenhafte Selbständigkeiten bedeuten auf kapitalistisch meist prekäre Abhängigkeit und extreme Unsicherheit. Die vom Individuum begehrte Weltoffenheit treibt in ihren postfordistisch-neoliberalen Verwertungsformen ganze Regionen in Scheinblüten und Zusammenbrüche, vernichtet galoppierend natürliche Existenzvoraussetzungen der menschlichen Zivilisation. Die östliche staatskapitalistische Form des Setzens des gesellschaftlichen Charakters von Arbeit hat sich bereits erledigt. Welche Formen bieten sich sonst an? Die unentwegten Versuche alternativer Ökonomien, sich durch selbstbestimmtes Produzieren selbst zu versorgen, zeigen den Drang einer bemerkenswerten Minderheit, sich kapitalistischen Verhältnissen zu entziehen.⁴⁴

Es geht jedoch nicht um isolierte Kleingruppen von asketisch-gesellschaftlichen Individuen etwa in der uckermärkischen Einsamkeit, nicht um die urgesellschaftliche Horde (nun PC-bestückt). Es geht um Zivilisations-, um Freizeitgewinn unter Nutzung auch bester menschen- und naturverträglicher Technik. Einzelne Alternativprojekte (die meist scheitern oder zu gewöhnlichen kapitalistischen Unternehmen werden) sind noch nicht die Lösung. Deren Vernetzungen – dadurch die Ausweitung von Bereichen hochproduktiver Arbeit zur direkten Bedürfnisbefriedigung, auch die selbstbestimmte qualifizierte Übernahme allgemeiner Aufgaben (Bildung, Kultur, Gesundheit, Altersabsicherung ...) – verweisen schon eher auf Möglichkeiten assoziierter Individuen, die Bedingungen ihrer materiellen Existenz selbst zu beherrschen.

Den Staat in die Gesellschaft »zurück«nehmen

Marx sagte die heutige Privatisierung öffentlicher Einrichtungen (Verkehrsmittel, Bildung, Wissenschaft, Gesundheitswesen, polizeiliche Aufgaben, Kultureinrichtungen, öffentliche Räume usw.) voraus. Damit verwies er auf eine weitere Voraussetzung für die Herrschaft freiassoziierter Individuen über die materielle Produktion. Das Kapital

43 Ebenda, S. 512.

44 Carola Möller, Brigitte Bleibaum u. a.: *Wirtschaften für das ›gemeine Eigene‹*. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Köln 1997.

45 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 448.

46 Ebenda, S. 438f. Lenin dagegen sieht im staatskapitalistischen Monopol die entfaltetste Form der kapitalistischen Entwicklung (W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LW, Bd. 22, S. 189-309).

47 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 448.

48 Karl Marx: Erster Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«, in: MEW, Bd. 17, S. 541.

habe den Drang, sich auch die gesellschaftlichen »Voraussetzungen der Zirkulation« zu assimilieren, sie »in kapitalisierende Produktion oder Produktion von Kapital« zu verwandeln⁴⁵. Die fordistische Vergesellschaftung brachte eine extreme Ausweitung der Staatsaufgaben. Die postfordistischen Produktionsformen (Lean-production/Outsourcing/hochflexible, dezentral auf hohem technischem Niveau arbeitende Fertigungs-, Kommunikations- und Dienstleistungsunternehmen/ Auflösung tariflicher Regularien usw.) machen es heute zunehmend möglich, Staatsfunktionen profitabel durch das Kapital selbst auszuüben.

Damit wird nach Marx »die höchste Entwicklung des Kapitals« erreicht. Die »allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses« werden dann nicht mehr »aus dem *Abzug der gesellschaftlichen Revenu* hergestellt [...] sondern aus dem *Kapital als Kapital*«, womit »alle Bedürfnisse in der Form des Austauschs befriedigt werden; auch die als *gesellschaftlich gesetzten* Bedürfnisse des Individuums, d. h. die, die es nicht als einzelnes Individuum in der Gesellschaft, sondern gemeinschaftlich mit andren konsumiert.«⁴⁶

Der Staat verschlankt, bietet den Individuen in den Wechselfällen des Lebens auch in den Metropolen kein garantiertes Mindestmaß mehr an Stabilität, Sicherheit, Kultur, Bildung usw. Die fordistische, sozialstaatsvermittelte Gesellschaftlichkeit löst sich auf. Die postfordistisch atomisierten Individuen ohne familiären Hintergrund hängen immer ausschließlicher an der unmittelbaren Teilhabe am Verwertungsprozeß beziehungsweise am gehorteten Geld, an Aktienbesitz und -kurs usw. Wieso nennt Marx nun gerade die massenhafte Privatisierung von Staatsbetrieben/-Institutionen »eine propagandistische (zivilisierende) Tendenz« des Kapitals⁴⁷? Weil in kommunistischer Perspektive (im Gegenteil zur früheren Staatsverklärung) eben gerade die kapitalisierende Übernahme von allgemeinen Bedingungen der Produktion denjenigen Punkt markiert, da der entfaltete Kapitalismus selbst die Möglichkeiten seiner Aufhebung produziert. Wenn die Gesellschaft in der noch entfremdeten Form der Kapitalisierung oben genannten Staatsaufgaben in sich »zurück«nehmen kann, dann haben auch emanzipatorische Bewegungen nunmehr die reale Chance, dies selbst in nichtentfremdeter Form zu tun. Um Gesellschaftlichkeit inklusive der bisher dem Staat zufallenden allgemeinen Aufgaben zu sichern, müssen sie nicht wieder wie 1917/1945ff. zu staatlichen Entfremdungsformen greifen. Nun können assoziierte Individuen auch die allgemeinen Voraussetzungen ihrer gemeinschaftlichen Produktion selbst beherrschen. Der Staat, in klassengespaltenen Gesellschaften eine unverzichtbare Bedingung der menschlichen Zivilisation, wird unnötig.

Die »übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft«⁴⁸ kann absterben. Nicht die Eroberung staatlicher Macht, nicht Stärkung entsprechender Parteien wird damit zur Aufgabe von Emanzipationsbewegungen, sondern die Auflösung genau dieser bürgerlichen Formen. Auch hinsichtlich ihrer Haltung zum Staat kann heute eine Veränderung der Verhältnisse und der agierenden Individuen, also die berühmte revolutionäre Praxis, einen sozialistischen Charakter annehmen. In der Katastrophe der privatkapitalistischen Form der Entstaatlichung drückt sich nicht nur die Notwendigkeit, sondern geschichtlich erstmalig die materiell begründete Möglichkeit des Sozialismus-Kommunismus aus.

Wo bleiben die Bewegungen von frei assoziierten Individuen?

Damit werden die staatszentrierten kommunistischen und sozialdemokratischen Revolutions- und Reformkonzepte, die der alten Arbeiterbewegung und des Real-»Sozialismus«, unbrauchbar. Die Vorstellung von einer herrschenden Klasse, die »alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats« zentralisiert, den »Arbeitszwang für alle« einführt sowie die »Errichtung industrieller Armeen« betreibt und auch noch die »Erziehung aller Kinder« übernimmt⁴⁹ ist ebenso ein Alptraum geworden wie das neoliberale atomisierte Individuum, das auf unsicheren Aktienbesitz, noch unsicherere Lohnarbeit und/oder staatliche Armenfürsorge angewiesen ist. Die westlichen 68er riefen »hier und jetzt und alles« und sind doch noch einmal im bürgerlichen Brei gelandet, im modernisierten. Mit seinen Ideen scheint Rudi Dutschke eher auf heute zu verweisen: Eine Theorie und eine Bewegung, die die wirkliche Emanzipation »in die Zukunft verlegte, die Eroberung des bürgerlichen Staates durch das Proletariat⁵⁰ als primär für die soziale Revolution ansah [ist überholt ...] Diese Etappentheorie, die in der Phase der für die Beseitigung des Mangels und der Notdurft notwendigen Entfaltung der Produktivkräfte durch die bürgerliche Gesellschaft alles für sich hatte, den »Sieg« von Marx über Bakunin historisch rechtfertigte, kann für unsere Zeit, in der bei uns in den Metropolen der Kapitalismus auch nicht mehr einen einzigen Funken temporärer Notwendigkeit in sich hat, kaum noch Bedeutung haben.«⁵¹ Wo und wie können sich nun solche Individuen assoziieren, die im Ringen um ihre eigene Emanzipation nicht wieder notwendigerweise zur Konstituierung neuer Herrschaft greifen müssen? Offenkundig nur jenseits aller entfremdeten Formen, unter denen einst partielle Emanzipation erkämpfbar war: außerhalb der Staats-, Parteien- und Parlamentsinstitutionen und anderer patriarchaler Strukturen. Damit können die 68er antiautoritären Ansätze, die radikaldemokratischen sogenannten neuen sozialen Bewegungen (soweit sie nicht staatskompatibel wurden) sowie die DDR-Bürgerbewegungen mit ihren Runden Tischen (vor ihrer deutsch-nationalen Zersetzung) nicht vorrangig als Mittel der Modernisierung der bürgerlichen Gesellschaft angesehen werden, sondern eher als Vorboten einer in unserer Zeit anstehenden Entdeckung: Sie schufen neue emanzipatorische Bewegungsformen, durch die nach den östlichen auch die jetzigen westlichen Machtstrukturen auflösbar sind und die, gestützt auf die neuen materiellen Möglichkeiten des Sozialismus, tatsächlich eine neue Gesellschaftlichkeit formieren können. Nicht in staatsorientierten Parteien, nicht bei Wahlen und in Parlamenten, sondern in solchen Bewegungsformen engagiert, befähigen sich die Akteure zur Begründung neuer Lebens- und Arbeitsformen, zum Verlassen des Standpunkts der bürgerlichen Gesellschaft. Im Marx'schen Sinne als das Selbstbewußtsein von Individuen, die in ihren Assoziationen praktisch um neue nichtkapitalistische Lebens- und Arbeitsweisen ringen, können die beteiligten Akteure eine Theorie der Befreiung entwickeln. Als organischer Teil solcher Bewegungen muß sie permanent nach emanzipatorischen Möglichkeiten und Formen jenseits der bürgerlichen Institutionen wie Staat, Parlament, Parteien und Patriarchat suchen sowie jegliche Rekonstruktion von Macht bekämpfen.

49 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 481/482.

50 Oder durch einen Marsch in bürgerliche Institutionen, wäre heute hinzuzufügen.

51 Rudi Dutschke: Bibliographie des revolutionären Sozialismus, Frankfurt-Hannover-Berlin 1969, S. 21f.

ERHARD CROME

Linke Positionen, linke Politik. Zur Programmdebatte der PDS

Erhard Crome – Jg. 1951, Dr. rer. pol. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Potsdam; Mitglied der Redaktion der Zeitschrift »Berliner Debatte INITIAL«.

Programmdebatten sind stets Standortdebatten, inhaltliche beziehungsweise analytische und politische. Von »aufgezogenen Bannern« war früher die Rede. (Friedrich Engels schrieb im März 1875 an August Bebel: »Aber ein *neues* Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei.«¹) Solche jedoch hatten »heilig, die letzte Schlacht« zur Voraussetzung: aus der ruchlosen Welt untergehenden Kapitalismus durch das Fegefeuer der Revolution in das sozialistische oder kommunistische Paradies. Ein klares Woher, ein klares Wohin und ein eindeutiges Wer, nämlich durch »die Partei«, die daher immer recht hatte, waren gleichsam gesetzt.

Dies ist entzaubert, nach dem Ende des kommunistischen Herrschaftssystems und des Realsozialismus. Nichts ist mehr gesetzt.

Wo aber kommt ein neues Programm her, wenn es mehr sein soll, als die Wiederholung der alten Glaubenssätze unter den gründlich gewandelten Bedingungen? Der Zeitgeist weht dem Vorhaben ins Gesicht. Nicht nur, daß die ostdeutschen Intellektuellen, die etwas beitragen könnten, weitestgehend von den Universitäten entfernt wurden; auch im Westen verschwindet ein Denken, das sich noch auf Marx bezog, mittels Pensionierung und Berufungspraxis von den Hochschulen. Die kulturalistische Wende in den Sozial- und Geisteswissenschaften stellt Erkenntnis als intellektuelle Vergewisserung überhaupt in Frage. Marx und Hegel wird schon vorgeworfen, daß sie überhaupt etwas zu wissen meinten; alles verschwindet im Grau der Kommunikation, ist schließlich nur noch Kommunikation, Vereinbarung, Konvention, Illusion. Auf der anderen Seite ist von Sachzwängen die Rede, die nicht mehr zu konterkarieren seien: der Technik, des Marktes, der Globalisierung. Aus beiden Perspektiven ist es altmodisch, nach Macht, Herrschaft, systemischer Fehlsteuerung zu fragen. So meinte Jürgen Habermas: »In komplexen Gesellschaften scheitern auch die ernsthaftesten Anstrengungen um politische Selbstorganisation an Widerständen, die auf den systemischen Eigensinn des Marktes und der administrativen Macht zurückgehen.«² Und Ulrich Beck sekundierte: »Handeln ist eine gefährliche Illusion. Es setzt ein Ich voraus, das es bewiesenermaßen schon lange nicht mehr gibt.«³ Es gilt als ausgemacht, daß Politik nichts oder nur noch sehr wenig bewirken könne. Was also soll eine Partei, die noch etwas bewegen will? Wozu bräuchte sie ein Programm?

Gegenbewegung ist oft nichts anderes mehr als moralisierender Rigorismus. Da man den Staat nicht mehr »erobern« zu können glaubt, lehnt man ihn als »bürgerliche« Mißgestalt überhaupt ab. Da man die

1 Kark Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 34, Berlin 1966, S. 130. Erich Honecker zitierte diesen Satz 1976 zur Begründung seines SED-Programms. (Protokoll des IX. Parteitages der SED, Band 1, Berlin 1976, S. 32.)

2 Jürgen Habermas: Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff der Öffentlichkeit, in: Ders.: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt, Leipzig 1990, S. 187.

3 Ulrich Beck: Die Erfindung des Politischen, Frankfurt am Main 1993, S. 274.

alleinseligmachende Versprechung des kommunistischen Garten Eden nicht mehr hat, werden die alternativen »Projekte« in die Kleingruppe verlegt. Das Sektentum, in intimer Runde sich des wahren Glaubens gegenseitig zu versichern, die Gemeinschaft des gegenseitigen Herzerwärmens, hat allerdings den Rückzug aus der Politik zur Folge, oder apolitische Störaktionen, wenn vorn einer steht, der Bezug auf die real existierende Gesellschaft, politisches Handeln einzufordern versucht. Die »linke« Linke ist müde geworden nach den Konvulsionen des 20. Jahrhunderts. Selbstzweifel wurden zur Zwillingsgestalt des Sektenglaubens, die Gewißheiten kehrten in alter Gestalt oder als deren Ableitungen zurück.

Auf diesem Wege wurden auch Deutungskompetenzen freiwillig aufgegeben. Gesellschaft, Demokratie, Freiheit werden kaum noch überzeugend von »links« definiert. Vom Begriff des »Fortschritts« ganz zu schweigen, der nunmehr in den Händen der neoliberalen Propheten des ungebremsten technischen Entwickelns und finanzmarktlichen Spekulierens ist. So scheint die »Linke« heute kulturpessimistisch, miesepetrig, kleinmütig. Mit dem Benennen allen Elends in der Welt, um sie ein Jammertal zu heißen, und dem Schluß, ein reines, asketisches Leben leben zu sollen, ist jedoch keine Politik zu machen. Und jede religiöse Sekte kann dies besser, hat sie doch die Möglichkeit, wenigstens im Jenseits das wahre Leben zu verheißen. Die Programmfrage wurde zur Frage nach der Politikfähigkeit. Wer die nicht will, soll sich in Programmfragen nicht ereifern.

Voraussetzungen

Ausgangspunkt jeglichen neuen Nachdenkens über politische Programmatik von »links« muß das Scheitern des Realsozialismus sein. Es sind Legenden, die mehr mit Freud als mit historisch-materialistischer Analyse zu tun haben, wenn behauptet wird, Lenin hätte nichts mit Marx, Stalin nichts mit Lenin und der westliche Marxismus nichts mit diesen zu tun gehabt. In diesem Sinne etwa sagte Monika Runge (MdL/Sachsen) auf einer Konferenz zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution – und dies soll hier nur exemplarisch zitiert sein: »Der Rückbezug des geschichtlichen Resultats am Ende des 20. Jahrhunderts auf den historischen Ausgangspunkt dieser Epoche und ihre theoretischen Repräsentanten läßt den Schluß zu: Wir sind wieder bei Marx ...«⁴ Entgegen einer solchen Sichtweise ist zu betonen: Der Realsozialismus war durchaus die Probe aufs Exempel dessen, was von der proletarischen Revolution erwartet worden war: die Enteignung der »Kapitalistenklasse« durch den Staat der siegreichen »Arbeiterklasse«, die Abschaffung der »Anarchie der Produktion« durch die »sozialistische Planwirtschaft«, auf deren Grundlage die »Springquellen« des gesellschaftlichen Reichtums fließen sollten, wodurch freies Volk auf freiem Boden zu stehen kommen sollte. Am Ende war nicht einmal das Politbüro wirklich frei, geschweige das Volk; die Wirtschaft erstickte an bürokratischer Regulierung und erstarb schließlich an Innovationschwäche. Das Scheitern von Gorbatschows Perestroika machte die schlußendliche Reformunfähigkeit des überkommenen Systems zur Genüge deutlich.

Was aber war da untergegangen? In der Stalinschen Interpretation, die sich in gewissem Maße auf Marxsche Aussagen beziehen konnte,

4 Die Russische Revolution und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium, Leipzig 1998, S. 40.

war der *Sozialismus* das erste Stadium des *Kommunismus*, gleichsam dessen unvollkommene Phase. Der klassische Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus war jedoch ein anderer. Lorenz Stein definierte den Begriff des Kommunismus, indem er ausführte: Das »Bewußtsein des Proletariats von dem Widerspruch seiner Lage mit der Idee der Freiheit und Gleichheit, das sich negativ gegen Eigentum und Familie verhält, weil es in ihnen die absoluten Gegner der Freiheit und Gleichheit sieht, und die Gesamtheit der Systeme, Sekten und Bewegungen, welche aus diesem Bewußtsein hervorgehen, nennen wir den Kommunismus«. Unter Sozialismus versteht er dagegen die »systematische Entwicklung der Idee des Kapitals, des Eigentums, der Familie, der Gesellschaft und des Staates unter der Herrschaft der Arbeit«. ⁵ Mit anderen Worten: die soziale Frage – der Besitzlosigkeit unter der Voraussetzung der (industriellen) Produktion – beantwortet der Kommunismus mit der Abschaffung privaten Eigentums, während der Sozialismus es unter die (politische) Kontrolle der »Herrschaft der Arbeit« zu stellen bestrebt ist.

Wird in diesem Zusammenhang die auf Ferdinand Tönnies zurückgehende Unterscheidung von Gesellschaft und Gemeinschaft wieder aufgenommen, so ist *Gesellschaft* mit Rückgriff auf den Tausch – in dem Sinne, daß die Tauschpartner sich wechselseitig als die Eigner des Auszutauschenden anerkennen und durch äquivalenten Austausch den Wert ihres Vermögens zu erhalten bestrebt sind – zu definieren, während die Gemeinschaft an einheitliche Arbeit und gemeinsame Haushaltung gebunden ist. Gemeinschaft und Gesellschaft sind somit unterschiedliche Verbindungsarten zwischen Menschen, die durchaus gleichzeitig und einander überlappend auftreten. Gesellschaft ist stets gebunden an Eigentum, das wiederum nur als Privateigentum – gemeinschaftliches oder persönliches – realisierbar ist. Die (roh)kommunistische Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln hat daher notwendig die Abschaffung des Handels, des Geldes, der Rentabilität zur Voraussetzung. Es handelt sich hier folgerichtig nicht um eine »Vergesellschaftung«, sondern um eine Vergemeinschaftung der Produktionsmittel. ⁶

So ist Peter Ruben zu folgen, wenn er feststellt: »Die Wende 1989/91 war keine Entscheidung über den Sozialismus als eine Gesellschaftsordnung, sondern über den Kommunismus als eine Gemeinschaftsordnung.« ⁷ Die Inangriffnahme heutiger Probleme bedarf der Nutzung der Institutionen der Gesellschaft, nicht ihrer Abschaffung.

Die Spaltung der historischen Arbeiterbewegung im Umfeld des Ersten Weltkrieges erfolgte programmatisch genau an diesem Punkt. (Politisch geschah sie in Gestalt der Ermordung der sozialdemokratischen Novemberrevolution durch ihre sozialdemokratischen Führer, hier folge ich Sebastian Haffner, ⁸ und der Gewalttaten an den Kommunisten in Deutschland einerseits und der Mordtaten der russischen Bolschewiki an Menschewiki und Sozialrevolutionären in Rußland andererseits, was in der Verfolgung erklärter Sozialdemokraten in der SBZ beziehungsweise frühen DDR seine spezifisch deutsche Fortsetzung fand.) Bestand bereits in der alten Sozialdemokratie eine Spannung zwischen der Demokratiefrage und der Eigentumsfrage, die Rosa Luxemburg bekanntlich in ihrer Kritik an Lenins und Trotzki's Oktoberrevolution deutlich gemacht hatte, ⁹ so schlug sich diese ab 1918 in

5 Lorenz von Stein: Die industrielle Gesellschaft. Der Sozialismus und Kommunismus Frankreichs von 1830 bis 1848, zitiert nach: Peter Ruben: 10 Jahre danach. Bemerkungen zu »Später Aufbruch – frühes Ende«, in: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 2/2000, S. 22.

6 Peter Ruben: a.a.O., S. 24-26.

7 Ebenda, S. 23.

8 Vgl. Sebastian Haffner: Der Verrat, Berlin 1993.

9 Vgl. Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies.: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 362.

der Differenz und Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nieder. Für die einen genoß die Demokratie Priorität, wobei durchaus auch der »Sozialismus« mit einem starken staatlichen Sektor in der Wirtschaft anvisiert war; Hilferding und vor allem Otto Braun verfolgten dieses Ziel, zumal in Preußen, während der zwanziger Jahre zielstrebig.¹⁰ Für die anderen lag die Priorität in der Enteignung der Produktivkräfte, wobei die Demokratie abgeschafft wurde und das Politbüro als alleiniger Akteur hinterblieb.¹¹

Das Fiasko des Realsozialismus ist das Scheitern jener Annahme. *Demokratischer Sozialismus* kann lediglich noch bedeuten, daß stets nur soviel Sozialismus gewagt werden kann, wie die politischen Verhältnisse der Demokratie zulassen. Jeder Versuch, daß kleine Wunderheiler-Gemeinschaften gegen die Mehrheit die Macht an sich zu reißen versuchen, würde nurmehr erneut in eine Politbüro-Diktatur münden.

Insofern kann der immer wieder geltend gemachte Vorwurf, die PDS solle nicht versuchen, eine »bessere sozialdemokratische Politik« zu betreiben, sie nicht wirklich treffen. Programmatisch gibt es nach 1989/91 keine akzeptierbare Alternative zum Primat der Demokratie. Es kann höchstens gemeint sein, sie solle eine sichtbar andere Politik machen. Das ist jedoch nur zum Teil eine Programmfrage.

Die Aufgabenstellung des Parteitag, die PDS sei angehalten, »ihr programmatisches Selbstverständnis als sozialistische Partei in Deutschland links von der Sozialdemokratie zu profilieren«, stellt sich so als recht problematisch dar.¹² Es mag ja sein, daß Parteien sich auf einem Links-Rechts-Kontinuum untereinander abgrenzen müssen, um für die Wähler als voneinander Unterschiedene erkennbar zu sein. Eine Herleitung des Selbstverständnisses als Partei lediglich aus der Distinktion zur SPD ist jedoch ziemlich dürftig.¹³ Erforderlich sind konkrete Politikangebote, die auf einer besseren Problemanalyse und besseren Folgerungen aus der Sicht eines selbst definierten Politikansatzes resultieren, und zwar nicht auf der Ebene allgemein-politischer Bekundungen, sondern auf konkreten Politikfeldern und für konkrete Adressaten.

Solange weder klar ist, was »sozialistisch« ist, noch was »links«, ist dies lediglich eine Willenserklärung. Eine, die suggeriert, die Sozialdemokratie sei nicht »sozialistisch« (genug?) und nicht genügend »links«. Wenn man nicht stillschweigend den Eindruck erwecken möchte, man wolle heimlich doch eigentlich eine Partei kommunistischen Typs sein, kann es sich dann aber nur um einen Wettbewerb handeln, wer die bessere linke Politik macht, möglicherweise auch auf der Grundlage eines besseren Programms.

Die Partei zu sein, die »immer recht« hatte, bedeutete, daß aus der Perspektive einer kommunistischen Partei ein tatsächlich gleichberechtigter Dialog, auf gleicher Augenhöhe, nicht möglich war. Getreu dem Auftrag des Apostels Paulus, daß der Christenmensch, der hinausging, die anderen zu missionieren, der »neue Mensch« war, der das Himmelreich verdient hatte, war der überzeugte Kommunist der »neue Mensch«, der die anderen zu überzeugen und zu Großtaten anzuspornen ausgezogen war. Und wer nicht wollte, der wurde im Zweifel als Klassenfeind erschossen. In einem Gespräch, in dem der eine der Wissende, die anderen die Unwissenden sind, der eine der Überzeugte, die anderen Die-Zu-Überzeugenden, findet ein gleichrangiger Meinungs-

10 Vgl. Peter Lösche, Franz Walter: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992, S. 6ff; Hagen Schulze: Am Beispiel von Weimar: Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, in: Berlin und seine Wirtschaft, Berlin/New York 1987, S. 180ff.

11 Zur deutschen Sichtweise hier: Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Band 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.

12 So der Eingangssatz der »Thesen zur programmatischen Debatte« der Programmkommission der PDS vom November 1999.

13 Das scheint in der PDS allerdings Konsens zu sein. Siehe den Beschluß der 1. Tagung des 6. Parteitag: »Organisation einer programmatischen Debatte in der PDS«, Januar 1999, oder auch Angela Marquardt auf der 2. Bundeskonferenz der PDS, Dezember 1999. Sarah Wagenknecht meinte jüngst – mit Blick auf den Cottbuser Parteitag: »Ist das heute Machbare erst mal zur Richtschnur der eigenen Forderungen erhoben, läßt der Kniefall vor den heute Machthabenden nicht lange auf sich warten. Das zeigt die Geschichte der SPD. Das haben die Grünen hinter sich.« (<http://www.pds-online.de/kpf-mitteilung/0008/07.htm>).

austausch nicht statt, nur Agitation. Das Verhältnis der PDS zu Wählern wie zu anderen politischen Kräften und Parteien kann grundsätzlich nur von der Möglichkeit des Irrs und von der Gleichrangigkeit der Argumente ausgehen. Für eine demokratische Partei in einer säkularisierten Welt, in der eben nicht mehr ein herrliches Jenseits nach der »sofortigen Durchführung der proletarischen Weltrevolution« versprochen werden kann, ist ein anderes Selbstverständnis von Politik in der Sache ausgeschlossen. Sollte es dennoch – mehr oder weniger stillschweigend – versucht werden, führt es lediglich zu einer Vergrößerung der Aversionen gegen sie.

Dies gilt selbstredend auch für die verschiedenen Strömungen innerhalb der PDS. Der Aufruf der Grundsatzkommission, endlich »aus den trennenden Gräben« herauszutreten,¹⁴ wird nur verständlich, wenn davon ausgegangen werden muß, daß der kommunistische Habitus des Besserwissers noch nicht einmal innerhalb der Partei der Vergangenheit angehört. Woher nimmt der aber seine Impertinenz im Angesicht des Scheiterns des kommunistischen »Projekts« (um es wertfrei und also euphemistisch auszudrücken)?

14 »Heraus aus den trennenden Gräben«. Erklärung der Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS, Juni 2000.

Freiheit und Herrschaft

Freiheit hat stets drei Dimensionen. Die erste ist abhängig vom Entwicklungsgrad der respektiven Gesellschaft mit ihren Produktionsmöglichkeiten. Ob die Gesellschaft als ganze – aus Gründen der Agrikultur – Hungersnöte gewärtigen muß oder nicht, ob sie über einen Stand der medizinischen Ausstattung verfügt, daß niemand an einfachen Krankheiten sterben muß, ist zunächst eine Frage der Produktivkräfte. Sie aber ermöglichen den Menschen mehr Leben, mehr freie Entscheidungen über ihr Leben, mehr Zeit zur freien Betätigung ihrer schöpferischen Kräfte. Ein Rückgang des produktiven Vermögens – im Rußland von heute fiel die Arbeitsproduktivität insgesamt um etwa ein Drittel im Vergleich zum Ausgang der Sowjetzeit – hat zweifelsohne eine Reduzierung der Freiheitsräume vieler Menschen der Gesellschaft zur Folge; die Zeit, die ich zusätzlich mit Anstehen oder einem unerquicklichen Zweitjob verbringe, bin ich nicht frei, meine eigenen Ziele zu verfolgen.

Die zweite Dimension ist die politische Freiheit im Sinne der liberalen Freiheitsrechte als auch im Sinne von Partizipationsrechten.

Die dritte sind die sozialen Rechte, die die reale Möglichkeit der Wahrnehmung der politischen Rechte erst möglich machen. Das gleiche Recht für alle, unter der Brücke zu schlafen, konstituiert keine Gesellschaft politischer Partizipation. Wenn Freiheit das Recht zur selbständigen Entscheidung über das eigene Leben ist, wird sie bei Ausschluß aus der Arbeitsgesellschaft, wenn diese das allgemeine Ansehen des einzelnen konstituiert, drastisch eingeschränkt. »Wer die Arbeitslosigkeit hat, braucht keine Stasi«, hat Heiner Müller einst gesagt. (Was umgekehrt heißt, wer die Arbeitslosigkeit abschafft und sich der Zustimmung seiner Bevölkerung nicht sicher sein kann, braucht so etwas, sofern er nicht abtreten will.)

Das kommunistische Herrschaftssystem ignorierte, unterdrückte die politische Freiheit; die heutige bürgerliche Gesellschaft erklärt sie – weitgehend – zur einzig bedeutsamen. In diesem Sinne sei, exemplarisch nur, ein einschlägiger Kommentar zum Grundgesetz zitiert: »Das

Grundgesetz beschränkt die Grundrechte im wesentlichen auf die klassischen Menschen- und Bürgerrechte. Rechte, die früher als soziale Grundrechte verstanden wurden, wie zum Beispiel die Rechte auf Arbeit, Wohnen oder angemessenen Lebensunterhalt, finden sich in den Verfassungen der neuen Länder als Staatszielbestimmungen.«¹⁵ Fluchtpunkt des Nachdenkens über Gesellschaft und Politik kann aber nur die Freiheit als ganzheitliche sein, in allen ihren Dimensionen, als Freiheit zur Selbstverwirklichung. Diese im Marxschen Sinne verstanden, nicht im Sinne des verantwortungslosen Yuppie-Singles.

So finden Politikansätze zur Arbeitsförderung wie Nachdenken über Verteilungsfragen jenseits der Arbeitsgesellschaft (Gibt es ein finanzierbares Konzept der Grundsicherung?) ihren eigentlichen Ausgangspunkt in der Frage nach der Freiheit zur Selbstverwirklichung. Hier wiederum braucht es zugleich ein zeitgemäßes Menschenbild, nicht im Sinne eines normativen Erziehungskanons zur Heranzüchtung eines neuen »neuen Menschen«, sondern im Sinne einer kulturell getragenen Ganzheitlichkeit jenseits der oktroyierten Konsumzwänge der gegenwärtigen Vergnügungsindustrie, in der viele Menschen nur noch etwas mit sich anzufangen wissen, wenn »man« etwas mit ihnen anfängt. Was natürlich reichlich zu bezahlen ist.

Zu den Annahmen der schönen neuen Welt des Neoliberalismus gehört, daß die Freiheit des Marktes und die Freiheit des Individuums in eins fallen würden.¹⁶ Die Frage, inwieweit die Einschränkung der Marktfreiheit – etwa für Großspekulant*innen, die mittels Währungsmanipulation ganze Völker um die Früchte zwanzigjähriger Arbeit gebracht haben und damit unglaubliche Gewinne machten, während die Kosten dann über den IWF letztlich auch den Steuerzahlern der Länder des »Nordens« aufgebürdet wurden – Bedingung für die Freiheit der vielen arbeitenden Menschen, der »kleinen Leute« ist, ist politisch nicht beantwortet. Sie ist auch nicht in der Theorie zu beantworten, sondern nur in den politischen Kämpfen.

Bei näherem Hinsehen sind die Rechte der Produzenten und Anbieter auf dem Markt und die politischen Rechte der Menschen in ihrer Gesellschaft zwei verschiedene Dinge, historisch und in der Logik gesellschaftlicher Entwicklung. Nicht zufällig ist das Idealbild des Akteurs im neoliberalen Kontext der mit der Marktfreiheit, der die Freiheit hat, gestützt auf eigenes Kapital Kontrakte zu schließen. Die demokratische Freiheit des Citoyen ist hier nicht vorgesehen.

Die »Herrschaft des Kapitals« ist daher stets konterkariert durch den Staat und den Wähler. Der Staat ist zunächst eine eigenständige Größe zwischen dem Kapital und der Arbeit, mit eigenen Interessen und der Kompetenz zur Rechtsetzung. »Lobby-Arbeit« auch der großen Firmen unterstellt schon dem Ansatz nach, daß die Lobbyisten sich ihrer Sache eben nicht von vornherein sicher sein können.¹⁷ »Herrschaft des Kapitals« war die in der Ostindischen Company. Das demokratische Gemeinwesen von heute folgt ihm nicht unbedingt und nicht notwendigerweise. Gewiß ist »das große Kapital« ein gewichtigerer Einflußfaktor im politischen Kräftespiel als andere Akteure, aber durchaus konterkariert. (Man denke nur an das moralische Kapital, das Greenpeace in der Brent-Spar-Angelegenheit einzusetzen vermochte.)

Wer aber ist heute »das Kapital«? Sieht es so aus, wie die Reichen auf den Zeichnungen von George Grosz aus den zwanziger Jahren?

15 Dieter Hesselberger: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, Bonn 1996 (10. Auflage), S. 59.

16 Dazu: Dieter Plehwe, Bernhard Walpen: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus, in: PROKLA, Berlin, Heft 2/1999.

17 Zur Darstellung der Marxschen Position, wonach der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft mehr ist als lediglich »schlichter politischer Handlager der Bourgeoisie«, siehe: Petra Dobner: »Soziales Verhältnis« und »politische Form«: Kommentare zur aktuellen Staatsdebatte, in: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 3/2000, insbesondere S. 22.

Wohl nicht. Spätestens nachdem die amerikanischen Pensionsfonds auf den Kapitalmärkten erschienen, deren Eigentümer »kleine Leute«, Lehrer und andere Angestellte sind, während die Fondsmanager eigentlich Angestellte dieser Fonds sind, ist die Antwort auf diese Frage schwieriger denn je. Auch wenn Herr Esser mit 60 Mill. DM für seine Managementtätigkeit bei Mannesmann abgefunden sein soll, so war er doch Angestellter. Insofern sind Fragen des Eigentums, des Besitzes und der Verfügungsrechte komplizierter denn je. Der Angestellte vom Bezirksamt, der ein paar Aktien besitzt, ist dann auch »Kapital«. Und der Kleinsparer, der seine Lebensversicherung bei einer großen deutschen Versicherung hat, hofft auf deren hohe Kapitalerträge, damit er die avisierte Sparprämie erhält.

Ein »Antikapitalismus«, der eine Analyse der realen Wirtschafts- und Finanzverhältnisse nicht neu zur Voraussetzung hat, erweist sich als populistische Phrase. Oder er ist das Unbewußte, das aus den Tiefen des kommunistischen Unterbewußtseins kommt. Dann muß es als solches thematisiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist, zumal in der Ost-West-Distinktion innerhalb der PDS, die Denunziation des »Moderne«-Begriffs ein immer wieder beliebtes Thema. Er sei verwaschen, unklar, nicht antikapitalistisch genug. Gewiß, er steht quer zu den überkommenen kommunistischen Diskursen aus der real existiert habenden SED wie auch zu den traditionellen Debatten der 68er oder DKP-Marx-Rezeption.

Wenn der oben in Ansatz gebrachte Unterschied von Sozialismus und Kommunismus unterstellt wird, ist der Kontext jedoch nachvollziehbar. Das kommunistische Herrschaftssystem – im allgemeinen wie in der DDR – hatte von seinem Konzept her die Basisinstitutionen »der Moderne« abgeschafft: Gewaltenteilung, Wahlrecht und individuelle Freiheitsrechte im Bereich der Politik; Geld, Wert, Preis, Kredit und Zins in der Wirtschaft; den Rechtsstaat. Der Gesellschaftskörper war faktisch zur Gemeinschaft gemacht worden, in der das »monistische Zentrum« im Zentrum der Partei, das Politbüro entschied. Es war faktisch Exekutive, Legislative und Judikative in einem.

Nachdem, zumal in der Rezeption der Perestrojka-Debatten in der Sowjetunion, die allgemeine Krise des Realsozialismus in ihren Spezifika in Politik, Wirtschaft, Recht, Kultur usw. erkannt und diagnostiziert war, hat der Reformdiskurs in der SED der achtziger Jahre die Wiedereinführung der Basisinstitutionen der modernen Gesellschaft als die erforderliche Therapie angesehen, und das war aus dieser Perspektive im Kern die westliche, deren Wesensgehalt sich eben nicht auf »kapitalistisch« reduziert. Nur aus einer kommunistischen Perspektive heraus konnte dies die »Kapitulation vor dem Kapitalismus« sein. Unter der sozialistischen Perspektive war es die Beseitigung der Ursachen für die Gesellschafts- und Wirtschaftskrise, die der Kommunismus bewirkt hatte.¹⁸

Das mußte nicht von vornherein identisch sein mit der deutschen Vereinigung unter den von Kohl diktierten Bedingungen. Dazu kam es erst, als die Mehrzahl der DDR-Bevölkerung 1990 jeglichen weiteren Sozialismus ablehnte.

Die in dieser »Moderne«-Auffassung aufgenommene Vorstellung einer funktionalen Differenzierung zielt eben nicht auf ein Abdanken politischer Gestaltungsmöglichkeiten, sondern darauf, daß es in der

18 Vgl. die Beiträge von Dieter Segert und Rainer Land in: Hans Misselwitz, Katrin Werlich (Hg.): 1989: Später Aufbruch – frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende, Berlin 2000 (im Erscheinen).

Ökonomie ökonomisch, im Rechtswesen rechtsstaatlich und im Politischen politisch zugehen muß. Welche Wirkungs- und Eingriffsmöglichkeiten zu eröffnen sind, um die Interessenartikulation unter der Perspektive besonders der unteren sozialen Schichten zur Geltung zu bringen, muß für die verschiedenen Politikfelder und gesellschaftlichen Bereiche je konkret erarbeitet werden.

Es ergibt, die Frage nach dem Kapital nicht vordergründig als Herrschaftsverhältnis zu stellen, sondern zunächst als Problem, inwiefern hier eine Universalie enthalten ist, die zuvörderst der Allokation der Produktivkräfte dient. »Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit – erst das Setzen der Surplusarbeit – ist«, schrieb Marx, »notwendige Bedingung für das Wachstum des Werts oder die Verwertung des Kapitals. Als unendlicher Trieb der Bereicherung strebt es also nach unendlicher Vermehrung der Produktivkräfte der Arbeit und ruft sie ins Leben.«¹⁹

Diese Entwicklung der Moderne ist in der Tat ambivalent. In Realisierung des Profitstrebens können Verbrennungsöfen für KZ ebenso produziert werden, wie Medikamente gegen Aids, Atomkraftwerke wie Windkraftträder, Atomwaffen wie Anlagen zu deren Zerstörung. Es ist nicht »das Kapital«, das die jeweiligen Zwecke setzt, sondern diese gehen aus einer jeweiligen Gesellschaft und dem in ihr waltenden politischen Herrschaftssystem hervor.

Sofern neuerliche kommunistische Enteignung als politische Option nicht zur Verfügung stehen kann, muß die Zwecksetzung des Produzierens auf die Tagesordnung der Politik rücken. Die ganze moderne Produktions- und Lebensweise ist Resultat der Produktivkraftentwicklung, spätestens seit dem 19. Jahrhundert. Gestiegene Lebenserwartung, bessere Ernährungs- und Bildungsmöglichkeiten auch für Arbeiterkinder, moderne Kommunikations- und Transportmittel sind Resultate dessen. Auch die Bevölkerungsexplosion in den Ländern des Südens ist in hohem Maße Ergebnis der modernen Medizin und der gesunkenen Kindersterblichkeit. Über sechs Milliarden Menschen sind nicht auf der Grundlage von Ökobauernhöfen postmoderner Subsistenzwirtschaft zu ernähren.

Zu den Ambivalenzen der Moderne gehören zugleich die ungelöste neue soziale Frage im Norden, die soziale Gewissenlosigkeit der postmodernen Eliten, die Not und der Hunger im »Süden«, die Umweltzerstörung. Die Frage also ist, inwiefern die Akkumulationsweise des Kapitals so gesteuert werden kann, daß soziale und ökologische Nachhaltigkeit der weiteren Entwicklung in der »Einen Welt«, also auch für den Süden erreicht werden kann.²⁰

Daß die Kapitalförmigkeit der Akkumulations- und Produktionsweise sich eines Tages erschöpfen mag, wie sich die Sklaverei oder die Fronarbeit erschöpft haben, ist eine geschichtsphilosophische Frage. Aber keine regulative Idee für Programmatik und Politik heute.

Internationales

In Zeiten der Globalisierung ist es Interesse der Globalisierungsgewinner, den Staat, die Zivilgesellschaft, die Kommunen zu schwächen, um unregulierte Extraprofite zu erhaschen, möglichst noch unverteuert.

Insofern ist politische Steuerung, wie im Innern, also auch global, zunächst der Finanzmärkte, dringend erforderlich. Es geht also nicht

19 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf). 1857-1858, Berlin 1974, S. 247.

20 Zu neueren Ansätzen vgl. Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock, Peter Wahl: Global Governance. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung? Münster 2000.

um generell »weniger Staat«, sondern welchen Staat, unter welcher demokratischen Kontrolle. Das Rechtsstaatsproblem stellt sich auf internationaler Ebene neu. Herrschaft des Rechts ist hier die Durchsetzung des Völkerrechts. Das heißt Verhinderung neuerlicher Kriegsaktionen à la Kosovo, aber auch, einem Milošević in den Arm zu fallen. Es reicht nicht, gegen »den Krieg« zu sein, sondern es bedarf auch glaubhafter außenpolitischer Konzepte, wie internationale Regime der Friedenssicherung aussehen können, die demokratisch und nicht hegemonial sind; wie eine zivile Konfliktbearbeitung aussehen kann; wie Krisen und Konflikte präventiv gegengesteuert werden kann; wie deren Ursachen, auch durch wirksame »Entwicklungspolitik«, rechtzeitig begegnet werden kann.

Das Faktum »Europäische Union« bedarf seinerseits von links einer neuen Bewertung. Nicht nur, daß Deutschland in diesem Integrationsverbund so eingebunden wurde, daß neuerliche Störungen des europäischen Gefüges durch seine Politik weitgehend ausgeschlossen sind. Auch in der Gestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen, der Schaffung einer internationalen Wirtschaftsordnung der Nachhaltigkeit kann die EU eine prägende Rolle spielen.

Der »Sieg« des Neoliberalismus ist noch keineswegs sicher. Noch stehen unterschiedliche Modelle kapitalistischen Wirtschaftens in Konkurrenz zueinander. Im Vergleich zur Lage der Arbeitenden in den USA ist der »europäische Kapitalismus« durchaus noch »arbeitnehmerfreundlicher«. Wo wird Japan in dieser Auseinandersetzung um die Modelle stehen? Was wird mit China? Wird Osteuropa sich eher in Richtung Westeuropa entwickeln oder in Richtung eines US-amerikanischen Typs oder aber mehrheitlich in die »Dritte Welt« abstürzen? Diese Auseinandersetzung wird nicht auf nationalstaatlicher Ebene in Europa beeinflußt oder gar entschieden, sondern auf Ebene der EU.

Diese zu beeinflussen ist eine politische Aufgabe, die in den EU-Ländern, so auch in Deutschland, ihren Ausgang nimmt, auf der EU-Ebene aber ihre Umsetzung finden muß.

Hier wiederum sind Sozialdemokraten und »linkere Linke« nicht notwendig Gegner, sondern haben möglicherweise größere Schnittmengen in ihrer Politik, als die tagespolitische Rhetorik vermuten läßt. Sind die Grünen schon eine zweite F.D.P., oder gibt es hier ebenfalls Schnittmengen? Existieren in Europa noch weitere Kräfte, die in die gleiche Richtung wirken?

Die politisch-programmatische Abgrenzung zur Selbstfindung und Selbstdefinition darf die Politikfähigkeit nicht nachhaltig behindern. Alternative wäre Wirkungslosigkeit, am Ende Bedeutungslosigkeit. Unter Verhältnissen einer Demokratie, die nicht Glaubensangelegenheit ist, sondern in der die real existierenden Menschen erwarten, daß ihre tatsächlichen Probleme gelöst werden, beziehungsweise deren Lösung wenigstens in Angriff genommen wird, hat eine Partei auf Dauer nur dann eine Chance, wenn sie die Verhältnisse politisch (mit)gestalten will.

BIRKE BULL

Abschied und Suche: die programmatische Debatte der PDS

Abschied ist ohne Suche nicht zu haben, und Suche wiederum bringt unweigerlich auch Abschied. Abschied und Suche sind ohne einander nicht im Angebot. Konfliktfrei wird es – wie immer unter Sozialistinnen und Sozialisten – auch nicht zugehen! Sie werden so manchen Abschied nehmen müssen, ohne bereits anderes gefunden zu haben. Sie werden manches finden, ohne von anderem Abschied nehmen zu müssen oder zu wollen. Nicht auf jede Frage wird eine Antwort zu haben sein, schon gar nicht eine für immer und ewig! Und: Wie immer unter Sozialistinnen und Sozialisten werden die Meinungen dabei weit auseinandergehen.

Programmatische Debatten haben es in sich, auch und vor allem unter den Linken im allgemeinen und in der PDS im besonderen! Im Unterschied zu konservativen und neoliberalen Denkern wollen die Linken eine Alternative zur derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung (sprich: etwas gänzlich anderes) entwerfen. Die Gleise sind eingefahren und die Lok will noch nicht so recht drauf passen und – als würde das noch nicht reichen – sich obendrein der vorgegebenen Richtung entziehen. Wovon wird die PDS Abschied nehmen müssen, wonach soll sie suchen?

Erstens: Es scheint, als würde die Frage nach der Beteiligung der PDS an staatlich-exekutiver Macht in Bund und Ländern in der Debatte über ein neues, zu reformierendes Parteiprogramm auf eine »Formfrage« reduziert werden.

Kritikerinnen und Kritiker meinen, zu streiten wäre zunächst über Inhalte. Daß Inhalt und Form im dialektischen Sinne eine Einheit sind, hindert sie offensichtlich nicht daran, die Debatte um die Form – nämlich wie, mit welchen Strukturen, Institutionen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen all diese Inhalte wann und mit welchen Konsequenzen durchgesetzt werden sollen – weiterhin als nachrangig zu betrachten! Mancherorts wird diese Frage sogar als das »Schielen nach der Macht« denunziert und damit emotionalisiert. Eine sachliche Debatte wird auf diese Weise erheblich erschwert. Eine Werthierarchie zwischen beiden Seiten ein und derselben Medaille ist jedenfalls eine konstruierte. Sie geht haarscharf am Leben vorbei!

Dahinter steckt vermutlich der Wunsch nach moralischer und politischer Unversehrtheit. Macht genießt – zu Recht und zu Unrecht – keinen guten Ruf. Und trotzdem wird sich auch die PDS um die Antwort auf die Frage nach der Beteiligung an staatlicher Macht, nach dem Preis und den Konsequenzen, nach den möglichen Gefahren und



Birke Bull– Jg. 1963, Musikschullehrerin und Lehrerin für Musik der unteren Klassen, seit 1994 für Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt, seit 1998 stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion im Landtag, Mitglied der Programmkommission der PDS

Risiken nicht herummogeln können. Sie ist keine Frage, die erst dann zu beantworten wäre, wenn ein gesellschaftliches Gesamtkonzept oder einzelne politische Projekte – quasi wie ein Geschichtsplan – fertig gedacht sind, und sie kann nicht erst dann diskutiert werden, wenn Wählerinnen und Wähler die Linke so mir nichts dir nichts aus der oppositionellen Nische herausgewählt haben.

Neben den Erfahrungen der Arbeit in der Opposition entscheiden ebenso die Erfahrungen, die Risiken und Nebenwirkungen in der Rolle der Exekutive über Politikfähigkeit – die Fähigkeit nämlich, in laufende politische Prozesse konstruktiv verändernd einzugreifen, sich einzumischen. Die PDS muß von der Vorstellung Abschied nehmen, gesellschaftliche Veränderungen seien einzig und allein aus der Rolle einer Opposition konsequent zu befördern.

Zweitens: Politische Alternativen können nicht vor dem Hintergrund von Folgenlosigkeit erarbeitet oder diskutiert werden! Losgelöst von Institutionen, Strukturen, tatsächlichen gesellschaftlichen Kräftekonstellationen und realpolitischen Störfaktoren – auch Sachzwänge genannt – lassen sich keine gesellschaftlichen Reformalternativen entwickeln, die dann auch zu praktischer Politik taugen. Einer politischen Wirklichkeit, die so gar nicht in den eigenen linken Kram paßt, läßt sich nicht mit Ignoranz begegnen. Linke Reformvorschläge müssen zum einen paßfähig sein mit den tatsächlich vorhandenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, zum anderen aber auch einen politischen Richtungswechsel in Gang bringen. Realpolitische Schritte sind gefragt, die im Hier und Heute zumindest in ihrer Konsequenz systemsprengende Wirkungen auslösen

Diese praktikablen politischen Reformalternativen bedürfen grundlegender »Qualitätsmerkmale«:

Zum ersten: Eine Vielzahl der vorliegenden politischen Konzepte der PDS zielt auf grundlegende, zumindest aber sehr tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, zum Beispiel die Einführung einer sozialen Grundsicherung, eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) oder das Konzept einer Steuerreform, die eine wirksame Umverteilung von Reichtum realisieren soll.

Politik vollzieht sich jedoch in sehr kleinen Schritten. Als Gesamtkonzept sind diese Vorstellungen meist nicht ad hoc realisierbar – aus pragmatischen wie auch aus mehrheitspolitischen Gründen. Das wiederum bedeutet, daß »Einstiegsszenarien« gebraucht werden. Umfangreiche Reformvorstellungen müssen in kleine Teilschritte »heruntergebrochen« werden. Die gegenseitige Bedingtheit der einzelnen Konzepte und deren Verzahnung ist wichtig, darf aber nicht dazu führen, daß das eine nicht ohne das andere realisierbar ist

Das Konzept eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors befindet sich in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst in Konkurrenz zum traditionellen 2. Arbeitsmarkt jetziger Prägung. Zumindest in den östlichen Ländern trägt die herkömmliche Arbeitsmarktpolitik in der Praxis deutliche Züge der Verstetigung und übernimmt die zivilgesellschaftliche Funktion der Bewältigung auf Dauer anfallender soziokultureller Arbeit, auch wenn das Gesetzeswerk so freilich nicht gedacht war. Wenn diese Entwicklungen nun aber bereits halbwegs gesellschaftlich akzeptiert und praktisch geübt sind, wäre es für das Agieren der PDS durchaus sinnvoll, ihr Konzept für einen

neuen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aus dem alten des 2. Arbeitsmarktes heraus zu entwickeln – mit »Einstiegsszenarien« sozusagen. Für die Taube auf dem Dach reicht der politische Arm und auch die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz noch nicht.

Die erarbeiteten Reformalternativen der PDS neigen dazu, seit Jahrzehnten mehr oder weniger funktionierende Systeme und Institutionen durch neue und damit praktisch noch nicht erprobte Modelle ersetzen zu wollen:

Die Bundestagsfraktion hat 1995 ein Konzept vorgelegt, das den Fonds zur Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung« – eine Gemeinschaftsaufgabe, die durch Bund und Land gemeinsam seit fast zehn Jahren finanziert und organisiert wird – ersetzen soll. Er soll ersetzt werden durch einen neuen Fonds, den Fonds »Zur Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur«.

Mit Blick auf eine notwendige Verbesserung der Beschäftigungseffekte von Wirtschaftsförderung ist die Diskussion darüber sinnvoll und notwendig, für PDS-Tagespolitik auf Landes- wie auch auf Bundesebene jedoch nicht ausreichend. Mittel- wie auch längerfristig werden diese Konzepte aller Wahrscheinlichkeit nach politisch nicht mehrheitsfähig werden. Darüber hinaus sind Insellösungen auf Landesebene nur schwer denkbar, geschweige denn realisierbar. Es werden also politische Angebote gebraucht, die sich wohl oder übel an dem ausrichten, was momentan durch die gesellschaftlichen, insbesondere durch die politischen Mehrheitsverhältnisse, als auch durch politische Entwicklungen im allgemeinen auf die Tagesordnung gesetzt wird. Konkret hieße das, Vorschläge zur Verbesserung des jetzt geltenden Fonds vorzulegen, die in der Lage wären, die Beschäftigungseffekte der Wirtschaftsförderung im Rahmen des jetzt praktizierten Fonds zu verbessern, ihn selbst aber durchaus auch grundlegender zu reformieren

Ob sich die Suche nach alternativen politischen Konzepten stärker auf den Ersatz bestehender Strukturen und Institutionen oder aber stärker auf die Reformierung bestehender Strukturen konzentriert, ist freilich streitbar. Beides wird notwendig sein. Das Defizit der PDS liegt jedoch bei Konzepten zur schrittweisen Reformierung bestehender Strukturen und Institutionen.

Zum zweiten: Reformen im politischen Tagesgeschäft realisieren sich weitgehend vor dem Hintergrund momentan geltender Gesetzmöglichkeiten. Bei einer Beteiligung der PDS an Landes- oder Bundesregierungen stehen diese nicht sofort und in Gänze quasi wie eine gesamtgesellschaftliche »Neuausschreibung« zur Disposition. Revolutionäre Ungeduld manifestiert sich nicht unbedingt in der Profilierung durch ständige Gesetzesbrecherei. Hier muß sorgfältige Kleinarbeit geleistet werden.

Zum dritten: Die Konzepte müssen mit konkreten Refinanzierungskonzepten untersetzt sein. Das ist ein ständiger Prozeß, denn eine nach unseren Idealen skizzierte Steuerreform wird über kurz oder lang nicht – in jedem Falle nicht vollständig – zu haben sein. Daran dürfen andere Reformvorstellungen der PDS aber nicht scheitern.

Zum vierten: Politische Reformvorhaben sind nicht losgelöst vom existierenden – oder auch vermeintlich existierenden – konservativen

Zeitgeist, von den seit vielen Jahren geschaffenen Tatsachen, Gewohnheiten, vom existierenden Wertekanon in dieser Gesellschaft allgemein aber auch in deren einzelnen Milieus realisierbar. Hier ist die Linke in besonderer Weise in Schwierigkeiten, denn nach 16 Jahren konservativer Politik ist die Gesellschaft auch in kultureller Hinsicht stark konservativ geprägt (im übrigen auch die Linke). Was, wenn die Vorstellungen der PDS nicht wenigstens die mehrheitliche Akzeptanz von Bürgerinnen und Bürgern finden? Welchen Stellenwert wird dann die Forderung nach Demokratie (im Sinne von Volksherrschaft) haben? Was, wenn das Volk nicht will, was die Linken wollen? Um welche neuen Milieus soll sich die Linke bei der Suche nach Verbündeten bemühen? Welche Bündnisse und welche Kompromisse will und soll sie eingehen?

Drittens: Das Bekenntnis zu Politikfähigkeit im allgemeinen und darunter insbesondere zu Teilnahme an Macht trägt zwangsläufig den Kompromiß im Schlepptau. Kompromisse haben eigenartigerweise besonders unter den Linken einen schlechten Ruf, gelten als Schwäche, als Verrat an eigenen Ausgangspositionen, als notwendiges Übel. Niemand würde von sich behaupten, nicht grundsätzlich kompromißbereit zu sein. Nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit ist man allerdings bereit, auch den Preis dafür zu zahlen. Jeder Kompromiß hat seinen Preis, sonst ist es keiner.

Die PDS wird auf absehbare Zeit und darüber hinaus nicht im Alleingang über politische Entwicklungen entscheiden. Das ist keineswegs nur ein notwendiges Übel. Sowohl im engeren Sinne, denn eine absolute Mehrheit der PDS wäre ebensowenig eine Bereicherung der Demokratie wie eine absolute Mehrheit der CDU. Aber auch im weiteren Sinne, denn die politischen Konzepte der PDS sind nicht à priori besser als die anderer gesellschaftlicher oder politischer Kräfte. Das sowohl mit Blick auf deren Praktikabilität, aber ebenso auch mit Blick auf das Standhalten ihrer Politik vor emanzipatorischen Grundsätzen. Sie wird in den Wettbewerb treten müssen mit denen, die ebenso beziehungsweise in ähnlichem Maße dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit verbunden sind – Gewerkschaften, Bürgerbewegungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Vertreter anderer sozialer Bewegungen.

Wenn Einigkeit darüber herrscht, daß nur Despoten oder Diktatoren die Verwirklichung der nach eigenen Maßstäben zusammengemischten Ideale auf die politische Tagesordnung setzen, dann muß man sich auch damit abfinden, daß die eigenen Zielstellungen nur schrittweise zu realisieren sein werden. Wer sich zur Demokratie und zur Politikfähigkeit in einer Demokratie bekennt, bekennt sich notwendigerweise und zwangsläufig zum Kompromiß, zur Findung von Kompromissen, zur Pflege von Kompromissen – vor allem aber zu deren Konsequenzen. Wo die Versuchung lauert, die eigene politische Überzeugung in Absolutheit und kompromißlos auf die Ebene des Tagespolitischen übertragen zu wollen – vielleicht auch noch unter der Überschrift »Der Zweck heiligt die Mittel« –, da lauert der Totalitarismus, auch heute noch.

Zweifelsohne: Ein einmal gefundener Kompromiß im politischen Alltag ist nicht notwendigermaßen immer die beste Lösung in der

Sache. Und dennoch ist die Fähigkeit zu Kompromissen ein tragender und damit existentieller Stützpfeiler von Demokratie. Die Institution Kompromiß muß sich deshalb auch in einem künftig zu diskutierenden Konzept der PDS zur Demokratisierung der Demokratie wiederfinden. Im Grunde genommen ist der Kompromiß auch eine der häufigsten Formen der immer wieder geforderten friedlichen Konfliktlösungen im gesellschaftlichen Leben. Auch der politische Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition, zwischen verschiedenen Parteien, zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Partnern, Partnerinnen und Bewegungen gehört zur demokratischen Geschäftsordnung. Nicht im Sinne von Vernichtung und Ausschaltung des Gegners, sondern im Sinne einer fairen, politischen Diskussion in der Sache, im Sinne von politischem Pluralismus. Auch das ist kein notwendiges Übel, keine Übergangslösung – bis alle gewissermaßen begriffen haben, wer tatsächlich den richtigen Weg weiß. Es bedeutet, den politischen Vorschlägen und Konzepten der jeweils anderen vorurteilsfrei zu begegnen, es für möglich zu halten, unterlegen zu sein. Nicht nur mit Blick auf fehlende Mehrheiten, nicht nur in formaler oder pragmatischer Hinsicht. Das heißt letztlich auch, die Fähigkeit und Bereitschaft aufzubringen, die Interessen und Überzeugungen der anderen Seite zu verstehen, ohne sie zwangsläufig zu den eigenen zu machen. Der Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition, zwischen unterschiedlichen politischen Konzepten, zwischen außerparlamentarischer Bewegung und parlamentarischer Arbeit wird auch innerhalb der PDS stattfinden. Er findet bereits statt: zwischen den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Volksinitiative »Für die Zukunft unserer Kinder« in Sachsen-Anhalt¹ und den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die dem Kompromiß zur Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes zugestimmt haben. Er findet statt zwischen dem Dezernenten mit PDS-Mandat und der Stadtratsfraktion der PDS. Er findet statt zwischen den Kommunalpolitikern und den Landespolitikern. Und er findet statt zwischen der Ministerin mit PDS-Mandat und der Vertreterin einer von Kürzung betroffenen Bürgerinitiative.

Die PDS sollte sich hüten, diesem Wettbewerb in der Sache mit Gleichschaltung zu begegnen. Mit dem Eintritt in die Verantwortung auf der Seite der Exekutive wird sich selbstverständlich nicht die gesamte Partei an irgendwelchen Kabinetttischen wiederfinden. Auch der innerparteilichen Opposition muß die Luft zum Atmen gewährt werden. Aber ohne ein gewisses Maß an gegenseitiger Akzeptanz und das Wissen der jeweils anderen Funktion in der jeweils anderen Rolle wird es nicht zu machen sein. Wenn die Debatte über ein neues oder ein verändertes Parteiprogramm geführt wird, dann müssen Institutionen und Elemente wie Kompromißfähigkeit oder die Fähigkeit zu pluralistischer Demokratie – und deren Konsequenzen! – viel stärker als bisher Bestandteil dieses Konzeptes, mindestens aber der Debatte darum sein. Nicht als Konsequenz dessen, daß die PDS mittel- und langfristig nicht über absolute Mehrheiten verfügen wird. Nein! Diese Institutionen besitzen einen demokratisch tief verwurzelten Eigenwert – sind sozusagen eine politische Dauererscheinung in der Demokratie. Demokratie lebt nicht von Gleichschaltung, sondern stirbt an ihr.

1 Die Volksinitiative »Für die Zukunft unserer Kinder« sammelte 1998 in Sachsen-Anhalt 350 000 Unterschriften gegen eine Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes, die unter anderem auch Kürzungen bei der Landesförderung der Kinderbetreuungseinrichtungen vorsah und nach heftigen Auseinandersetzungen auch von der Landtagsfraktion der PDS mehrheitlich mitgetragen worden war.

ULLA PLENER

Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Über eine verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung. Teil I: Von der Jahrhundertwende bis 1933



Ulla Plener – Jg. 1933,
Dr. sc. phil., Historikerin,
Arbeiten zur Geschichte
der Sozialdemokratie sowie
biographische Forschungen.
Foto: privat

1 Für den Bruch »mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen«, der »nach wie vor unausweichlich« sei, plädieren Autoren der DKP. Vgl. u. a. Georg Polikeit: Transformation oder revolutionärer Bruch? In: UZ (Unsere Zeit)-Magazin, Dezember 1999, S. 52-54.

2 Eine von der Autorin am 1. Mai 1999 durchgeführte und am 1. Mai 2000 wiederholte mündliche Umfrage nach Material zum Thema Wirtschaftsdemokratie bei den Gewerkschaftsständen vor dem Roten Rathaus in Berlin ergab: Keine der Gewerkschaften hatte solches zu bieten – statt dessen Schulterzucken, fragende,

Die Diskussion um soziale Gerechtigkeit verknüpft sich mit drängenden Fragen nach dem Überleben der Menschheit und damit nach den Chancen einer von den sozialistisch orientierten Linken erstrebten Gesellschaft, die sich auf Kooperation statt Konfrontation gründet, also sozial gerecht, demokratisch, solidarisch und nichtpatriarchalisch verfaßt, naturverträglich und völkerverbindend ist, in der jeder Mensch am allgemeinen Wohlstand teilhat und seine Persönlichkeit frei entfalten kann. Eine solche Gesellschaft kann nicht, soll sie die genannten Eigenschaften aufweisen, infolge eines – nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit Krieg und Bürgerkrieg verbundenen – »Bruchs« entstehen.¹

Da sollte, um einen von Uli Schölers Gedanken (S. 949ff. in diesem Heft) aufzugreifen, der Teil im Denken von Marx und Engels mehr als bisher berücksichtigt werden, in dem der Aspekt des evolutionären »Sich-Herausarbeitens« aus den kapitalistischen Verhältnissen behandelt wurde, der »genau genommen das Prinzip einer evolutionären Durchsetzung eines völlig neuen, das heißt letztlich revolutionären Prinzips« enthalte. In diesem Zusammenhang soll hier an eine »sozialdemokratische Ur-Idee« (O. Negt) erinnert werden, der ein solches Prinzip zugrundeliegt, die aber von sozialdemokratischer Seite kaum noch erwähnt wird (auch U. Schöler tut es nicht): die Idee der Wirtschaftsdemokratie. Sie ist mit der geforderten sozialen Gerechtigkeit unmittelbar verbunden und wurde in der Arbeiterbewegung als ein Gerechtigkeitspostulat verfochten. In der aktuellen Diskussion um soziale Gerechtigkeit und um die Lösung weltweit anstehender Probleme gehört sie zu jenen Ideen, die wiederbelebt und neu angeeignet werden sollten. Zugleich erlaubt das Aufdecken der inneren Verknüpfung beider Ideen, den Begriff (Inhalt) der sozialen Gerechtigkeit konkreter zu bestimmen.

Worum geht es bei dieser Idee? Ihren Ausgangspunkt bildete »das Kardinalproblem der Gerechtigkeit« in der kapitalistischen Gesellschaft, das Hermann Klenner jüngst so auf den Punkt brachte: Es besteht »in dem Spannungsverhältnis zwischen der Gleichheit der Menschen als Bürger vor dem Gesetz und der Ungleichheit eben dieser Bürger als Menschen unter dem Gesetz«³ – also zwischen der politischen Gleichheit der Bürger im Staat und ihrer sozialen Ungleichheit als Menschen in der Gesellschaft, die von der Produktionsweise, von der Wirtschaftsordnung bestimmt wird. Hier setzten schon die Vorläufer der Arbeiterbewegung an, indem sie an »die Forderung der Gleichheit als Bedingung der bürgerlichen Existenz ... die proletarische

Konsequenzzieherei von der politischen auf die soziale Gleichheit knüpf(t)en«.⁴ Und genau hier setzte die moderne Arbeiterbewegung an, die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts formiert hatte: Die politische Freiheit der Staatsbürger sollte zur sozialen Freiheit der Wirtschaftsbürger, also aller an der Wirtschaft Beteiligten, auch und gerade der Lohnarbeitenden, ausgeweitet und so soziale Gerechtigkeit realisiert werden. Die Arbeiterbewegung griff dabei die Ideen der europäischen Aufklärung auf und entwickelte diese – angereichert mit eigener Erfahrung und Erkenntnissen von Marx und Engels – weiter.

Die alte Arbeiterbewegung – Erbin der bürgerlichen Aufklärung

Als Erbin der Aufklärung hatte die europäische Arbeiterbewegung drei Ideenstränge aufgenommen und weitergeführt:

Erstens: Die Gleichheit aller Menschen und ihrer Würde von Natur aus – ergänzt durch »Gleichheitsvorstellungen aus der Gleichheit der allgemeinen menschlichen Arbeit in der Warenproduktion«⁵. Die drei von Hermann Klenner benannten Inhalte (Richtungen) des Gerechtigkeitsdenkens der europäischen Aufklärer⁶ wurden durch die spezifische Sicht der Lohnarbeitenden gebrochen: Als Erkenntnisquellen dienten Erfahrungen der proletarischen Existenz und das Wissen, welches Karl Marx mit der Analyse der kapitalistischen Ökonomie erarbeitet hatte; als fundamentale Ungerechtigkeit wurde nunmehr die erlebte soziale Ungleichheit in der kapitalistischen Gesellschaft für illegitim erklärt; das für diese Gesellschaft charakteristische – real erfahrene – Zusammenspiel von politischer Gleichheit und sozialer (ökonomisch begründeter) Ungleichheit wurde zum Kardinalproblem der sozialen Gerechtigkeit.

Zweitens: Aus der ungerechten, mit der Würde des Menschen unvereinbaren »Ungleichheit der Bürger als Menschen unter dem Gesetz«, also in der Gesellschaft, im besonderen in deren Kernbereich – der Wirtschaft, wo die Lohnarbeitenden zwar die wichtigste Produktivkraft, aber vom Eigentum an Produktionsmitteln ausgeschlossen und deshalb den Unsicherheiten ihrer sozialen Existenz ausgesetzt sind, folgerten Akteure der Arbeiterbewegung das Recht auf Mitbestimmung in Produktion und Wirtschaft – auf gleiche Teilhabe am Arbeitsprodukt und am Produktionsmitteleigentum (oder zumindest an der Verfügungsgewalt über dieses) als Grundlage für soziale (ökonomische) Gleichheit. Zur ethischen Begründung der Gerechtigkeit trat die politökonomische hinzu.

Drittens: Es wurde die Auffassung der Aufklärer »von der Gerechtigkeit als einer den Menschen nicht vorgegebenen, sondern von ihnen selbst zu gestaltenden sozialen und politischen Ordnung« und in diesem Zusammenhang von der Verpflichtung des Staates, über die Realisierung formaler Gleichheit hinaus gesellschaftliche Abhängigkeiten – »und zwar wegen ebenderselben Menschenwürde« – abzubauen⁷, aufgegriffen und weiter ausgeprägt. Die Hegelsche Verknüpfung von Herrschaft/Knechtschaft mit dem Antagonismus Reichtum/Armut mündete – vor allem aufgrund der eigenen Lebenserfahrung, nicht theoretischer Hegelstudien (in Umkehrung seines Satzes, wer Herrschaft und Reichtum wolle, müsse Knechtschaft und Armut wollen⁸) – in die Schlußfolgerung: Wer Knechtschaft und Armut überwinden wolle, müsse Herrschaft und Reichtum bekämpfen.

ungläubige Blicke. Der von mir angesprochene Vorsitzende einer als links geltenden Gewerkschaft des DGB meinte kurzangebunden: Wirtschaftsdemokratie sei kein Thema, 100 000 Jugendliche in Arbeit zu bringen wichtiger, als die Deutsche Bank zu enteignen.(!?) Die einleitenden drei Abschnitte dieses Beitrags wurden vorab in Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung. Vierteljahresschrift, Frankfurt a. M., Nr. 42, Juni 2000, veröffentlicht.

3 Vgl. Hermann Klenner: Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, H. 40 (Dezember 1999).

4 Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 20, S. 580.

5 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 20, S. 580, Fußnote.

6 Vgl. Hermann Klenner: Aufklärungshistorisches ..., a.a.O., S. 27.

7 Ebenda, S. 26, 30/31.

8 Vgl. ebenda, S. 32/33.

Gerechtigkeitsideal und politische Ökonomie der Lohnarbeitenden

Wenn von Erfahrungen und Wissen als Erkenntnisquellen der Arbeiterbewegung für ihren Anspruch auf soziale Gleichheit als Kern sozialer Gerechtigkeit die Rede ist, so geht es beim Wissen vor allem um das an Marx und Engels anknüpfende Verständnis von Gerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Auch da soll den von Hermann Klenner vor längerer Zeit zusammengetragenen und analysierten Aussagen der beiden Klassiker der sozialistischen Bewegung im wesentlichen gefolgt werden.⁹

9 Vgl. Hermann Klenner: *Marxismus und Menschenrechte*, Berlin 1982, S. 147-158.

Erstens: Gerechtigkeit ist keine ewige, abstrakte Kategorie. Sie ist in der klassengespaltenen kapitalistischen Gesellschaft jeweils an bestimmte Klasseninteressen (beziehungsweise die sozialer Gruppen oder Schichten) gebunden. Da die kapitalistische Produktionsweise auf dem Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit beruht, der zwar nicht der einzige, aber der grundlegende ist, gibt es auf ihrer Basis (mindestens) zwei Gerechtigkeiten: die der Kapitalisten, einer Minderheit, und die der Lohnarbeitenden, der großen Mehrheit.

10 Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 19, S. 249.

Zweitens: Die kapitalistische Gerechtigkeit entspricht der politischen Ökonomie des Kapitals. Die Gerechtigkeit dieser politischen Ökonomie – fixiert in Gesetzen, die »die bestehende Gesellschaft beherrschen«, – »ist ganz auf der einen Seite – auf der Seite Kapitals«. ¹⁰ Sie enthält die »allerungerechteste Teilung des vom Arbeiter geschaffenen Produkts« zugunsten der Kapitalisten, die nicht arbeiten, aber (und weil sie) Eigentümer der Produktionsmittel sind. ¹¹ Engels nannte sie »eine sehr sonderbare Sorte von Gerechtigkeit«, denn: »Der Arbeiter hat keinen gerechten Ausgangspunkt«, »in dem Wettlauf mit dem Kapital sind die Arbeiter ... benachteiligt« gegenüber den Besitzern der Arbeitsmittel, nicht zuletzt aufgrund der Existenz einer Reservearmee von Arbeitslosen, besonders infolge technologischer Entwicklung. ¹² Engels empfahl deshalb der englischen Arbeiterbewegung statt ihres alten Wahlspruchs »gerechter Lohn für gerechtes Tagwerk« den Wahlspruch: »Besitzer der Arbeitsmittel ... soll das arbeitende Volk selbst sein.« ¹³

11 Ebenda, S. 251.

12 Ebenda, S. 248f.

13 Ebenda, S. 250.

Drittens: Gegen die kapitalistische politische Ökonomie und deren »sonderbare Sorte von Gerechtigkeit« steht im Kapitalismus die politische Ökonomie der Lohnarbeitenden und deren Gerechtigkeitsverständnis. Dieses stützt sich nicht zuletzt auf das »sittliche Gefühl« der Ungerechtigkeit kapitalistischer politischer Ökonomie gegenüber dem »(lohn)arbeitenden Volk«. Engels: »Nach den Gesetzen der bürgerlichen Ökonomie gehört der größte Teil des Produkts *nicht* den Arbeitern, die es erzeugt haben. Sagen wir nun: das ist unrecht, das soll nicht sein, so geht das die(se) Ökonomie zunächst (!) nichts an. Wir sagen bloß, daß diese ökonomische Tatsache unserm sittlichen Gefühl widerspricht.« Marx habe daher »nie seine kommunistischen Forderungen hierauf begründet, sondern auf den notwendigen ... Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise«. ¹⁴

14 Ebenda, Bd. 4, S. 561.

Dennoch bleibt überaus wichtig: Das sittliche Gefühl der Lohnarbeitenden wendet sich gegen die Tatsachen der kapitalistischen politischen Ökonomie. Dieses sittliche Gefühl stand, verbunden mit Marxschen Erkenntnissen, am Beginn der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung – es motivierte ihren Kampf um die Durchsetzung der politischen Ökonomie der Lohnarbeit (und deren Fixierung in Gesetzen) gegen

diejenige des Kapitals. In diesem Zusammenhang ist an Eduard Bernstein zu erinnern, der 1910 darauf hingewiesen hatte, daß nur die theoretische Begründung des Sozialismus »auf ethische Beimischungen verzichten« könne und daß eine unethische Arbeiterbewegung als reale Bewegung der Lohnarbeitenden unmöglich sei.¹⁵ Das dürfte auf jede soziale Bewegung – auch heute – zutreffen.

Das sittliche Gefühl der Ungerechtigkeit kapitalistischer Ökonomie wurde gestützt von der politökonomischen Erkenntnis, die Engels einmal so zusammenfaßte: Das Kapital zahle die (nach seiner Ansicht) »überaus gerechten Löhne« aus dem Kapital, aber dieses produziere keine Ware. »Arbeit ist, abgesehen vom Grund und Boden, die einzige Quelle des Reichtums; Kapital selbst ist nichts weiter als angehäuftes Arbeitsprodukt. Hieraus folgt, daß der Arbeitslohn aus der Arbeit bezahlt wird und daß der Arbeiter aus seinem eigenen Arbeitsprodukt entlohnt wird. Entsprechend dem, was man gewöhnlich Gerechtigkeit nennt, müßte der Lohn des Arbeiters aus dem Produkt seiner Arbeit bestehen. Aber das würde nach der (kapitalistischen – U. Pl.) politischen Ökonomie nicht gerecht sein. Im Gegenteil, das Arbeitsprodukt des Arbeiters geht an den Kapitalisten ... Und das Ende dieses ungewöhnlich »gerechten« Wettlaufs der Konkurrenz ist somit, daß das Arbeitsprodukt derer, die arbeiten, unvermeidlich in den Händen derer angehäuft wird, die nicht arbeiten, und in ihren Händen zu dem mächtigsten Mittel wird, eben die Menschen zu versklaven, die es hervorgebracht haben.«¹⁶

Das Ideal der »ewigen Gerechtigkeit« war nach Engels immer nur der ideologisierte, also interessengeleitete »Ausdruck der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, bald nach ihrer konservativen, bald nach ihrer revolutionären Seite hin«.¹⁷ So wie seinerzeit für die Bourgeoisie im Kampf gegen feudale Zustände wurde das »sittliche Gerechtigkeitsgefühl« der Lohnarbeitenden gegen die Ungerechtigkeiten der kapitalistischen politischen Ökonomie zu einer bewegendem Idee »nach ihrer revolutionären Seite hin«. Die sozialistische Arbeiterbewegung, im besonderen die freie Gewerkschaftsbewegung, setzte im 19. Jahrhundert hier an: Sie stritt für die Durchsetzung der politischen Ökonomie der Lohnarbeitenden gegen die »allerungerechteste Teilung des vom Arbeiter geschaffenen Produkts«, für die gerechte (gleichberechtigte) Teilhabe daran – und an den Produktionsmitteln.

Viertens: Wenn Lohnarbeitende – von ihrem Gerechtigkeitsideal geleitet – gegen die politische Ökonomie des Kapitals stritten, so handelten sie damit im Sinne der historischen Gerechtigkeit, die Hermann Klenner, Engels folgend, als »Übereinstimmung einer Erscheinung mit den objektiven Erfordernissen ... der gesellschaftlichen Vorwärtentwicklung« definierte.¹⁸ Engels: »Erklärt das sittliche Bewußtsein der Masse (!) eine ökonomische Tatsache ... für unrecht, so ist das ein Beweis, daß die Tatsache selbst sich schon (heute wissen wir: allgemein-historisch, noch nicht konkrethistorisch – U. Pl.) überlebt hat, daß andre ökonomische Tatsachen eingetreten sind, kraft deren jene unerträglich und unhaltbar geworden ist.«¹⁹

Diese »ökonomischen Tatsachen« bildeten die Bewegung der (zunehmend gewerkschaftlich organisierten) Lohnarbeiterschaft und das reale Einwirken ihrer politischen Ökonomie auf die kapitalistische Gesellschaft. Marx definierte diese politische Ökonomie 1864 als

15 Eduard Bernstein schrieb 1910: Die Arbeiterbewegung sei damit, »daß sie auf die materielle Vermehrung der Lebensgenüsse der Arbeiterklasse gerichtet ist, auch notwendig von der Idee der irdischen Glückseligkeit beherrscht«, und das könne »in einem hohen Grade mit ethischem Idealismus verbunden sein«. – »... sobald der Arbeiter seinen Kampf als Teil der sozialen Bewegung der Klasse auffaßt, fängt er an, sozialer Idealist zu sein. Als Bewegung der Arbeiterklasse ist eine unethische Arbeiterbewegung unmöglich. Schon der Klassenbegriff enthält hier ein ethisches Element.« (Eduard Bernstein: Arbeiterbewegung, in der Monographiensammlung »Die Gesellschaft«, hrsg. von Martin Buber, Doppelband 35/36, 1910, S. 192/193.) Bernstein verband die Begriffe »sozial« und »ethisch« auf das engste. 1911 schrieb er: Der Sozialismus werde kommen »als Folge wachsenden sozialen Einflusses« der Arbeiter »in den von ihnen erkämpften relativen Verbesserungen wirtschaftlicher, politischer und allgemein sozialer (ethischer) Natur«. (Eduard Bernstein: Von der Sekte zur Partei, Jena 1911, S. 73f.) Zu Bernstein und zu ethischer Begründung des Sozialismus vgl. jüngst Horst Groschopp: Ende der Weltanschauungspartei? In: UTOPIE kreativ, H. 117, Juli 2000, S. 662, 666.

16 Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 19, S. 249.

17 Ebenda, Bd. 18, S. 277.

18 H. Klenner: Marxismus ..., a.a.O, S. 156.

19 Friedrich Engels, in: MEW, Bd. 4, S. 561.

20 Karl Marx, in: MEW, Bd. 16, S. 11. Ebenda (S. 12) bezeichnete Marx die Genossenschaftsbewegung ein Prinzip der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse gegen die politische Ökonomie des Kapitals.

21 Ebenda.

22 Friedrich Engels:
»Diese Regel, zuerst Sitte, wird bald Gesetz. Mit dem Gesetz entstehn notwendig Organe, die mit seiner Aufrechterhaltung betraut sind – die öffentliche Gewalt, der Staat.« (MEW, Bd. 18, S. 276) Vgl. auch Ders. ebenda, Bd. 21, S. 28:
»... Gesellschaft, zusammengefaßt im Staat ...«; Ders. ebenda, S. 170f.: »Die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft ist der Staat, der in allen muster-gültigen Perioden ausnahmslos der Staat der herrschenden Klasse ist und in allen Fällen wesentlich (!) Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse bleibt.«

23 Ebenda, Bd. 19, S. 258, 278.

24 Ebenda, Bd. 22, S. 515, 523.

25 Ebenda, Bd. 36, S. 239.

»Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht«²⁰. Dazu gehört die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit: Das von der englischen Arbeiterklasse 1847 erkämpfte Gesetz über den zehnstündigen Arbeitstag nannte Marx »nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie (die Zehnstundenbill) war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.«²¹

Fünftens: Die Durchsetzung eines Gesetzes gegen die politische Ökonomie der Kapitalistenklasse als »Sieg eines Prinzips« weist auf das Ringen von (zumindest) zwei politischen Ökonomien in der Gesellschaft auf politischer Ebene – im Staat – hin. Der Staat, so die Marxsche Erkenntnis, ist in erster Linie ein Instrument der ökonomisch herrschenden Klasse. Aber er entstand aus dem gesellschaftlichen Bedürfnis, gesellschaftliche Erfordernisse »unter eine gemeinsame Regel zu fassen«, und blieb immer auch Träger gesamtgesellschaftlicher Anliegen.²² In welchem Maße die eine beziehungsweise die andere Seite seines Wesens zum Tragen kommt, hängt vom Kräfteverhältnis – nicht zuletzt in den gesetzgebenden Körperschaften – ab. Darüber schrieb Engels 1881: »... die herrschende Klasse verteidigt ihre politische Vorherrschaft, das heißt (!) ihre sichere Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften; die untere Klasse kämpft zuerst um einen Anteil an dieser (!) Macht, später um die ganze Macht, um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen zu ändern«. Und an anderer Stelle: »Überall kämpft der Arbeiter um die politische Macht, um die direkte Vertretung seiner Klasse in den gesetzgebenden Körperschaften ...«²³ In den neunziger Jahren, als die deutsche Sozialdemokratie eine starke Kraft im Parlament wurde, setzte Engels auf die Gesetzmäßigkeit für den weiteren Aufstieg der »sozialistischen Streitkräfte«: Sie müßten »in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen« durch »langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit«.²⁴

Wirtschaftsdemokratie – Kern sozialer Gerechtigkeit

Die evolutionäre Veränderung der gegebenen ökonomischen Verhältnisse auf dem Wege der in hartem Kampf durchzusetzenden entsprechenden Gesetzgebung (in Umkehrung von Engels' »nicht gesetzlich, also revolutionär«²⁵) – das heißt vermittels staatlicher Machtmittel – wurde seitdem zu einem Angelpunkt im Wirken eines großen Teils der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung, die zugleich »das aufklärerische Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt zur Durchsetzung eigener vernunftbegründeter Ziele« (Helga Grebing) aufgenommen hatte.

Zusammengefaßt: Das Gerechtigkeitsideal der alten Arbeiterbewegung enthielt ethische, politökonomische und politische (auf den Staat bezogene) Aspekte. Sie betrafen individuelle soziale Rechte ebenso wie die Gleichberechtigung der Lohnarbeitenden als Klasse in Staat und Gesellschaft, vor allem in der Wirtschaft als deren Mittelpunkt. Gerechtigkeit allgemein ist eine ethische Kategorie. Soziale Gerechtigkeit leitet sich aus der politischen Ökonomie ab und erfordert eine Veränderung ökonomischer Verhältnisse. Sie wird ökonomisch begründet und meint das Recht auf gleiche (gleichberechtigte) Teilhabe

der Lohnarbeitenden an dem von ihnen geschaffenen Arbeitsprodukt ebenso wie an der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und somit zumindest auf Mitbestimmung bei Entscheidungen (!) im Betrieb und in der gesamten Wirtschaft, erfordert also die Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in Betrieb und Wirtschaft.

Das Gerechtigkeitspostulat Wirtschaftsdemokratie enthielt dement-sprechend stets dreierlei:

Erstens das ethische Moment der Menschenwürde – der Freiheit von entwürdigenden Abhängigkeiten – als Ausgangspunkt;

zweitens inhaltlich den politökonomisch begründeten Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe an der Wirtschaft als Tätigkeitsfeld aller Gesellschaftsmitglieder, artikuliert in Forderungen nach gleicher Teilhabe am Arbeitsprodukt sowie nach Mitbestimmung in der Wirtschaft und deren demokratischer Gestaltung (Einflußnahme der unmittelbaren Produzenten, der Lohnarbeitenden, auf wirtschaftliche Entscheidungen); nach (staatlicher oder anderer gemeinschaftlicher) Kontrolle privaten (Groß-) Eigentums an Produktionsmitteln; nach dessen mehr oder weniger umfangreichen Sozialisierung (Überführung in verschiedene Arten des gemeinschaftlichen Eigentums) als Form der Demokratisierung der Wirtschaft;

drittens politisch die Verpflichtung des Staates (auch) für die Lohnarbeitenden – die große Mehrheit der »Staatsbürger als Menschen« – tätig zu sein: mit entsprechender sozialer Gesetzgebung sowie im Sinne der Demokratisierung der Wirtschaft vermittels öffentlichen Eigentums, staatlicher Kontrolle, Gesamt- beziehungsweise Rahmenplanung u.a.m.

Inhalte der geforderten Wirtschaftsdemokratie zwischen Jahrhundertwende und Revolution 1918/1919

Die Inhalte der Wirtschaftsdemokratie sollen hier anhand von Forderungen und dem Wirken der freien, sozialistisch orientierten Gewerkschaften – sehr knapp zusammengefaßt – wiedergegeben werden.²⁶ Es ging um die drei Aspekte.

Erstens: »Zuerst Mensch, dann Arbeiter« – in dieser Überschrift eines zweiteiligen Leitartikels der Holzarbeiter-Zeitung vom 9. und 16. April 1901 war die Grundposition der freien Gewerkschaften zwischen 1890 und 1919 zusammengefaßt. Sie gliederte sich im wesentlichen in zwei Argumentationsketten.

Als Mensch sei der Arbeiter gleichberechtigt mit den Besitzenden, »die Arbeit allein« sei »der wahre Rechtsgrund des Eigentums« und deshalb müsse »eine dem Rechte der Arbeit genügende Organisation aller produktiven Kräfte auf dem Boden der Assoziation« angestrebt, die bisherige »Rechtlosigkeit des Arbeiters als Glied des Produktionsprozesses« durch ein »neues Recht«, das im Arbeiter »nicht ein Teilstück der Maschine oder Rad im Betriebs-Automaten erblickt«, sondern »seiner Würde als Mensch und Vollbürger« gerecht wird, ersetzt werden.

Die »neue, höhere, vollkommener entwickelte Rechtsordnung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens« sei der Sozialismus, und diese entstehe durch »Umwandelung der Arbeitsmittel aus privaten in gesellschaftliche«. Es ging also um den Zusammenhang Menschsein – Gerechtigkeit (gleiches Recht) – Eigentumsordnung.

26 Dabei wird vor allem aus den Beiträgen der »Holzarbeiter-Zeitung« (HZ) geschöpft, Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV), der 1893 als einer der ersten freigewerkschaftlichen Zentralverbände gegründet worden war. Die Ausführungen stützen sich auf Erkenntnisse in der Monographie der Autorin: Theodor Leipart (1867-1947). Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz. Ein Lebensbild mit Dokumenten, 1. Halbband: Biographie (ISBN 3-89626-079-0); 2. Halbband: Dokumente (ISBN 3-89626-089-8). Verweise auf Leipart-Dokumente beziehen sich im folgenden auf diesen Band. Ausführlicher zu den damals in den deutschen freien Gewerkschaften entwickelten inhaltlichen Vorstellungen über die Wirtschaftsdemokratie vgl. Ulla Plener: Gerechtigkeitspostulat Wirtschaftsdemokratie. Zu Geschichte und Inhalten einer verdrängten Idee (vom Ende des 19. bis Ende des 20. Jahrhunderts). Pankower Vorträge, Hrsg. »Helle Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V., Berlin 2000.

27 Vgl. Hans-Joachim Bieber: Zwischen Kasernenhof und Räteystem. Der schwierige Weg zu gesetzlichen Regelungen industrieller Mitbestimmung in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis 1933, in: Perspektiven der Mitbestimmung. Historische Erfahrungen und moderne Entwicklungen vor europäischem und globalem Hintergrund, Hrsg. Hans G. Nutzinger, Marburg 1999, S. 74/75. Bieber benennt zwar exakt den Zeitpunkt des »Sinneswandels« beim Unternehmertum, erwähnt aber die Revolution nur mehr oder weniger nebenbei. Im genannten Abkommen waren neben dem Achtstundentag die Gewerkschaften »als berufene Vertreter der Arbeiterschaft« anerkannt, die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit zugesichert, Tarifverträge für alle Berufszweige zugestanden, für alle Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten mitbestimmende Arbeiterausschüsse vereinbart u. a. m.

28 Vgl. u. a. H.-J. Bieber, a.a.O., S. 59ff., 81ff.

29 Vgl. Jahrbuch des DHV 1919, Berlin 1920, S. 26f. Zumindest das Wirken des DHV 1918/1919 widerspricht der Behauptung H.-J. Biebers (S. 81f.), »die Gewerkschaften« hätten damals die Regierung ermuntert, »auch mit Waffengewalt«, gegen die Betriebsrätebewegung vorzugehen, und sie hätten »Elemente der überbetrieblichen Mitbestimmung zu verhindern gesucht« (S. 83).

30 Th. Leipart, a.a.O., Dok. 46.

Zweitens: Das Gerechtigkeitspostulat wurde in der Forderung nach Mitbestimmung der Lohnarbeitenden, zunächst hinsichtlich ihrer betrieblichen Arbeitsbedingungen, konkretisiert, und diese wurde als ein Menschenrecht begründet. Mit dem »Fundamentalirrwahn«, der Unternehmer sei alleiniger Herr in seinem Hause, müsse aufgeräumt werden – die Parole sei: »Von der politischen Gleichberechtigung zur wirtschaftlichen Gleichberechtigung!«

Der Kampf um Mitbestimmung im Betrieb und über diesen hinaus im Wirtschaftszweig schlug sich nach der Jahrhundertwende im Ringen um Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Unternehmern beziehungsweise Unternehmerverbänden nieder – für die Gewerkschaften ein Schritt zur kommenden Gleichberechtigung der Lohnarbeitenden bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen, ihrer beginnenden Mitbestimmung und zugleich Durchbruch zur Anerkennung des Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften in der Wirtschaft. Der »Kampf gegen das einseitige Bestimmungsrecht der Unternehmer« wurde als »der Kampf um die Macht« mit diesen verstanden, der weitergeführt – und gesetzlich verankert werden müsse.

Den entscheidenden Durchbruch brachte die Revolution 1918/ 1919. Erst sie veranlaßte das bis dahin vom »unverhüllten Herrschaftsbewußtsein« erfüllte Unternehmertum zum »Kurswechsel um 180 Grad«, indem es innerhalb weniger Tage den Gewerkschaften das zugestand, was diese seit mindestens zwei Jahrzehnten gefordert hatten. Dafür stand das November-Abkommen 1918 der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden.²⁷

Drei Themen beherrschten im Verlauf der Revolution unter dem Aspekt der angestrebten Wirtschaftsdemokratie das freigewerkschaftliche Wirken:

Es sollte die *reale Mitbestimmung in Betrieben*, zu deren Trägern die Betriebsräte wurden, durchgesetzt und in Tarifverträgen festgeschrieben werden. Entgegen anderslautenden Urteilen in der Literatur²⁸ haben sich Gewerkschaften (so jedenfalls der Deutsche Holzarbeiter-Verband/DHV) im Verlauf der Revolution darum bemüht, die »wirtschaftliche Demokratie im Betriebe« in Tarifverträgen zu verankern, was zum Beispiel für die Holzindustrie, nach erbittertem Widerstand der Unternehmer, auch erreicht wurde.²⁹

Es wurden *erste Ideen zur überbetrieblichen Wirtschaftsdemokratie* unterbreitet – so in den »Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit der Gewerkschaften«, die Anfang Juli 1919 dem Kongreß der freien Gewerkschaften in Berlin (auf dem sich am Ende der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund/ADGB konstituierte) vorlagen.

Darin war, so ihr Autor Theodor Leipart im Referat dazu, »nur ganz skizzenhaft angedeutet, wie die allgemeine Wirtschaftsorganisation ... uns vorschwebt«, nämlich: »Selbstverwaltung der Volkswirtschaft, entsprechend zusammengesetzt aus Vertretungen der Betriebsleiter, der Gemeinden und des Staates und auch Vertretern der an der Warenherstellung und dem Warenvertrieb interessierten Kreise, Handel, Konsumenten usw.« unter Mitwirkung der Arbeitervertretungen. In Punkt 7 der »Richtlinien« ging es »um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ... bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation«.³⁰

Es wurde die von beträchtlichen Teilen der Arbeiterschaft geforderte *Sozialisierung als eine Form und Grundlage der Demokratisierung der Wirtschaft* – und eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus – diskutiert. Sie wurde unter anderem vom Kongreß der freien Gewerkschaften im Juli 1919 erörtert und als »die Überführung der privatkapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum« umschrieben. Paul Umbreit, Referent zu diesem Thema, nannte als deren Voraussetzungen: Frieden, eine funktionierende Wirtschaft sowie »Demokratie in Reich, Staat und Gemeinde und nicht zuletzt in den Betrieben«; als Formen der Sozialisierung nannte er: Kommunalisierung, Genossenschaften, Syndikate unter staatlicher Kontrolle, Reichs- und Staatsbetriebe.³¹ Ein tragender Gesichtspunkt dieses Konzepts – das ist besonders hervorzuheben – war, das »normale Funktionieren der Wirtschaft« zu sichern, da sonst die arbeitenden Massen in große Not gestürzt werden würden. Deshalb könne die Umgestaltung nur allmählich erfolgen: Die Sozialisierung sei keine Angelegenheit von einigen Wochen oder Monaten, sondern »ein Prozeß, der sich nur schrittweise vollziehen kann«. Sie könne auch nicht das Werk der Arbeiter allein sein, es müßten dazu die Fachleute – Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter – herangezogen werden. Und: Aufgabe der Gewerkschaften sei es, »sich in der Richtung des Zieles vorzuarbeiten, praktische Tatsachen zu schaffen, auf denen die Gesetzgebung weiterbauen kann«.³²

Drittens: Mit der Gesetzgebung war der Staat angesprochen. »Der Staat, also das Volksganze ...« – so brachte Theodor Leipart auf dem Gewerkschaftskongreß 1919 das gewerkschaftliche Staatsverständnis auf den Punkt. Ohne den Klassencharakter des Staates zu leugnen (das Wilhelminische Kaiserreich wurde von Gewerkschaftern wie Leipart als Klassenstaat erlebt und so bezeichnet), sprach daraus die Vorstellung vom gesamtgesellschaftlichen Auftrag des Staates. Das sollte durch die Gesetzgebung eingefordert – und diese durch die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation im Sinne der Lohnarbeitenden beeinflusst werden. 1919 ging es vorrangig um den Entwurf des Betriebsrätegesetzes und die Staatsverfassung.

Im Ergebnis der Revolution fanden schließlich die von den Gewerkschaften geforderten Mitbestimmung in den Betrieben und die demokratische Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter in der Wirtschaft Eingang in die im August 1919 in Weimar angenommene Verfassung.³³

Die zwanziger Jahre: Das ADGB-Konzept der Wirtschaftsdemokratie
Der ethische Anspruch: Die freien Gewerkschaften konnten nun ihre Forderung nach Wirtschaftsdemokratie auf die Verfassung stützen – und waren doch stets mit der nach wie vor kapitalistisch bestimmten Wirklichkeit mit all ihren entwürdigenden Konsequenzen für die Lohnarbeitenden konfrontiert. So blieb der Anspruch auf Menschenwürde ein Motiv für ihren Einsatz. Das belegen Verhandlungen und Entschließungen aller fünf Kongresse des ADGB zwischen 1922 und 1932. Es wurden immer wieder der »Zwang zu Lohnarbeit«, die »Abhängigkeit des Proletariats von einer besitzenden Klasse«, verbunden mit »der Tyrannei des freien Marktes«, letzteres auch im Zusammenhang mit den Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung der zwanziger Jahre, als die Menschenwürde der Lohnarbeitenden verletzend

31 Vgl. Protokoll des Gewerkschaftskongresses in Nürnberg 1919, Berlin 1919, S. 529ff. Auf dem Gewerkschaftstag des DHV äußerte sich Fritz Tarnow relativ ausführlich und konkret zur Sozialisierung in der von Mittel- und Kleinbetrieben beherrschten Holzindustrie. Vgl. Protokoll des Gewerkschaftstages des DHV 1919, Berlin 1919, S. 67-69, 154-178, 184-187.

32 Vgl. u. a. HZ vom 23. November 1918.

33 Im fünften Abschnitt – »Das Wirtschaftsleben« – hieß es gleich zu Beginn (Art. 151): »Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit der einzelnen zu sichern.« Art. 153 garantierte »das Eigentum« und bestimmte: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.« Und: »Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden« – »gegen angemessene Entschädigung«. Art. 156 enthielt die Möglichkeit, durch Gesetz »für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum (zu) überführen« sowie »im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammen-(zu)schließen mit dem Ziele,

die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln«.

Im Art. 159 ging es um die rechtliche Voraussetzung der Gewerkschaftsarbeit: »Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.«

Art. 165 erklärte Tarifverträge als rechtsverbindlich und bestimmte: »Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.« Es waren Einrichtungen vorgesehen wie Betriebs- und Bezirksarbeiterräte sowie ein Reichsarbeiterrat; Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat, die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse regeln sollten. (Zit. nach Verfassungen deutscher Länder und Staaten. Von 1816 bis zur Gegenwart, Berlin/DDR 1989, S. 250ff.)

34 Protokoll des ADGB-Kongresses in Hamburg 1928, Berlin 1929, S. 191; 175, 184. Th. Leipart, a.a.O., Dok. 63.

35 Th. Leipart, a.a.O., Dok. 61 und 68.

artikuliert. Nach wie vor galt das Argument, daß »aller gesellschaftlicher und privater Reichtum, soweit er nicht von der Natur erzeugt ist, aus der Arbeit stammt«, die Wirklichkeit aber von der »Autokratie des Unternehmertums« beherrscht sei, »die auf seinem Eigentum an Produktionsmitteln beruht, das ihn zum selbstherrlichen Führer der Wirtschaft macht und ein Hörigkeitsverhältnis der Arbeiter gegenüber dem Kapital schafft«. Die soziale Gesetzgebung sollte den Arbeitenden »ein menschenwürdiges Dasein sichern«.³⁴

Die ökonomischen Inhalte: Auch inhaltlich war das Problem Wirtschaftsdemokratie auf allen Kongressen des ADGB präsent, 1925 in Breslau und 1928 in Hamburg als selbständiger Tagesordnungspunkt.

Wie schon früher wurde die geforderte Demokratie in der Wirtschaft damit begründet, daß die Wirtschaft Sache aller an ihr Beteiligten sei und deshalb allen Menschen gleichermaßen zu dienen habe. Theodor Leipart, seit 1921 Vorsitzender des ADGB, im Januar 1926: Die Wirtschaft sei nicht eine private Sache der Unternehmer, »sondern eine öffentliche Angelegenheit ... Der arbeitende Mensch hat für die Wirtschaft noch eine größere Bedeutung als die Produktionsmittel. Genau wie im Staate sollen auch in der Wirtschaft die Arbeiter nicht mehr länger Untertanen sein, sondern gleichberechtigte Wirtschaftsbürger. Dann wird ... die Wirtschaft nicht mehr vom Erwerbsinteresse des einzelnen, sondern vom Versorgungsinteresse der Gesamtheit geführt« werden. Am 2. März 1928 sagte er: »Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft.« Die Volkswirtschaft könne »auf die Dauer gar nicht gedeihen, wenn das Besitzrecht der Unternehmer und ihr Profitinteresse noch länger über das Allgemeinwohl gestellt bleiben«.³⁵

Auf Initiative Leiparts beschloß der Bundesvorstand des ADGB im Oktober 1927, eine Gruppe von Wissenschaftlern mit einer Gemeinschaftsarbeit zu betrauen. Als Ergebnis lag Anfang September 1928 dem Hamburger Kongreß des ADGB das unter Leitung von Fritz Naphtali von elf Autoren erarbeitete Buch »Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel« vor. Naphtali erläuterte es auf dem Kongreß in einem eigens diesem Thema gewidmeten Referat.

Den Ausgangspunkt bildete das sozialistische Ziel der freien Gewerkschaften, das nur schrittweise, also evolutionär zu erreichen sei. Als Antwort auf die in Breslau offen gebliebene Frage: Ist Wirtschaftsdemokratie erst in einer grundsätzlich neugestalteten Ordnung möglich oder können noch unter kapitalistischen Bedingungen Schritte in diese Richtung unternommen werden? erläuterte Naphtali das Verhältnis von Ziel und Weg. »Das Ziel der Wirtschaftsdemokratie, ein wirklich demokratischer Aufbau der Wirtschaft« sei innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nicht erreichbar. Da das aber »nicht eines schönen Tages etwa durch eine Verfassungsänderung dekretiert werden« könne, müsse man sich mit dem Weg dorthin beschäftigen, und »dieser Weg ist ein Weg der Demokratisierung«: »Ein neues Wirtschaftssystem, ein neuer sozialer Aufbau, wie es der Sozialismus sein wird, wächst organisch aus der Entwicklung heraus, die geformt werden kann ...« Dabei sei an die »gewachsene neue kapitalistische Organisationsform« anzuknüpfen – an »die Wandlung des Kapitalismus von einer Wirtschaft der freien Konkurrenz« zum monopolistischen,

zum »organisierten Kapitalismus«; die Formbarkeit der kapitalistischen Bedingungen habe sich unter anderem darin gezeigt, daß es der Gewerkschaftsbewegung gelungen sei, »einer entscheidenden kapitalistischen Tendenz entgegenzutreten ..., der Tendenz der Verelendung«.³⁶

Zu den schon vorhandenen Ansätzen für eine Demokratisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftsführung zählte Naphtali: die auf die Revolution 1918/1919 zurückgehenden wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper im Kohlen- und Kalibergbau, die öffentlichen Betriebe, die Genossenschaften sowie die gewerkschaftseigenen Betriebe. Im Schlußwort ordnete F. Naphtali die Betriebsräte in das »System der Demokratisierung der Wirtschaft« ein.

Insgesamt, so Naphtali in seinem Referat, komme es den freien Gewerkschaften darauf an, »all diese Einzelerscheinungen einzuordnen ... in das Gesamtbild« der »Umgestaltung des Wirtschaftssystems«, und zwar schon jetzt und hier, »wobei sowohl die Größe der einzelnen Schritte als auch das Tempo der Gangart von der Energie unseres eigenen Willens abhängig« seien.³⁷ Die Entschließung faßte die Idee der Wirtschaftsdemokratie so zusammen: »Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.«³⁸

Gesonderte Entschließungen nahm der Kongreß zur »Förderung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe« und zur gewerkschaftseigenen »Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten« an. Sie sollten den Unternehmern das »Recht der Alleinherrschaft« streitig machen, die Wirtschaft in Richtung der angestrebten Wirtschaftsdemokratie drängen, einen Weg zum Gemeineigentum erschließen und Grundsteine für eine Gemeinwirtschaft legen, also für »ein System der Wirtschaft, das ausschließlich die Deckung des Bedarfs zum Ziele hat«.³⁹ Das kann durchaus als ein Versuch der Gewerkschaften gewertet werden, Wirtschaftsdemokratie nicht »nur als Resultat staatlicher Intervention«, sondern auch »als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse« zu verwirklichen. Heinrich Potthoff hob diese Bemühungen um gewerkschaftseigene »Inseln des Sozialismus« als Transformationsansätze und einen bemerkenswerten Beitrag zur Sozialisierungsproblematik hervor: Sie hätten die Sozialisierung komplexer als bloße Verstaatlichung aufgefaßt. Während die »große Sozialisierung in theoretischen Entwürfen verkümmerte, konnten die freien Gewerkschaften bei der zumeist übersehenen Sozialisierung von unten (!) praktische Erfolge vorweisen.«⁴⁰

Die Aufgaben des Staates: Allerdings war dem Staat tatsächlich eine entscheidende Rolle im Transformationsprozeß zugeordnet, denn er blieb für die freien Gewerkschaften auch jetzt der Interessenträger der Allgemeinheit – und das mehr als je zuvor, handelte es sich doch um die von den Arbeitern 1918 erkämpfte Republik, die als »Volksstaat«, als Vertreter der »Gesamtheit« verstanden wurde.

Bezogen auf den Staat ging es beim Konzept der Wirtschaftsdemokratie in erster Linie um dreierlei: um den Staat als das die Unternehmermacht im Interesse der Allgemeinheit kontrollierende und beschränkende Organ; um die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und damit an der Wirtschaftspolitik; um die soziale Gesetzgebung zum Schutz der Lohnarbeiterschaft, auch als

36 Protokoll des ADGB-Kongresses in Hamburg 1928, S. 174, 173, 175, 177, 179-183.

37 Ebenda, S. 189.

38 Ebenda, S. 21.

39 Th. Leipart, a.a.O., Dok. 66 und 68.

40 Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der ADGB in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, S. 187, 190. Vgl. dagegen H.-J. Bieber: Im Wirtschafts-demokratie-Konzept von 1928 sei »die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ... wie vor 1918 als Resultat staatlicher Intervention gedacht (gewesen), nicht als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse« (a. a. O., S. 106).

Die Vorstellungen von Ellen M. Wool weisen wohl in die gleiche Richtung wie seinerzeit die Bemühungen des ADGB, wenn sie schreibt: »Das Beste ist, wenn Sozialisten darauf hinwirken, das Gesellschaftsleben so weit wie nur möglich aus der Marktabhängigkeit herauszulösen. Das bedeutet, die Entkommerzialisierung möglichst vieler Lebensbereiche und ihre Demokratisierung anzustreben ..., sie der direkten Kontrolle durch das

Kapital und der unpersönlichen Kontrolle durch die Marktimperative zu entziehen ...« (Die Politik des Kapitalismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/99, S. 17.)

Ähnlich Edda Seifert: Es sei notwendig, »praktische Kraft in das Entstehen von Keimzellen einer neuen Reproduktionsweise bzw. in die Unterstützung bereits vorhandener zu investieren«. –

»Die Alternative muß als Realität einer anderen Wirtschaftsweise an der Basis der Gesellschaft wachsen – in Konkurrenz zum globalisierten Kapital.«

(Sozialisten und Rapsmühlen, in: Neues Deutschland, 8./9. Januar 2000)

41 Protokoll des ADGB-Kongresses in Hamburg 1928, S. 177, 178, 180, 187. Hier (S. 178) war die Mitbestimmung auf Unternehmensebene angesprochen.

42 Ebenda, S. 184, 185, 189.

43 Th. Leipart, a.a.O., Dok. 61.

»Eingriff in die Autokratie der Wirtschaftsführung« seitens der Unternehmer und als Erweiterung der persönlichen Freiheitsräume für die Lohnarbeitenden.

Die erste und die zweite Anforderung sollten nach Vorstellungen der Autoren des Konzepts Veränderungen in der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln bewirken. Dazu Naphtali auf dem Hamburger Kongreß: »Die Kontrolle des Staates mit besonderen Organen, in denen die Vertreter der Wirtschaft, das heißt für uns immer: gleichberechtigt die Vertreter der Gewerkschaften, eingeschaltet sind, muß die Handlungsfreiheit der großen wirtschaftlichen Organisationen beschränken unter den Gesichtspunkten des Gemeinwohles. Diese Beschränkung der wirtschaftlichen Verfügungsfreiheit bahnt den Weg zum Wandel in den Funktionen des Eigentums an den Produktionsmitteln.« Der Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, der »sich zugleich als ein wirtschaftlicher und als ein politischer Kampf« darstelle, müsse »neben der Staatskontrolle auch um die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großen Monopolorganisationen geführt werden«. Die »Einschaltung von Kontrollen des Staates und von Kräften der Arbeiterschaft in die Wirtschaftslenkung« stellten »gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte« dar und bedeuteten »immerhin eine Einschränkung der Verfügungsfreiheit der Unternehmer über ihre Produktionsmittel.«⁴¹

Zur dritten Anforderung an den Staat, die Gesetzgebung betreffend, sagte Naphtali: »Die wichtigste Schranke, die der Autokratie (des Unternehmertums) durch die kollektive Machtbildung der Arbeiterschaft unmittelbar entgegengestellt wird, findet ihre Ergänzung durch die fortschreitende Durchsetzung von Forderungen der Arbeiterschaft im Staate, in der Gesetzgebung.« Die bis dahin erreichten Fortschritte der sozialen Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitskraft stellten »Stufen des Eingriffes in die Autokratie der Wirtschaftsführung in der Richtung einer Sicherung der Arbeiterschaft dar«. Und sie seien zugleich der »Keim für ein neues soziales Güterrecht, der Keim für die Umgestaltung der Verteilungsordnung des kapitalistischen Systems.«⁴²

So sollte die Demokratisierung der Wirtschaft – mit Hilfe des Staates und aufgrund wachsenden Einflusses der Gewerkschaften zu erreichen – die Interessen der Lohnarbeiterschaft und mit ihr die der Allgemeinheit gegen die autokratische Herrschaft des Unternehmertums in der Wirtschaft durchsetzen. Es sei die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterbewegung, ständig und ohne Unterlaß zu drängen auf die öffentliche Meinung, auf die Regierung und die Gesetzgebung, zu drängen auf den Fortschritt der sozialen Entwicklung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft sollte darüber hinaus zugleich den demokratischen Staat stärken. Dazu Th. Leipart: Der demokratische Staat sei nur dann gesichert, wenn die politische Demokratie durch die Demokratie in der Wirtschaft ergänzt werde. »Denn Demokratie im Staate und Autokratie in der Wirtschaft vertragen sich nicht auf Dauer. Wer also das demokratische System in der Staatsverwaltung schützen und aufrechterhalten will, muß dafür sorgen, daß auch in der Wirtschaft die Demokratie durchgeführt wird.«⁴³

An der Wirtschaftsdemokratie hielt der ADGB auch in den Krisen-jahren 1930 bis 1932 fest, ja, sie sollte den Weg aus der ökonomischen Krise bahnen. Dafür standen nicht zuletzt der ordentliche Kongreß des

ADGB vom September 1931 in Frankfurt am Main und der außerordentliche Kongreß vom April 1932 in Berlin. Die Verpflichtung des Staates wurde mit großem Nachdruck betont. Stärker als in den Jahren zuvor wurde die Rolle der staatlichen Planung in der Wirtschaftspolitik hervorgehoben.⁴⁴ Darüber, wie – mit welchen konkreten Mitteln – das »Umbauprogramm« umgesetzt und die Regierungen sowie Parlamente veranlaßt werden sollten, die Vorstellungen der Gewerkschaften zu verwirklichen, schwiegen sich die Führer des ADGB allerdings aus. An außerparlamentarische Aktionen dachten sie nicht. Letztere wurden als Faktor sozialen Zwanges gegenüber Politik und Unternehmertum weitgehend negiert, vor allem wegen ihres befürchteten Umschlagens in einen Bürgerkrieg.⁴⁵

In dem Vertrauen auf die Verfassung, das Parlament und die Gesetzlichkeit drückten sich die freigewerkschaftlichen Illusionen über den Weimarer Staat aus – bis in den Februar 1933 hinein. Die Unversöhnlichkeit des profitbestimmten Unternehmertums konnten die Gewerkschaften mit Hilfe des Weimarer »Volksstaates« – bei Verzicht auf Massenmobilisierung! – nicht durchbrechen. Das angestrebte Ziel der Wirtschaftsdemokratie blieb unverwirklicht.

Und doch hatten die Gewerkschaften in den Jahren 1920 bis 1933 einige konkrete, zum Teil bis heute gültige Ergebnisse im Sinne wirtschaftsdemokratischer Ideen erreicht. Dazu gehörten:

eine weitere Beschränkung der Autokratie des Unternehmertums – der »Freiheit des Marktes« – im Umgang mit der Arbeitskraft. Hans Mommsen hatte das 1977 so zusammengefaßt: »In allen wesentlichen Punkten ist das sozialstaatliche Instrumentarium der Bundesrepublik während der Weimarer Zeit entwickelt oder institutionalisiert worden. Das gilt für das Arbeits- und Tarifvertragsrecht, das System der Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregelungen wie den Komplex der Betriebsverfassung«. – »Vergleicht man das, was während jener 14 krisenhaften Jahre der Weimarer Republik, die unter denkbar ungünstigen ökonomischen Bedingungen standen, auf sozialpolitischem Gebiet getan worden ist, mit den entsprechenden Maßnahmen in den mehr als zweieinhalb (und nunmehr fünf – U. Pl.) Jahrzehnten bundesrepublikanischer Entwicklung, so ergibt sich für Weimar eine bemerkenswert positive Bilanz ...«⁴⁶

praktisch erprobte Schritte hin zu einer »Sozialisierung von unten«, hin zu demokratischen, nicht profitbestimmten, am gesellschaftlichen Interesse orientierte Wirtschaftsformen (gewerkschaftseigene Unternehmen und Bank, Genossenschaften). Ihre Weiterentwicklung wurde in den Krisenjahren 1930 bis 1932 ökonomisch untergraben und 1933 politisch durch die von den herrschenden Kreisen des Monopol- und Bankkapitals betriebene Machtübergabe an die Nazis abgebrochen. Nach 1945 wiederaufgelebt, wurden sie in den siebziger und achtziger Jahren durch Teile der Gewerkschaftsbürokratie diskreditiert. Sie bleiben aber im »Arsenal produktiver Ideen und Potenzen« für die Lösung »liegendegebliebener Probleme des 20. Jahrhunderts«⁴⁷ und verschränken sich mit Netzwerk- und ähnlichen Ideen der Gegenwart.

theoretische und konzeptionelle Überlegungen zur notwendigen Demokratisierung der Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft. Darunter waren neben möglichen, von der Staatsverfassung legitimierten Enteignungen vor allem die Demokratisierung der Verfügungsgewalt

44 Protokoll des ADGB-Kongresses in Frankfurt a. M. 1931, S.21, 22. In der Entschließung des a.o. ADGB-Kongresses 1932 in Berlin hieß es: Die hohe Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend forderten von der Reichsregierung, ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm anzunehmen und die 40-Stunden-Woche einzuführen. Aus den katastrophalen Vorgängen in der Wirtschaft müßten Folgerungen gezogen werden, »die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weiter Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden.« Der Bundesvorstand wurde beauftragt, seine Vorschläge für den notwendigen Umbau der Wirtschaft der Regierung vorzulegen und sie mit stärkerem Nachdruck zu vertreten. (S. 32.)

45 Ausnahmen bildeten die Abwehr des Kapp-Putsches 1920 und der rechtsgerichteten Anschläge auf die Republik 1922. Vgl. dazu U. Plener: Th. Leipart, a.a.O., 1. Halbband, S. 92ff., 190ff., 253ff., 268ff.

46 Hans Mommsen: Staatliche Sozialpolitik und gewerkschaftliche Strategie in der Weimarer Republik, in: Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Hg. Ulrich Borsdorf u. a., Köln 1977, S. 64, 65.

47 Oskar Negt, Interview in: Neues Deutschland, Berlin, 31. Dezember 1999.

über das Eigentum an wichtigen, das Leben der gesamten Gesellschaft betreffenden Produktionsmitteln sowie Banken durch wirksame Mitbestimmung der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Kräfte; die Aufgaben staatlicher Organe (der Parlamente, Exekutivorgane, Kommunen), als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen in dieser Richtung mit entsprechender Gesetzgebung, mit Kontroll- und Planungsorganen u.a.m. aktiv zu sein; die demokratisierende Rolle des öffentlichen – staatlichen, kommunalen – Eigentums und seine demokratische Organisation.

Ausblick

Diese Ideen wurden nach 1945 von den Gewerkschaften und der SPD wieder aufgenommen, zum Teil konkretisiert und bis 1989 mehr oder weniger aktiv verfochten (am ausführlichsten begründet und beschrieben in dem noch gültigen Berliner Grundsatzprogramm der SPD). Dabei wurden Erfahrungen gesammelt, die für Gegenwart und Zukunft produktiv gemacht werden und sich mit (hier und da schon praktizierten) Ideen der »Netzwerke«, der »Demokratie von unten«, der verschiedenen emanzipatorischen Bewegungen verschränken könnten. Wie Ulrich Weiss in diesem Heft bemerkt, müssen solche Ansätze nicht mehr scheitern, »weil nunmehr in der kapitalistischen Produktion materielle Voraussetzungen im Entstehen sind, auf deren Basis solche Formen menschlicher Emanzipation geschichtsmächtig werden können«.⁴⁸ Hans-Gert Gräbe hat kürzlich auf ein interessantes Projekt aus dem Bereich der Computersoftware hingewiesen, das ihn zu der Frage veranlaßt, »ob die aktuellen technologischen Umbrüche ... diesmal Grundpfeiler kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse erschütter(n) werden«, weil sie statt auf Konkurrenz (und Konfrontation) auf Solidarität, auf ein »wohlwollendes Miteinander eigentlich konkurrierender Subjekte« hinausliefen. Er hält die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit »für eine programmatische Debatte weniger geeignet als das genauere Ausleuchten der subtilen Sprengkraft« der von ihm ange deuteten solidarischen Konzepte: Gerechtigkeit sei ein konfrontativer, Solidarität ein kooperativer Ansatz.⁴⁹

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit leitet sich aus der – konfrontativen – kapitalistischen Ökonomie ab. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie orientiert auf einen schrittweisen Umbau dieser Ökonomie hin zu einer solidarischen, dem Allgemeinwohl verpflichteten Wirtschaftsordnung. Als Haupthindernis auf diesem Wege erwies sich stets der Widerstand egoistischer Profitinteressen des Großkapitals und der Großbanken. Zu fragen ist nach den Bedingungen und Chancen einer sozialen Bewegung für Wirtschaftsdemokratie, die diesen Widerstand überwinden könnte. Da ist den – positiven wie negativen – Erfahrungen der nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzten Bemühungen um die Demokratisierung der Wirtschaft und den heute vorhandenen Ansätzen dafür nachzugehen. Vielleicht führt das auch praktisch an die von Uli Schöler »theoretisch durchaus denkbaren« (aber nicht näher erläuterten) »gesellschaftlichen Regulierungen und Entscheidungen«, die »die profitgetriebene (kapitalistische) Steuerung« zurückdrängen würden, heran? Dazu mehr in einem zweiten Beitrag.

48 S. 961 in diesem Heft. So sehr ich den drei Thesen von U. Weiss folgen kann, so entschieden muß ich seinem Versuch widersprechen, mit 1/3-Sätzen aus Marx' Schriften der Jahre 1844/1845 diesem eine (nämlich die von U. Weiss) Sozialismus-Auffassung aufzubinden, der Marx angeblich auch später – und im Gegensatz zum »Mystiker Engels«! – gefolgt sei, ohne (um nur ein Werk zu nennen) Marx' Kritik des Gothaer Programms (1875) auch nur zu erwähnen. Das Nachdenken über einen erst auf der jetzigen Stufe der Produktivkraft-Entwicklung möglichen Sozialismus bedarf m. E. einer »marxistischen« Begründung dieser Art nicht.

49 Vgl. Hans-Gert Gräbe: Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt, in: UTOPIE kreativ, H. 117.

DIETRICH WAHL

Das Phaleas-Syndrom: Ringens um wirtschaftliche und politische Gleichheit (Teil 2)

Schon altgriechische und chinesische Philosophen wußten, daß Politik, Moral und Bedürfnisse in einer Gesellschaft mit der Eigentumsordnung zusammenhängen. Friedliches und gerechtes Zusammenleben erfordert Gleichheit der Privatvermögen oder Gemeineigentum. Dieses Grundproblem wird entsprechend der sich wandelnden gesellschaftlichen Strukturen variiert und vertieft. Egalitäre und gemeinwirtschaftliche Konzepte wurden in vormodernen wie modernen Gesellschaften wiederholt praktiziert. Während derartige Versuche im Rahmen ›vormoderner‹ Gesellschaften im ersten Teil dieser Abhandlung dargestellt wurden (vgl. »UTOPIE kreativ«, Heft 119 [September 2000]), stehen im folgenden die ›modernen‹ Gesellschaften im Mittelpunkt.

Die Herausbildung kapitalistischer Gesellschaften ging einher mit grundlegenden Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen. Damit stellte sich auch das Phaleas-Syndrom in weiten Teilen auf völlig neue Weise. Ein Indikator dafür waren auch die nunmehr vorgebrachten Argumente der Reichen gegen die Gleichheit des Eigentums.

Der soziale Strukturwandel ist mit qualitativ höheren Stufen der Vergesellschaftung der Produktion verbunden, die ihren Impetus aus der sich beschleunigenden Weiterentwicklung und revolutionären Veränderung der Produktionsmittel erhalten. Beginnend mit der Herausbildung der Manufaktur, über die industrielle Revolution bis zur heutigen Automation und zur ›Informationsgesellschaft‹ wird das arbeitsteilige System mehrfach umgewälzt. Die Produktionseinheiten wie die Konsumenten werden in diesen permanenten Wandlungen in immer neue Stufen der nationalen und internationalen Vernetzung eingebunden. Die Autarkie der agrarischen Familienbetriebe wird aufgelöst und immer mehr Produktionstätigkeiten und Reparaturleistungen werden aus der Familie ausgegliedert. Bäuerliche und handwerkliche Familienunternehmen verlieren an gesellschaftlicher Bedeutung, sowohl in Bezug auf die Zahl der Beschäftigten wie hinsichtlich ihres Anteils am Bruttosozialprodukt. Die bislang höchste Stufe dieser grundlegend neuen arbeitsteiligen Vernetzungen erhielt in unserer Zeit ihr technisches Mittel in der elektronischen Datenverarbeitung und im Internet – ›Informationsgesellschaft‹ und ›Globalisierung‹ sind gegenwärtig in aller Munde.

Eine weitere wesentliche Veränderung beim Übergang zu modernen Gesellschaften stellt die fortschreitende rechtliche Trennung von ökonomischer und politischer Sphäre dar. In der ökonomischen Sphäre wird der Mensch nach seinem Eigentum (Arbeitskraft, Geld, Immobilien) bewertet. In der politischen Sphäre erhielt er in immer mehr Staaten



Dietrich Wahl – Jg. 1929; Prof.i.R., Dr.sc., Philosoph und Wissenschaftsforscher, von 1954 bis 1964 Lehrtätigkeit über Philosophie und Philosophiegeschichte; zwischen 1970 und 1990 Forschungsgruppenleiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Spezialgebiet Wissenschaft und Technik in Entwicklungsländern.

ein gleiches Gewicht, zumindest bei Wahlen, in denen die Stimme eines jeden Bürgers gleich gewertet wird.

Reformulierungen des Phaleas-Syndroms in der Moderne

Schon seit den Anfängen der Manufaktur wurde der Ansatz des Phaleas – Eigentumsgleichheit als Grundvoraussetzung gesellschaftlicher Stabilität – wieder aufgegriffen, um Antworten auf die neuen sozialen und politischen Probleme zu finden, so durch *Morus* im 16. Jahrhundert sowie durch *Campanella* und *Winstanley* im 17. Jahrhundert. Die früheren Lösungskonzepte wurden dabei in bedeutsamen Aspekten verändert und bereichert. Die Gleichheit aller Menschen wurde ebenso betont wie das Recht auf Bildung für alle. Forschen und Erfinden begannen als Quelle wachsenden Reichtums eine Rolle zu spielen.

Auf die Fragestellung freilich, was denn vornehmlich zu regulieren sei, Vermögen oder Bedürfnisse, finden wir zwei sehr entgegengesetzte Auffassungen – bei *Campanella* eine Utopie der Ordnung und strengen Zucht, bei *Morus* die Utopie der Freiheit und Selbstverantwortung des einzelnen.¹ Der geistige Horizont agrarisch-manufakturer Produzenten mit überwiegend statischen Ansichten und Annahmen bleibt auch bei *Jean-Jacques Rousseau*, der im 18. Jahrhundert die wohl einflussreichste Utopie der bürgerlichen Gesellschaft verfaßte, noch erhalten. Er sieht den Einstieg in eine Gemeinschaft freier und gleicher Bürger zwar primär in der politischen Ordnung, gegründet auf einen Gesellschaftsvertrag. Aber dabei greift er auch die aristotelische Variante größtmöglicher ökonomischer Gleichheit, die These von der entscheidenden Rolle des Mittelstandes, auf: »daß ferner kein Staatsbürger so reich sein darf, um sich einen andern kaufen zu können, noch so arm, um sich verkaufen zu müssen«².

Grundlegende Reformulierungen finden wir bei den utopischen Sozialisten. *Saint-Simon*, *Owen*, *Fourier* sehen nunmehr in der Industrie den zentralen Bezugspunkt für Eigentum und ›gutes Leben‹ für alle. Das kommt schon in den Titeln ihrer Werke zum Ausdruck: »Über das industrielle System« (*Saint-Simon*), »Die natürliche, wahrhafte und anziehende Industrie« (*Fourier*), »Beobachtungen über die Wirkungen des Manufaktursystems« (*Owen*). Mit dieser Industrieorientierung sind weitere konzeptionelle Innovationen unmittelbar verbunden.

Die Gesellschaft und speziell Eigentumsverhältnisse werden nunmehr *historisch* betrachtet. Die ideale Eigentumsordnung wird nicht als Erfordernis einer statischen Vernunft oder als göttliches Gebot angesehen. Verschiedene Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung schließen auch unterschiedliche Eigentumsformen ein, wobei die sich herausbildende Industrie neue Formen erfordert. Damit liegt der utopische Akzent der Gesellschaftsentwürfe immer weniger auf dem ›Nirgendwo‹ und es tritt das ›Noch-Nicht‹, das erst nur Mögliche, das aber im Kommen ist, deutlicher hervor.

Die *Bedürfnisse* werden nicht mehr normiert und ›gedeckt‹. Bei *Saint-Simon* steht die Freisetzung der menschlichen Leidenschaften und Wünsche ganz im Mittelpunkt seiner theoretischen Konstruktionen. Bei allen Theoretikern dieser Richtung sind Asketismus und rohe Gleichmacherei von der Agenda gestrichen.³

Materieller und geistiger Reichtum soll und kann nunmehr allen zugänglich sein. Das wird aus der *steigenden Produktivität* abgeleitet.

1 Vgl. Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung. Abriss der Sozialutopien, Leipzig 1987.

2 Jean-Jacques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des Staatsrechts, Rudolstadt 1953, Kapitel 11.

3 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Das kommunistische Manifest, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 4, S. 418.

Diese wiederum beruht auf den gewachsenen und weiter wachsenden Erkenntnissen und Erfindungen in Wissenschaft und Technik. Unisono wird damit der aristotelische Einwand von den fehlenden selbsttätigen Werkzeugen als erledigt betrachtet.

Ökonomische und politische Steuerungen erscheinen als einheitlicher Prozeß, ausgehend von der Beobachtung, daß nunmehr die Produktion selbst einen kollektiven Charakter angenommen hat.⁴

Im Unterschied zu vielen früheren kommunistischen Modellen sind die drei utopischen Sozialisten ausführlich auf das *Transformationsproblem* eingegangen, auf die Frage, wie und durch wen denn die neue vernünftige und menschenwürdige Gesellschaft zu verwirklichen sei. Freilich finden sich gerade in ihren Vorstellungen über Wege und Subjekte beim Übergang zu einer besseren Gesellschaft mancherlei illusionäre Konstruktionen, denn die industriekapitalistischen Verhältnisse waren noch relativ unentwickelt.⁵

Die für unsere Zeit entscheidenden Reformulierungen des Phaleas-Syndroms sind von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* erarbeitet worden. In der Millennium-Umfrage des BBC nach den bedeutendsten Denkern des zu Ende gegangenen Jahrtausends wurde *Karl Marx* auf den ersten Platz gesetzt. Aus den Begründungen von Teilnehmern der Umfrage geht hervor, daß sie *Marx* diesen Rang zuerkennen, weil er am gründlichsten die Produktion und Verteilung gesellschaftlichen Reichtums erforscht und Voraussetzungen für eine gerechte Gesellschaft aufgewiesen hat. Als wichtigste Beiträge von *Marx* und *Engels* zur modernen Ausformung des hier betrachteten Problemkomplexes sind hervorzuheben, daß sie zeigen, daß *Arbeit* – neben der Natur – Quelle allen Reichtums und Grundlage des Menschseins überhaupt ist. Davon ausgehend, unterscheiden sie genau und durchgängig Eigentum an *Produktionsmitteln* und Eigentum an *Konsumgütern*. Damit können sie begründen, warum die Gleichheit in der Stellung zu den Produktionsmitteln weder zu Konsumverzicht noch zu Gleichmacherei führen muß – weder in der Sphäre materiellen Konsums und erst recht nicht in bezug auf die Persönlichkeitsentfaltung. Zugleich zeigt sich als Kernproblem der Eigentumsfrage die *Beziehung von Produzent und Produktionsmittel*. »Eigentum meint also ursprünglich ... Verhalten des arbeitenden ... Subjekts ... zu den Bedingungen seiner Reproduktion oder Reproduktion als der seinen.«⁶

Wesentlich auch für die gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Zeitgeist ist ein weiterer Aspekt. *Marx* und *Engels* erörtern die Eigentumsfrage im gesamten Reproduktionszusammenhang, also nicht als statische Zuordnung Individuum – Sache oder als bloße Verteilung von Gütern oder Dienstleistungen. »Die Distribution in der flachsten Auffassung erscheint als Distribution der Produkte ... quasi selbstständig gegen die Produktion. Aber ehe die Distribution Distribution der Produkte ist, ist sie: 1. Distribution der Produktionsinstrumente und 2., was eine weitere Bestimmung desselben Verhältnisses ist, Distribution der Mitglieder der Gesellschaft unter die verschiedenen Arten der Produktion.«⁷

Die entscheidenden Steuergrößen für die gesamte gesellschaftliche und individuelle Entwicklung sind also nicht in der Austauschsphäre, nicht im Markt zu suchen, sondern in der Zugriffsmöglichkeit auf die Produktionsmittel.⁸ In der gegenwärtigen Phase grundlegender

4 Saint-Simon fordert, »in absolut derselben Weise über Staatsangelegenheiten wie über Angelegenheiten zu beraten, die für den einzelnen von Interesse sind und eine nationale Vereinigung als ein Industrieunternehmen anzusehen, das die Aufgabe hat, jedem Mitglied der Gesellschaft – im Verhältnis zu seinem Einsatz – so viel Wohlstand und Wohlbefinden wie möglich zu verschaffen.« (Claude de Saint-Simon: Ausgewählte Schriften, Berlin 1977, S. 247.)

5 Richard Saage hat in einer Serie in »UTOPIE kreativ« (Heft 89ff.) utopisches Denken seit der Renaissance analysiert und dabei überzeugend Realitätsgehalte und Spekulatives unterschieden.

6 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 403; vgl. Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1981, S. 70ff.

7 Ebenda, S. 31.

8 Die Geschichte kennt Produzenten, die individuell oder kollektiv über ihre Produktionsmittel verfügen (Jäger und Sammler der Urgesellschaft, freie Bauern, Handwerker, freie Berufe, Werkätige im Sozialismus, in Genossenschaften, Klöstern, Gemeinschaftshöfen), Besitzer von Produktionsmitteln, die nicht selbst produzieren (Sklavenhalter, Feudalherren, Kapitaleigner), Eigentümer von Arbeitskraft ohne Besitz an Produktionsmitteln (Arbeiter und Angestellte), Menschen, die weder über ihre eigene Arbeitskraft noch über Produktionsmittel frei verfügen können (Sklaven, Leibe-

gene). Die reale Verfügung der Produzenten über ihre Produktionsmittel ist offensichtlich wesentliches Merkmal stabiler, gerechter, brüderlicher Gesellschaften und zugleich Grundlage für die Persönlichkeitsentfaltung.

9 Vgl. Alvin und Heidi Toffler: Überleben im 21. Jahrhundert, Stuttgart 1994; Alfred Zanker: In der Weltwirtschaft stehen alle Zeichen auf Wachstum, in: Die Welt, vom 3. Januar 2000; Ulrich Klotz: Die Machtverteilung in den Betrieben wird sich verändern, in: VDI nachrichten vom 10. Dezember 1999.

10 Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 19ff.; Ders.: Das Kapital, Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 828; Friedrich Engels: Anti-Düring, in: MEW, Bd. 20, S. 264; Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 552; Ders.: Theorien über den Mehrwert, in: MEW, Bd. 26.3, S. 252f.

11 Vgl. Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd.1, Tübingen 1992, S.104ff.

12 Vgl. Robert Kurz: Schwarzbuch des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1999; Gruppe KRISIS: Manifest gegen die Arbeit, Juni 1999. Peter Ruben kritisiert Kurz' Auffassungen zu Recht, setzt ihnen aber eine analoge Einseitigkeit entgegen, die ›Restitution des persönlichen Produktivvermögens‹ im Sinne der ›Gemeinschaft‹ wie sie Tönnies von der ›Gesellschaft‹ unterscheidet (vgl. Peter Ruben: Der moderne Kommunismus und die soziale Frage. Reihe ›Philosophische Ge-

Umstrukturierung der technologischen Basis gesellschaftlichen Lebens, die oft verkürzt als ›Informationsgesellschaft‹ bezeichnet wird, gibt es gewiß neue Beziehungen zwischen Mensch, Produktionsmitteln, zwischen Arbeitsteilung und Eigentumsformen, die intensiver Untersuchung bedürfen. Das Problem der Eigentums(un-)gleichheit wird durch diese neuen Beziehungen sicher nicht aufgelöst, wie manche verkünden.⁹

Die Frage der Bedürfnisbestimmung (oder ›Regulierung der Begierden‹, wie es *Phaleas* formulierte) haben *Marx* und *Engels* in zweierlei Hinsicht neu durchdacht. Zum einen betonen sie, daß ein gleicher Zugang zu *Konsumgütern* für alle erst dann möglich wird, wenn Überflußproduktion erreichbar ist. Solange dies nicht der Fall ist, müsse das Leistungsprinzip weiter gelten; der ›bürgerliche Rechtshorizont‹ könne nicht verlassen werden. Zum anderen unterscheidet *Marx* zwischen dem *Reich der Notwendigkeit* und dem *Reich der Freiheit*, die sich in allen Gesellschaften überlagern. Der Stoffwechsel der Menschen mit der Natur, die produktiven Tätigkeiten werden stets mit bestimmten Notwendigkeiten, Normen, Zwängen, Allgemeinheiten verbunden sein. Die menschliche Kraftentwicklung als Selbstzweck beginnt erst jenseits davon, wenn auch auf der Produktivität aufbauend, in Muße oder Freizeit. Die Verkürzung des Arbeitstags wird damit zum bedeutungsvollen Qualitätsmerkmal gesellschaftlichen Fortschritts und menschlicher Freiheit.¹⁰ Mit diesen Orientierungen ist auch der von *Popper* immer wieder erhobene Einwand gegen gemeinwirtschaftliche Gesellschaften – sie seien notwendig ein Modell früher Stammesgesellschaften mit ihrer rigiden Reglementierung des einzelnen¹¹ – abgewiesen.

Marx' und *Engels'* Beitrag zur Bewältigung des Phaleas-Syndroms kulminiert in der Feststellung: Erst mit der Industrialisierung wird die Organisation großer Produktionseinheiten zu der weitgehend bestimmenden Quelle von Produktivität (Arbeitsteilung, Koordinierung, Standardisierung, Normierung etc.) Damit ist zugleich ein *Widerspruch* zwischen *vergesellschafteter Produktion* und *privater Verfügung über die Produktionsmittel* entstanden, denn nunmehr bestimmen Privateigentümer über die gesellschaftlichen Ressourcen ohne wirksame Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten der betroffenen Nichteigentümer. Die Verbindung von Produzenten und Produktionsmitteln erfordert von diesem Zeitpunkt an, daß Gemeineigentum auf großer Stufenleiter gesellschaftlich bestimmend wird und die Phaleas-Aristoteles-Variante von der Gründung der Gesellschaft auf etwa gleichmächtige kleine Produktionseinheiten als grundsätzliche Lösungsmöglichkeit ausscheidet. Anders gesagt: Die Lösung kann nicht mehr in einer gerechteren Klassengesellschaft, sondern nur in einer klassenlosen Gesellschaft gesucht werden. Es scheiden auch andere Versuche aus, die anzustrebende Vereinigung von Arbeitenden und Produktionsmitteln *unmittelbar* und kurzschlüssig, ohne irgendwelche vermittelnden Instrumente und Institutionen wie Geld, Preise, Markt, Rechnungswesen, Staat, Verwaltung u.ä., herzustellen.¹² Seit dem Eintritt in das dritte Jahrtausend ist unsere individuelle Entfaltung und Selbstverwirklichung endgültig mit einer »globalen Fernwirkungsverflechtung«¹³ verbunden und dafür gilt es gleichermaßen die politischen, rechtlichen und moralischen Formen zu finden.

Im 20. Jahrhundert sind weitere Aspekte des Phaleas-Syndroms bewußt geworden. Dafür sind unter anderem die Arbeiten von *Ulrich*

Beck repräsentativ.¹⁴ *Beck* hat sowohl die fehlenden gesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten für die bestimmenden Entscheidungen zur Produktion unter aktuellen Bedingungen verdeutlicht. Er zeigt auch, daß weitere gesellschaftliche Risiken und Bedrohungen für die Menschheit aufgetreten sind, die die Frage dringender denn je machen, wer und was eigentlich die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt. Zu diesen neuen Erscheinungen zählen die Umweltproblematik, die Gefährdung unserer Gesundheit durch moderne Technologien, die fortschreitende Individualisierung und die kulturellen Risiken von Medien in Privat-hand. Weniger als jemals zuvor geht es bei der Gerechtigkeit allein um die Verteilung der materiellen Güter und um *Einkommensangleichung*.

Zu überdenken ist auch, daß die kapitalistische Produktion mit privatem Besitz an Produktionsmitteln zu einer rasanten Erzeugung von Scheinbedürfnissen, zur Verschwendung, zur Überflußgesellschaft¹⁵ führt. Die wachsende Umweltbelastung brachte viele Bürger zu der Erkenntnis, daß nur ein Teil des im Bruttosozialprodukt gemessenen Produktionsaufkommens dazu dient, die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Legt man den »Index of sustainable economic welfare« (ISEW – »Index nachhaltigen Wohlstands«) zugrunde, dient heute nur etwa ein Drittel der im Bruttosozialprodukt erfaßten Aktivitäten zur Befriedigung humaner Bedürfnisse.¹⁶ Die Umweltproblematik regte viele dazu an, die »Regelung der Begierden« wie bei *Phaleas* wieder ernst zu nehmen. Bis hin zum derzeitigen US-Vizepräsidenten *Al Gore*¹⁷ gibt es eine Fülle von beschwörenden »Rufern«, die zur individuellen Besinnung und Umkehr mahnen – verbunden mit der Illusion, daß ohne eine neue Gestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln eine alternative Entwicklung möglich sei. Denn es wird in der Regel nicht reflektiert, daß die überzogenen und unkontrollierten Konsumbedürfnisse selbst Produkt der bestehenden Gesellschaft sind und im Interesse der Kapitaleigner der Profitmaximierung unterliegen.

Eine andere Qualität haben die Vorstellungen des *Club of Rome*, die zwar auch nicht auf Gemeinschaftseigentum an Produktionsmitteln orientieren, aber explizit der marktwirtschaftlichen Ideologie entgegen-treten und eine entschiedene Einflußnahme von Politik auf Verteilung und Nutzung von Eigentum an Produktionsmitteln für erforderlich halten.¹⁸

Zweifel und Gegenargumente aus der Perspektive der Reichen

Den neu entstandenen Produktionsweisen und den Reformulierungen des Phaleas-Syndroms in der Moderne stehen natürlich auch aktualisierte und grundlegend neue Einwände und Tabuisierungen entgegen. Im wesentlichen gelten noch heute jene Bestimmungen aus dem 17. Jahrhundert, mit denen die heraufkommende Bourgeoisie ihr neues Eigentumsverständnis ausdrückte – besitzindividualistisch, marktwirtschaftlich, leistungsgesellschaftlich.

Besitzindividualismus meint: Die herrschenden Theorien über das Eigentum gehen nunmehr davon aus, daß Vermögen dadurch entstand, daß einzelne sich die vorhandenen Naturgüter zugeordnet haben – durch Okkupation (*Grotius*), Vertrag (*Hobbes*) oder Bearbeitung (*Locke*). Entgegen der tatsächlichen historischen Entwicklung, in der zuerst Gruppen (Familien, Horden, Stämme) sich Grund und Boden

sprache«, Helle Panke, Berlin 1999). Dort unterscheidet er Eigentum an Produktionsmitteln, an Arbeitsvermögen und an konsumtiven Produkten und Leistungen nicht. Dies ist wohl der Ausgangspunkt dafür, daß auch er Marx' Forderung, in aufeinanderfolgenden Entwicklungsstufen die »forces propres« als gesellschaftliche Kräfte zu erkennen und zu organisieren und die Überwindung des Privateigentums an *Produktionsmitteln* nicht zusammen denken kann.

13 Hans Lenk: Verantwortung in, für, durch Technik, in: W. Bungard, H. Lenk: Technikbewertung, Frankfurt/M. 1988, S. 64.

14 Vgl. Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.

15 Vgl. John K. Galbraith: Gesellschaft im Überfluß, München, Zürich 1959.

16 Vgl. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins, L. Hunter Lovins: Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, München 1991, S. 303.

17 Vgl. Al Gore: Wege zum Gleichgewicht – ein Marshallplan für die Erde, Frankfurt/M. 1992.

18 Vgl. Alexander King, Bertrand Schneider: Die globale Revolution. Bericht des Rates des Club of Rome, Frankfurt/M. 1992.

19 Vgl. Crawford B. Macpherson: Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt/M. 1967, S. 13ff.

20 Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 2, Stuttgart 1980, S. 175.

21 Vgl. etwa den symbolischen Tausch oder die den Mangel nicht kennende ›Ökonomie der Verausgabung‹ bei Baudrillard oder die Ökonomie des Wunsches bei Lyotard.

oder Tiere und Pflanzen *gemeinsam* angeeignet haben und erst später sich privates Eigentum an Produktionsmitteln herausbildete, behaupten diese Theorien, daß Privateigentum zeitlich und logisch vor der Gemeinschaft existiert (zuerst ist Robinson, dann erst die ›Klassengesellschaft‹ Robinson und Freitag). Das Wesen des Menschen sei die Freiheit von allen vertraglichen Bindungen gegenüber anderen, soweit sie nicht dem eigenen Interesse dienen. Die Gesellschaft ist nichts weiter als ein Geflecht von Marktbeziehungen freier Individuen, die der Gesellschaft nichts schulden.¹⁹ Die Einheit von Rechten und Pflichten in der Gesellschaft ist von der Wurzel her ebenso aufgekündigt wie die Beziehung von Vermögen zu Gebrauchswerten und Tugenden. Das Pendant zu dieser Sichtweise ist die Verdinglichung von Eigentumsverhältnissen. Eigentum wird nicht als Beziehungsgeflecht zwischen Menschen angesehen, sondern klebt den Dingen selbst an, wofür die ›trinitarische Formel‹ das bekannteste Beispiel abgibt. Sie ist im Allgemeinbewußtsein fast allgegenwärtig, denn ›Kapital‹ wird von der Mehrzahl der Menschen nach wie vor nicht als gesellschaftliches Verhältnis begriffen, obwohl auch in seriösen Standardwerken der Sozialwissenschaften zu lesen ist: »Insoweit ist Eigentum ein Geschöpf des Rechts und der Politik.«²⁰

Mit dem Besitzindividualismus wird das Streben nach Privateigentum – ohne Unterscheidung von Produktionsmitteln und Konsumgütern – zur Natur des Menschen erklärt. Sozialistische Versuche widersprechen daher der Natur des Menschen und sind dementsprechend unrealisierbar – es sei denn, man wendet Macht gegen die Mehrheit der Menschen an und schaffe mit Gewalt einen ›neuen Menschen‹. Privates Vermögen wird in diesem Kontext verstanden und empfunden als Panzer des Individuums gegen die Begehrlichkeiten der anderen Individuen und auch gegen die des Staates. Diesem Staat obliegt also nicht mehr, eine gerechte Verteilung von Eigentum zu sichern, sondern das individuelle Eigentum zu schützen. Der Aspekt der individuellen und uneingeschränkten Verfügungsgewalt über Eigentum tritt in den Vordergrund. Somit liefert der Besitzindividualismus sogleich die theoretische Rechtfertigung der Unterscheidung von ›homme‹ und ›citoyen‹, von wirklicher und allegorisch-moralischer Person, die *Marx* als einen Grundzug kapitalistischen Denkens erkannt hat.

In Weiterführung dieser Gedankenlinie wurde zweierlei gefolgert: Gleichheit oder gar Gemeinschaftlichkeit von Eigentum tötet die Individualität und jeder Eingriff des Staates oder anderer Gemeinschaften in Eigentumsrechte und in individuelle Verhaltensweisen überhaupt, schließlich alle Normbildungen, haben die gleichen individualitätsfeindlichen Effekte. Insbesondere *Max Stirner* und *Friedrich Nietzsche* haben dies ausgeführt. Dabei wird deutlich, daß die Prämisse der Gleichheit aller Menschen, die den Theorien des Besitzindividualismus ursprünglich zugrunde lag, aufgegeben wird und nunmehr individuelle Freiheit (wieder) mit der ökonomischen Ungleichheit (und damit Unfreiheit anderer) kompatibel erscheint, sie sogar zur Voraussetzung habe.

Aktuelle Ausprägungen dieser Argumentationslinie sehe ich in der Totalitarismus-Theorie und in politökonomischen Konzepten postmoderner Philosophen²¹.

Marktwirtschaft meint: Die klassische bürgerliche Ökonomie und die mit ihr verknüpfte politische Theorie des Liberalismus betrachten

die Gesellschaft als ein sich selbst regulierendes System, dessen zentrale Elemente Privateigentümer und dessen Regulationsmechanismus der Markt ist. Wie *Platon* und *Aristoteles* ist *Adam Smith* davon ausgegangen, Arbeitsteilung sei ein wesentliches Merkmal menschlichen Zusammenlebens. Während die antiken Philosophen nun nach politischen, ökonomischen und moralischen Regeln suchten, die ein harmonisches, brüderliches Zusammenwirken in der arbeitsteiligen Gesellschaft sichern können, geht *Smith* einen anderen Weg. »Nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihre Eigenliebe, und sprechen ihnen nie von unseren Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen. ... Dann lebt jeder vom Tausch, oder wird gewissermaßen ein Kaufmann, und die Gesellschaft selbst wird eigentlich eine Handelsgesellschaft.«²² Die Menschen treten sich primär als Marktteilnehmer gegenüber und dieser Markt hat heilsame Wirkungen in mehrfacher Hinsicht. Er treibt den Fleiß und die Innovationsbereitschaft der Marktteilnehmer an. Er stellt immer wieder das Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot her. Er koordiniert die Pläne und Tätigkeiten der Bürger. Er sorgt dafür, daß der Egoismus des einzelnen transformiert wird in allgemeines Wohl.²³ Also bedarf es keines Staates, keiner politischen Aktion, um soziale Gerechtigkeit und Gleichheit zu bewirken. Der Staat kann sich nunmehr darauf beschränken, die Funktion der Märkte zu gewährleisten. »Wettbewerb auf den Produktmärkten und offener Handel sind von wesentlicher Bedeutung für die Stimulierung von Produktivität und Wachstum. Aus diesem Grund sind Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist, entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg und ... Beschäftigungspolitik.«²⁴ Als wesentlicher Vorteil von »Marktwirtschaft« wird die dezentrale Entscheidungsfindung – letztlich durch den einzelnen – aus eigener und freier Einsicht in die Marktsituation herausgestellt. Das mache sie dem vergesellschafteten Eigentum so überlegen.²⁵

Natürlich ist nicht zu übersehen, daß diese Beschreibung von Marktwirtschaft auf einer Reihe von Voraussetzungen beruht, die in der Realität kapitalistischer Verhältnisse nicht gegeben sind. Dort gibt es die Gleichmächtigkeit der Marktteilnehmer nicht – weder in quantitativer Hinsicht (Geldwert seines Eigentums) noch in qualitativer (Besitzer von Produktionsmitteln und die von Arbeitskraft sind auf dem Markt in völlig ungleicher Position).

Daher wurde im 20. Jahrhundert das Konzept der *sozialen* Marktwirtschaft entwickelt. Sie könne die Auswüchse wirtschaftlicher Macht etwa bei Großunternehmen und Monopolen sowie die offensichtlichen »Gerechtigkeitslücken« durch kleindosierte staatliche Eingriffe in Verteilungsprozesse und durch staatlich kontrollierte Versicherungen gegen die spezifischen Risiken der abhängig Beschäftigten (Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Krankheit und Alter) zumindest mildern. Zum sozialstaatlichen Repertoire soll auch die Förderung der Vermögensbildung zählen – alle könnten so schrittweise zu vermögenden Marktteilnehmern, zu gleichgewichtigen Bourgeois werden.

Schließlich wird argumentiert, es bestehe eine moralisch fundierte und rechtlich fixierte Sozialpflichtigkeit des Eigentums²⁶ und die reiche aus, um grobe soziale Ungerechtigkeit zu verhindern.

22 Zitiert nach Christoph Helferich: *Geschichte der Philosophie*, München 1999, S. 210 (man beachte die diametral entgegengesetzte Bewertung des Handels bei Aristoteles und Adam Smith.)

23 Vgl. Bernard Mandeville: *Die Bienenfabel*: »So klagt denn nicht: für Tugend hat's/ in großen Staaten keinen Platz./ Mit möglichstem Komfort zu leben/ im Krieg zu glänzen und doch streben/ von Lastern frei zu sein wird nie/ was andres sein als Utopie./ Stolz, Luxus und Betrügerei/ muß sein, damit ein Volk gedeih.«

24 Das ist freilich kein Zitat von Adam Smith, sondern stammt aus dem Papier »Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair«, Abschnitt III.

25 Dies Argument beißt sich mit der Tatsache, daß kapitalistische Konzerne Verfügungsgewalt über hochvergesellschaftete, weltweit organisierte Wirtschaftsgebilde haben und sie nicht selten zentral gesteuert effizient führen. Sie organisieren Produktivvermögen in einem Umfang, der oft den Nationalreichtum der meisten heutigen Staaten übersteigt.

26 Vgl. Jürgen Schulz: *Eigentum verpflichtet ... zu nichts*, Stuttgart 1992; Viviane Forrester: *Der Terror der Ökonomie*, Wien 1997.

Leistungsgesellschaft meint: Nur eine auf Privateigentum ausgerichtete Gesellschaft mit ihrem Konkurrenzkampf könne die Leistungsantriebe sichern, die zu Effektivitätssteigerung und Wachstum führen und den einzelnen zu Verantwortung und Anstrengung führe und zwingt. Eine spezielle Ausformung leistungsgesellschaftlicher Ideologie ist die Managertheorie, die behauptet, daß die entscheidende Steuerung in der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr von den Eigentümern ausgeht, sondern von den Managern. Sie seien heute die entscheidenden ›Leistungsträger‹. Damit sei die soziale wie die politische Bedeutung der Eigentumsfrage im Schwinden begriffen.

Es kann hier keine detailliertere Auseinandersetzung mit den genannten Theoremen, die heute im ›Neoliberalismus‹ aktualisiert und zusammengeführt sind, geleistet werden. Es sei aber hervorgehoben, daß ein Tenor der Einwände gegen die Kerngedanken des *Phaleas* seit der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr hervortritt: Rechtliche und politische Gleichheit der Menschen und Gerechtigkeit in ihren Beziehungen sind auch ohne ökonomische Gleichheit möglich. Politische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erscheinen so abgekoppelt und unabhängig von wirtschaftlicher Demokratie. Dabei oszillieren die Apologien des Privateigentums an Produktionsmitteln zwischen drei Varianten: Gemeineigentum sei nicht erforderlich, sei inhuman/totalitär oder/und ineffektiv. Grundlegende Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse seien nicht erforderlich, weil die Marktwirtschaft die Bedürfnisse der Menschen immer besser befriedigt. Sie seien inhuman, weil stets mit Diktatur verbunden. Sie führen zur ökonomischen Ineffizienz, weil Leistungsantriebe wegfallen. Aus allen drei Gründen sei es vorzuziehen, die mit der kapitalistischen Marktwirtschaft verbundenen Übel in Kauf zu nehmen.

Ansätze und Versuche

Bei den modernen Ansätzen und Versuchen egalitären Wirtschaftens können grob genossenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Formen unterschieden werden. Genossenschaftliche Ansätze werden hier die genannt, die eine Gemeinwirtschaft im Rahmen relativ kleiner, lokaler Produktionseinheiten organisieren wollen. Von besonderem Interesse sind jene genossenschaftlichen Lebensgemeinschaften, die auf der Grundlage moderner Reformulierungen des *Phaleas*-Syndroms gegründet wurden. Ihr Anliegen besteht darin, alle wesentlichen sozialen Aktivitäten der Mitglieder im Rahmen der Lebensgemeinschaft zu gestalten und zu verantworten – Produktion und Konsumtion, Kindererziehung, Ausbildung, Gemeinschaftsleben und Kultur, Gesundheitspflege und Altersfürsorge. In Betracht zu ziehen sind zunächst die (seit 1812) von *Robert Owen* und seinen Nachfolgern gegründeten Produktions- und Lebensgemeinschaften. Im 20. Jahrhundert spielten drei agrarisch orientierte Typen von Kommunen eine bedeutende Rolle in nationalen Umwälzungen – die *Ashrams* und Dorfgemeinden von *Mahatma Gandhi*, die *Volkskommunen* unter *Mao Tse Tung* und die *Kibbuzim* in Israel.

Ferner muß an die Kommunen der ›68er‹ gedacht werden, und die Neugründungen in der BRD etwa von *Fritz Vilmar* (ÖKOLEA) oder von *Rudolf Bahro* (Gut Pommritz in Sachsen) wären in den Blick zu nehmen.

Weltpolitischen Einfluß hat seit 1917 die Bildung von Staatswesen, in denen Gemeineigentum vorherrscht. Dabei waren und sind deutliche Unterschiede in der ökonomischen, rechtlichen und politischen Steuerungsweise dieses Gemeineigentums zu erkennen, insbesondere zwischen dem zentralstaatlichen Modell der Sowjetunion und in den nach 1945 entstandenen europäischen sozialistischen Staaten, dem am Syndikalismus orientierten Modell Jugoslawiens und den Entwicklungen in China.

In China waren anfangs auch die Industriebetriebe nach dem Grundbauplan der Volkskommunen organisiert. Jeder Bürger war so einer ›Einheit‹ zugeordnet, die ihn wie in einer großen Familie auf dem Lebensweg mitnahm und sicherte.

Die genannten genossenschaftlichen Lebensgemeinschaften führen heute ein marginales Dasein. In den Kibbuzim leben heute noch knapp drei Prozent der Bevölkerung Israels, die gandhistische Bewegung spielt in Indien praktisch keine Rolle mehr. Andere sind ganz verschwunden. Die Volkskommunen in China sind aufgelöst, wobei Grund und Boden Volkseigentum bleiben und von den Bauernfamilien für 99 Jahre gepachtet werden können.

Scheitern warum?

Es stößt sicher auf weitverbreitete Zustimmung, daß genossenschaftliche Ansätze von *Owen* bis *Mao Tse Tung* und den Kibbuzim vor allem aus zwei Gründen sich nicht dauerhaft durchsetzen, obwohl die humane Qualität dieser Lebensformen offensichtlich und anerkannt ist. Zum einen sind sie prinzipiell noch dem früheren agrargesellschaftlichen Horizont verhaftet und können so den hoch vergesellschafteten und dynamischen Produktions- und Lebensmöglichkeiten der Moderne nicht gerecht werden. Damit verbunden sind Züge der Gleichmacherei, der Konsumnivellierung sowie enge Tätigkeitsprofile, die Leistungsstreben mindern und unattraktiv insbesondere für junge Menschen sind.²⁷

Der Zusammenbruch der ›realsozialistischen‹ Staaten in Europa wird noch lange die politischen und weltanschaulichen Diskurse beherrschen. Im Grundlegenden stehen sich zwei Positionen gegenüber. Die einen sehen in diesem Scheitern den endgültigen Beweis, daß Gemeinwirtschaft nicht funktionieren kann.²⁸ Die anderen machen bestimmte historische Situationen und spezifische politische Fehler und Verfehlungen verantwortlich. Die Vertreter der ersten Position meinen ihre ablehnende Haltung zur Therapie mit gesellschaftlichem Eigentum nunmehr auch empirisch begründen zu können. Dabei können sie tatsächlich auf viele Fakten verweisen. *Stirner* und *Nietzsche* hatten sich ebenso wie der frühe *Popper* in beschwörenden Warnungen vor egalitären und sozialistischen Experimenten vor allem auf Schlußfolgerungen aus eigenen Prämissen und auf die Schilderung rigider utopischer Entwürfe etwa in *Platons* »Staat« oder *Campanellas* »Sonnenstaat« berufen müssen. Nunmehr kann man auf ein umfangreiches Faktenmaterial von Repressionen und Menschenrechtsverletzungen, von obrigkeitlicher Reglementierung von Bedürfnissen und Geschmack, von Unterdrückung öffentlicher Diskussionen und auf Defizite in der Lebensqualität in sozialistischen Ländern verweisen. Damit scheinen sowohl der Totalitarismuskritik als auch der Ineffizienz Vorwürfe bewiesen.

27 Vgl. etwa Gisela Dachs: Der Kibbuz, einst Stolz Israels, steckt in der Krise, <http://service.ecce-terram.de/zeitarach.../kibbuz.text.19980129.htm>); Israel. Leben im Kibbuz, http://bildung.swf.de/sf/begleit/bg_is.htm).

28 »Der utopische Rationalismus ist selbstzerstörerisch. Einerlei wie hochherzig seine Ziele sind, er bringt kein Glück, sondern einzig das bekannte Elend, zu einem Leben unter der Tyrannei verurteilt zu sein.« – Karl Popper: Utopie und Gewalt, in: Arnhelm Neusüss (Hrsg.): Utopie, Begriff und Phänomen des Utopischen, Frankfurt/M., New York 1986, S. 321. 1992 verkündete Francis Fukuyama in dem Bestseller »Das Ende der Geschichte«: Die Geschichte ist zu Ende, denn der Kapitalismus hat endgültig über alle ideologischen Systeme gesiegt. Der Kommunismus hat nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen versagt, sondern auch, weil seine diktatorischen Strukturen die Würde des Menschen verletzt haben und er – vergeblich – die Natur des Menschen verändern wollte (vgl. auch: Helmut Jenkis: Sozialutopien – barbarische Glücksverheißungen?, Berlin 1992).

29 Vgl. John K. Galbraith: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1995; Eric Hobsbawm: Das Jahrhundert der Extreme. Die Geschichte des kurzen 20.

Jahrhunderts, München 1998; Gerold Ambrosius, Wilhelm H. Hubbard: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986.

30 Man vergleiche etwa das Schröder-Blair-Papier mit den Aussagen zur Wirtschaftsdemokratie bei linken Sozialdemokraten, die drei strategische Ziele benennen: gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung, Kontrolle wirtschaftlicher Macht einschließlich Teilsozialisierung, Mitbestimmung oder Selbstbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft (vgl. Fritz Vilmor, Karl-Otto Sattler: Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit, Köln 1973, S. 53).

31 Die ganze Argumentation lautet: »Vor allem konstatieren wir die Tatsache, daß die sogenannten Menschenrechte, die *droits de l'homme* im Unterschied von den *droits du citoyen* nichts anderes sind als die Rechte des *Mitglieds der bürgerlichen* Gesellschaft, d. h. des egoistischen Menschen, des vom Menschen und vom Gemeinwesen getrennten Menschen. ... Das Menschenrecht des Privateigentums ist also das Recht, willkürlich, ohne Beziehung auf andre Menschen ... sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren. ... Endlich gilt der Mensch, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ist, für den *eigentlichen* Menschen, für den *homme* im Unterschied von dem *citoyen*, ... der ... nur der abstrahierte, künstliche Mensch ist, der Mensch als *allegorische, moralische* Person.« – Karl Marx: Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 1, S. 364 und 370.

Eine differenzierte Sicht auf das Entstehen und Vergehen realsozialistischer Staaten ist zweifellos notwendig, um schonungslos und spezifiziert die Fehleinschätzungen und die Verfehlungen zu erkennen, die zum ruhmlosen Untergang führten. Es kann gar nicht darum gehen, die Defizite in den sozialistischen Ländern zu leugnen. Es bleibt abzuweisen, alle diese Defizite seien *notwendige Folge* von Gemeineigentum. So war offensichtlich eine wesentliche Ursache für das Scheitern der realsozialistischen Staaten in Europa die Unterschätzung der politischen Demokratie, die Aushöhlung ihrer Institutionen und die Verletzung politischer Menschenrechte. Diese können schon deswegen nicht als Grundmerkmale einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung dargestellt werden, weil es eine ausgereifte, auf allen Errungenschaften der neu entstandenen kapitalistischen Industriegesellschaften aufbauende neue Gesellschaftsformation nicht gab. Wohl aber lassen sich diese Verwerfungen aus bestimmten historischen Situationen in Übergangszeiten erklären – zumindest wäre in Betracht zu ziehen: die Entstehung des »sowjetischen Modells« in einem Agrarland, in einer Gesellschaft ohne demokratische Traditionen, in einem Zustand der Belagerung und der Aggression durch kapitalistische Staaten. Dann zeigt sich übrigens, gewissermaßen aus der umgekehrten Perspektive als bei den Sirenenklängen der Marktwirtschaftsdogmatiker, daß Wirtschafts- und politische Demokratie nur als Einheit zu realisieren sind. Wenn Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, wachsen offensichtlich die Anforderungen an das politische System in dem Maße, wie die arbeitsteiligen Entwicklungen an Komplexität und Offenheit gewinnen.

Komplexe Analysen zeigen auch, ein durchgängiger und wesenseigener Verfall an Effizienz und Produktivitätswachstum kann sozialistischen Ländern redlicherweise nicht zugeschrieben werden.²⁹

Die skizzierten Entwicklungen verweisen darauf, daß der Ansatz des *Phaleas* und ihre Konkretisierungen in den vergangenen 2500 Jahren aktuell und konstruktiv geblieben sind, und zwar aus zweierlei Perspektive: Einmal ist Ungleichheit des Eigentums heute mit drastischen gesellschaftlichen Verwerfungen verbunden, als sie *Phaleas*, *Platon* und *Aristoteles* kannten, und zum zweiten ist eine unumstößliche Widerlegung der humanen Qualität von Gemeineigentum an Produktionsmitteln nicht gegeben. So kann als eine Art Lakmusest gelten, wenn man politische Konzeptionen danach befragt, ob sie die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln stellen oder verdrängen.³⁰

Die geistigen Anstrengungen wären darauf zu konzentrieren, wie, mit wem und in welchen Schritten die Einheit von ökonomischer und politischer Demokratie zu verwirklichen ist. Die Fragen der Transformation sind unsere zentrale Herausforderung, denn die Herausbildung einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaft bleibt auf der Tagesordnung. »Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und ... in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine »forces propres« als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.«³¹

KAY MÜLLER

Gesellschaftliches Eigentum als Option

Bestrebungen, die kapitalistischen Produktionsmittel zu vergesellschaften, fanden in der sozialistischen Bewegung schon bald Verbreitung, nachdem die industrielle Produktion mit ›doppelt freien‹ Lohnarbeitern im 19. Jahrhundert ihren Siegeszug angetreten hatte. Die Konkurrenz der kapitalistischen Unternehmen beflügelte Wissenschaft und Technik, brachte unaufhörlich neue, meist nützliche Produkte auf den Markt und erhöhte die Arbeitsproduktivität mit schier unbegrenzter Perspektive. So schienen die Verwirklichung uralter Hoffnungen – auch der Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aus der Französischen Revolution – und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges, erfülltes Leben aller in greifbare Nähe gerückt.

Um so größer war die Ernüchterung, als die Kluft zwischen Reichtum und Armut weiter zunahm und Produktions- wie auch Absatzkrisen das Elend der Lohnabhängigen verschärften. Wohlstand und Reichtum einiger weniger wurden nach wie vor – nur auf neue Weise – durch die Armut vieler anderer erkauft. Diese Entwicklung fand Erklärungen, die noch heute vertreten werden: Menschliche Habgier und Gewissenlosigkeit, der Abfall vom Glauben an Gott in der Aufklärung, genetisch bedingte Veranlagungen des Menschen beziehungsweise bestimmter Menschen, negative Kräfte, die sich in den seelenlosen Maschinen und in der massenhaften Industrialisierung verbergen und schließlich auch jene Erklärung, die zur Forderung nach Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel führte.

Diesem, zuletzt genannten, Erklärungsmuster zufolge zwingt die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Unternehmen diese generell zur Kostensenkung; also auch dazu, die Lohnkosten möglichst niedrig zu halten. Kostensenkung gehört zu den Hauptquellen des Profits und nur, wer im Verhältnis zu den Konkurrenten den höheren Profit erzielt, kann seine Produktion mittels überlegener Finanzkraft so vorantreiben, daß die Konkurrenten und nicht er selbst auf der Strecke bleiben. Je schärfer die Konkurrenz, um so weniger kann das kapitalistische Unternehmen soziale und ökologische Belange beachten. Die kapitalistische Wirtschaftsweise treibt die Menschen innerhalb und zwischen den Völkern, Nationen und Wirtschaftsstandorten systematisch einzeln und in Zusammenschlüssen vielfältiger Arten gegeneinander. Die Sorge und Verantwortung um den Mitmenschen, das Allgemeinwohl und die Umwelt werden so ständig und immer mehr ausgehöhlt. Sie sind der kapitalistischen Wirtschaftsweise fremd und hinderlich. Der »stumme Zwang der



Kay Müller – Jg. 1928; Prof. Dr. jur. habil., studierte zwischen 1949 und 1951 Rechtswissenschaften in Jena und Berlin und war später in der Zollverwaltung der DDR und im Ministerium für Handel und Versorgung tätig, seit 1970 Professor für Wirtschaftsrecht an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1990 aus Krankheitsgründen ausgeschieden.

Verhältnisse« (Marx) ›erzieht‹ im Kapitalismus die Menschen tagtäglich – nicht nur, wenn ein besonders hoher Profit winkt oder die immer gegebene Gefahr des Konkurses oder des Arbeitsplatzverlustes reale Formen annimmt – zum Egoismus, der sich mit Eigenverantwortung zu legitimieren sucht.

Aus solchen Analysen wurde von Aktivisten der sozialistischen Bewegung die Schlußfolgerung gezogen, daß das konkurrierende Gegeneinander der dem Profitdiktat unterworfenen kapitalistischen Unternehmen durch eine solidarisch-kooperative, gemeinschaftliche, demokratische und im Maßstab der Gesellschaft *planmäßig* betriebene Produktion und Verteilung der Erzeugnisse zu ersetzen sei, um so eine Gesellschaft herauszubilden, in der schließlich jeder alle seine Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte in freier Selbstverwirklichung voll ausbilden und betätigen kann. Aus dieser Schlußfolgerung leitet sich die Forderung nach der *Vergesellschaftung der Produktionsmittel* ab und gehört als »Eigentumsfrage« zu den Grundbausteinen und -forderungen der sozialistischen Bewegung.

Der Rang der Grundfrage kommt der Eigentumsfrage nicht nur wegen des genannten Gleichheitsziels zu. In diesem Ziel gerinnt quasi der Sinn des Sozialismus überhaupt. Die Herstellung gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln ist wahrscheinlich auch die komplexeste und schwierigste Aufgabe für die sozialistische Bewegung. Sie ist jedenfalls weit komplexer und schwieriger, als an die politische Macht zu gelangen. Geht es doch mit der Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums darum, die Verfügungsgewalt grundsätzlich zu verändern.

Jedes Privateigentum gibt dem jeweiligen Eigentümer das Recht zu Entscheidungen über ›seine‹ Produktionsmittel und Produkte unter Ausschluß von Entscheidungen aller Nichteigentümer – gleich ob Staat, Arbeitnehmer, andere Eigentümer usw. Vergesellschaftung der Produktionsmittel kapitalistischer Betriebe ist jedoch mehr als die (bloße) Übernahme der Verfügungsmacht über diese Produktionsmittel durch die Arbeiter der jeweiligen Betriebe, die damit zu Eigentümern werden. Die jeweils betrieblich organisierten Arbeitnehmer werden so ›nur‹ zu Privateigentümern, die über ihre Produktionsmittel unter Ausschluß aller Nichteigentümer verfügen. Sie bleiben den Zwängen der kapitalistischen Konkurrenz unterworfen und werden sich alsbald entsprechend verhalten. Auch die (bloße) Übernahme der Verfügungsmacht kapitalistischer Unternehmer/ Unternehmen über ihre Produktionsmittel, finanziellen Mittel und Produkte durch den Staat als Eigentümer entspricht nicht der *Vergesellschaftung*, um die es eigentlich geht; vor allem dann nicht, wenn der Staat als Eigentümer – da er nicht alle Entscheidungen selbst treffen kann – nach Gutdünken bestimmte Entscheidungsbefugnisse an Beauftragte bloß delegiert, so daß er sie jederzeit wieder zurücknehmen und anderen übertragen kann. Ist der Staat als Eigentümer außerdem in Konkurrenzverhältnisse mit einer gleich- oder höher entwickelten kapitalistischen Umwelt eingebunden, ist er (das heißt seine höchsten Entscheidungsträger) einem elementaren Druck ausgesetzt, sich den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Konkurrenz entsprechend zu verhalten. All das wirkt einer tatsächlichen Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel entgegen.

Eine wirkliche Vergesellschaftung muß durch die Einbeziehung der dann nicht mehr kapitalistischen Produktionsmittel in das Demokratiesystem der Gesellschaft erfolgen; oder umgekehrt, durch die Ausdehnung dieses Systems auf die Entscheidungen über die Produktionsmittel. Beides kann als Begründung einer Wirtschaftsdemokratie aufgefaßt werden. Beides erfordert eine Weiterentwicklung des Demokratiesystems.

Die möglichen demokratischen Ausgestaltungen des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln – also einer *Wirtschaftsdemokratie* – sind ein eigenes Thema, ein anderes sind Probleme, die bereits bei der Herausbildung gesellschaftlichen Eigentums auftreten.

Die Diskussion dieser Probleme ist heute dadurch belastet, daß schon der Begriff der Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel inzwischen durch den stalinistischen Terror, durch den wuchernden Planungsbürokratismus und schließlich durch den ökonomischen und politischen Zusammenbruch der meisten Staaten des ›sozialistischen Lagers‹ bei vielen diskreditiert wurde. Deshalb verzichten viele auf diesen Begriff und mühen sich, seinen Inhalt zu umschreiben; auch wenn sie dabei bleiben, daß die Vergesellschaftung ein Gebot der Vernunft und Humanität ist, die die menschliche Individualität nicht negiert, sondern ihre freie Entfaltung erst und zunehmend ermöglicht, und die dem geschichtlichen Trend entspricht, selbst wenn dieser gegenwärtig global geschwächt ist.

Für die Lösung der Eigentumsfrage hat es in der sozialistischen Bewegung unterschiedliche Ansätze gegeben, so die Varianten des *Staatssozialismus*, den sogenannten *Tito-Sozialismus* und unterschiedliche Versionen des *reformerischen Weges*, den vor allem sozialdemokratische Parteien eingeschlagen haben beziehungsweise hatten. Einige von ihnen glaubten, die Schwelle zum Sozialismus schon erreicht zu haben.

Nach dem Scheitern dieser Ansätze verlangt heute die Eigentumsfrage erneut nach Antworten. Die kapitalistische Produktionsweise mit ihren Folgen setzt dieses Problem immer wieder auf die Tagesordnung: Sie polarisiert die Menschen noch immer innerhalb der hochindustrialisierten Länder und global in Arme und Reiche, Gewinner und Verlierern, die sich mehr oder weniger offen in ihrer Existenz bedrohen – unter vielfach veränderten Bedingungen, auch in vielfach veränderter Weise, im Grundsätzlichen aber nach den ›alten‹ kapitalistischen Regeln. Allen Auseinandersetzungen, die daraus folgen, ist die Eigentumsfrage immanent, mag sie auch zeitweilig aus dem Bewußtsein verdrängt sein. Früher oder später, klarer oder unklarer, tritt sie wieder zutage und sei es in der demokratiemehrheitlichen Konkretisierung und Durchsetzung der grundgesetzlich festgelegten ›sozialen Verpflichtung des Eigentums‹.

Trotz der erheblich veränderten gesellschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, ökonomischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Bedingungen sieht sich das Eigentumsproblem auf zahlreiche theoretische Ausgangsfragen des 19. und 20. Jahrhunderts zurückverwiesen. Auch die Antworten, die heute gegeben werden, entsprechen – so neu sie sich auch geben – in variantenreicher Modifizierung und mit neuen Aspekten letztlich alten Grundpositionen. Nach diesen Grundpositionen lassen sich die verschiedenen Strömungen

beziehungsweise Richtungen der sozialistischen Bewegung auch in der Gegenwart unterscheiden.

Als erstes sei die Strömung genannt, die die kapitalistische Wirtschaftsweise zwar für schlecht, aber für die bestmögliche hält. Durch Reformen können jedoch noch Verbesserungen erreicht werden, selbst wenn heute der Trend zum Sozialabbau vorherrscht. Diese Richtung anerkennt zwar, daß es vor dem Kapitalismus qualitativ andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen gegeben hat: Die Sklavenhalterordnungen der ersten Hochkulturen, die auf dem Grundverhältnis¹ von Sklavenhaltern und Sklaven beruhten, dann der Feudalismus mit den Feudalherren und Leibeigenen in seinem Grundverhältnis, der schließlich von der bürgerlichen Gesellschaft (vom Kapitalismus) abgelöst wurde. Nun aber wird der Kapitalismus als Gesellschaft mit dem Grundverhältnis zwischen ›freien‹ Lohnarbeitern (frei, weil weder Sklaven noch Leibeigene) und Privateigentümern der Produktionsmittel zum verbesserungsbedürftigen und -fähigen Endergebnis historischer Entwicklung. Wegen ihrer sozialen Ambitionen rechnet sich ein Teil der Anhänger dieser Auffassung der sozialistischen Bewegung zu. Da sie allerdings einen ›sozialverträglichen Kapitalismus‹ anstreben, wird ihnen häufig von anderen sozialistischen Strömungen der sozialistische Charakter bestritten. Im III. Teil des *Kommunistischen Manifests*² werden sie dem »konservativen oder Bourgeoisozialismus« zugerechnet.

Eine zweite Grundrichtung der sozialistischen Bewegung geht davon aus, daß fortgesetzte quantitative, graduell-reformerische Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsweise, die jeweils auf ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Demokratie gerichtet sind, im Ergebnis den angestrebten qualitativen Umschlag in die sozialistische Gesellschaft herbeiführen. So stellt sich der *reformerische, transformatorische Weg zum Sozialismus* dar. In einer seiner Varianten wird eine förmliche Aufhebung von privaten Eigentumsrechten an Produktionsmitteln als überflüssig erachtet. Einem künftig wieder wachsenden gesellschaftlichen Einfluß auf die Ausübung der Besitz-, Nutzungs- und Verfügungsrechte aus dem privaten Eigentum wird die Kraft zugerechnet, daß sich Privateigentum faktisch in gesellschaftliches wandelt.

Große Verbreitung in der sozialistischen Bewegung hat die Bernsteinsche Formel gefunden, der Weg sei alles und das Ziel nichts. Damit wird für unerheblich erklärt, Sozialismus als Ziel, als qualitativ neue, gerechtere und humanere Gesellschaftsordnung anzustreben, die den Kapitalismus hinter sich gelassen hat wie dieser den Feudalismus. Gefordert wird statt dessen, den richtigen Weg zu beschreiten – jederzeit gelte es, in demokratischer Weise Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit anzustreben und durchzusetzen. Es bleibt offen, ob Sozialismus überhaupt erreichbar ist. Meinte Goethe noch »wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen ...«, so beschränkt sich die vergleichbare Formel Bernsteins auf das ständige Bemühen und postuliert: Es kommt nicht darauf an, ob Erlösung beziehungsweise Sozialismus möglich sind. Selbstverständlich verfolgen auch die Anhänger der Bernsteinschen Formel reformerisch jeweils bestimmte Ziele. Es sind sogar grundsätzlich die gleichen Ziele, soweit sie nach den gegebenen Bedin-

1 Das Grundverhältnis bezeichnet die in einer bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dominierenden, die Gesellschaft im ganzen prägenden Eigentumsverhältnisse, neben denen auch andere Eigentumsverhältnisse bestehen. Das Grundverhältnis abstrahiert bestimmende gemeinsame Merkmale aus seinen unterschiedlichen konkreten Realisierungsvarianten. Auch das gesellschaftliche Eigentum wird als solches Grundverhältnis verstanden.

2 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 488.

gungen jeweils erreichbar sind, für deren weiterreichende Verwirklichung andere sozialistische Strömungen unter Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums am Sozialismus als Ziel festhalten.

Da die Bernsteinsche Formel in einem Atemzug in Frage stellt, offen läßt und für unerheblich erklärt, ob eine neue Gesellschaftsordnung erreichbar ist, aber in demokratischer Weise soziale Verbesserungen anstrebt, ist ihr sozialdemokratischer Charakter anerkannt, ein sozialistischer aber umstritten.

In den Strömungen, die um der sozialistischen Ideale willen und aufgrund ihres Geschichtsverständnisses an der Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums festhalten, will sich eine Richtung auf den reformerischen Weg beschränken. Eine andere hält den revolutionären Weg für unabdingbar. Oft werden dabei dem reformerischen Weg ausdrücklich oder stillschweigend friedliche, dem revolutionären Weg dagegen gewaltsame Aspekte zugeordnet. Ist von einer friedlichen Revolution die Rede, wird das revolutionäre Element auf den (friedlichen) qualitativen Übergang zu gesellschaftlichem Eigentum im Ergebnis quantitativer, reformerischer Schritte bezogen. Da aus der Geschichte gewaltsame Reformen bekannt sind, die die jeweilige Gesellschaft modifizierten, aber im Wesen unberührt ließen, kann der reformerische Weg zum Sozialismus nicht von vorn herein mit einem friedlichen Weg gleichgesetzt werden.

Verbreitet wird die Alternative ›Reform oder Revolution‹ abgelehnt und durch die Kombination ›Reform und Revolution‹ ersetzt. Durch geeignete reformerische Schritte soll der revolutionäre Übergang zum gesellschaftlichen Eigentum vorbereitet werden. Erwartet wird, daß das Selbstvertrauen, die Kraft und die Einsichten in die Notwendigkeit, bis zum Sozialismus voranzuschreiten, im Prozeß reformerischer Schritte wachsen. Häufig liegt dieser Strömung auch die Überzeugung zugrunde, daß Sozialisten, die Sozialismus um der sozialen Gerechtigkeit und Humanität willen anstreben, sich und den Sozialismus diskreditieren, wenn sie sich Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit und Humanität in der kapitalistischen Gegenwart verweigern – jedoch an Einfluß gewinnen, wenn sie sich erfolgreich an die Spitze solcher Reformen stellen. Unklar bleibt nicht zuletzt, ob beim erwarteten revolutionären Übergang zum Sozialismus an heroische Kraftakte in gewaltsamen Auseinandersetzungen, an eine massenhafte Verstaatlichung kapitalistischer Unternehmen durch Rechtsakte oder an beides und sonstiges gedacht wird. Der Voraussetzung gewaltsamer Akte nach reformerischen Schritten liegt unter Verweis auf historische Erfahrungen die verbreitete Annahme zugrunde, daß die Protagonisten des kapitalistischen Systems zwangsläufig zur gewaltsamen Unterdrückung greifen, wenn sie keine andere Möglichkeit sehen, den Übergang zum Sozialismus abzuwenden. Die Möglichkeit, daß sich solche Kräfte- und Mehrheitsverhältnisse sowie Interessenlagen in der Gesellschaft spontan herausbilden, daß eine widerstrebende Minderheit dem Sozialismus nolens volens seinen Lauf ließe, wird faktisch ausgeschlossen. *Marx* und *Engels* ließen die Alternative von friedlich-reformerischem und gewaltsam-revolutionärem Weg zum gesellschaftlichen Eigentum offen. Für sie war noch nicht einmal entschieden, ob die Menschheit überhaupt eine sozialistische Gesellschaft erreicht oder vorher in Barbarei versinkt.

Engels meinte 1847 in den *Grundsätzen des Kommunismus* (sicher in Übereinstimmung mit Marx), daß die Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums auf friedlichem Weg wünschenswert ist, und daß Kommunisten die letzten sind, die sich gegen diesen Weg wenden. »Revolutionen (werden) nicht absichtlich und willkürlich gemacht«, sie sind »von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig«. Revolutionen kommen nur zustande, wenn Unterdrückte von ihren Unterdrückern in sie »hineingejagt« werden.³ Schon im folgenden Jahr faßten sie im *Kommunistischen Manifest*, offenbar unter dem Eindruck der revolutionären Entwicklungen in Europa, nur noch einen »gewaltsamen Umsturz« ins Auge.⁴ In seiner *Rede über den Haager Kongreß* vor der Internationalen Arbeiterassoziation von 1872 griff *Karl Marx* die Möglichkeit eines friedlichen Weges wieder auf.⁵ Chancen für ihn sah er in der demokratisch-institutionellen Verfaßtheit Englands und der USA. Auch Holland zog er in Betracht.

3 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, S. 372.

4 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest ..., a. a. O., S. 493.

5 Vgl. Karl Marx: Rede über den Haager Kongreß, in: MEW, Bd. 18, S. 160.

Heute sind weit mehr Länder demokratisch verfaßt, so daß sich die Chancen für einen friedlichen (konfliktreichen, aber gewaltlosen) Weg jedenfalls nach diesem Kriterium erheblich erweitert haben.

Eine weitere Richtung, die am Sozialismus als Ziel festhält und sich als revolutionär versteht, lehnt soziale und wirtschaftspolitische Reformen für graduelle Verbesserungen der Lage benachteiligter Bevölkerungsschichten unter kapitalistischen Verhältnissen mehr oder weniger offen und radikal ab. Befürchtet wird, daß solche Reformen das Leben im Kapitalismus sozial verträglicher machen, so daß sich viele mit dem jeweils Erreichten zufrieden geben, das Streben nach Sozialismus erlahmt und der Kapitalismus folglich stabilisiert wird. Mit diesem Ziel hat der Antisozialist Bismarck die Sozialversicherung begründet und in der Tat erfolgreich eingeführt. Auch die Väter der ›sozialen Marktwirtschaft‹ waren in diesem Sinne erfolgreiche Antisozialisten. Sie haben der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die selbst keine sozialen Elemente enthält, sondern diese eher negiert, und die nach prinzipieller Trennung von Staat und Wirtschaft verlangt, von außen her (vom Staat her) soziale Bedingungen auferlegt, um mit einem möglichst geringen Aufwand das Maß und die Kosten sozialer Konflikte zu senken. Es ist eine psychologische Frage, daß sich dieses ökonomische und machtpolitische Kalkül verbreitet als soziale und moralische Gesinnung (miß)versteht.

Das Maß der sozialen Bedingungen hängt selbstverständlich auch von der Stärke der Gegenwehr gegen die Zumutungen des Kapitalismus ab.

Die sozialistische Strömung, von der hier die Rede ist, lehnt die soziale Marktwirtschaft nebst ihren reformerischen Grundlagen mit dem Blick auf das Ziel einer sozialistischen Wirtschaft ab, der soziale Bedingungen nicht von außen her auferlegt werden müssen, weil sie ihrem Wesen nach selbst sozial ist. Deshalb beschränkt sich diese Strömung vor einem Übergang zum Sozialismus fast ausschließlich auf die außerparlamentarische Opposition. Ein (kleiner) Teil hält auch die parlamentarische Opposition für nützlich und lehnt nur eine Regierungsbeteiligung auf Bundes- und Landesebene oder nur auf Bundesebene ab.

Eine Regierungsbeteiligung verlangt bekanntlich Kompromisse, also Abstriche von weitergehenden sozialistischen Forderungen. Befürchtet wird, daß aus zeitweiligen Kompromissen endgültige werden und daß eine Regierungsbeteiligung korrumpierend wirkt. In all ihren Varianten opponiert diese Strömung zumeist gegen Sozialabbau und verteidigt damit auch jene Reformen, die zur sozialen Marktwirtschaft gehören und die das Leben im Kapitalismus für viele erträglicher machen. Diese Widersprüchlichkeit, gegebene, den Kapitalismus stabilisierende Reformen zu verteidigen und weitergehende abzulehnen, wird selten bewußt wahrgenommen.

Der Frust über die Erfahrung, daß Wirtschafts- und Sozialreformen im Kapitalismus, soweit sie soziale Verbesserungen bewirken, zugleich eine soziale Befriedung herbeiführen, so daß die Jagd nach dem Profit weitergehen kann und die Folgen bestenfalls andere treffen, hat wiederholt linksradikale Extremisten hervorgebracht, die den untauglichen und oft sogar verbrecherischen Versuch unternahmen, den Weg zum Sozialismus ›frei zu bomben‹.

Schließlich sei noch auf eine variantenreiche Strömung verwiesen, die versucht, eine humane Wirtschafts- und Lebensweise auf lokaler Ebene unter Vernetzung in die Breite aufzubauen, um so aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft »auszusteigen«. Ziel ist es, diese erst zu unterwandern und schließlich ganz zu ersetzen, ohne sich mit ihr in anderer Weise zu konfrontieren. Ähnliche Gedanken haben schon einigen der Gründer der ersten Konsumgenossenschaften vorgeschwebt, die sich später – heutigen alternativen Selbstversorgungstheorien sehr ähnlich – auch eigene Produktionsstätten schufen.

Für den Einfluß der verschiedenen Strömungen und Parteien der sozialistischen Bewegung in der Gesellschaft kann Bedeutung erlangen, wie weit sie unterschiedliche Auffassungen zum gesellschaftlichen Eigentum zu integrieren vermögen. Nicht alle Auffassungen sind allerdings auch integrationsfähig. Einen weiten Integrationsrahmen bietet die Einigung auf demokratisch-mehrheitlich beschlossene Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit, Humanität und Solidarität, kurz für die fortschreitende Durchsetzung der sozialen Verpflichtung des Eigentums. Eine solche Einigung ließe offen, ob gesellschaftliches Eigentum wünschenswert ist, ob es auch möglich ist, ob es einem gesetzmäßigen Trend entspricht, ob Reformen der genannten Art den Kapitalismus nur stabilisieren oder früher oder später überwinden und damit revolutionären Charakter annehmen werden. Schon weil diese Fragen offen bleiben, integriert die Einigung auf demokratisch-mehrheitlich beschlossene Reformen die unterschiedlichen Auffassungen und Erwartungen zum gesellschaftlichen Eigentum als mögliche oder auch als notwendige Entwicklung. Verzichtet würde damit nicht darauf, an der weiteren Klärung der Fragen zu arbeiten und Anhänger für die jeweiligen Konzepte zu gewinnen. Verzichtet würde »nur« auf eine Bestandsgarantie für das kapitalistische Eigentum einerseits und auf eine Verpflichtung zu seiner Ablösung durch gesellschaftliches Eigentum andererseits.

Beides kommt klarer zum Ausdruck, wenn das gesellschaftliche Eigentum ausdrücklich als *Option* akzeptiert wird. Diese Option besagt: Die Durchsetzung der sozialen Verpflichtung des Eigentums wird durch kein Eigentumstabu eingeschränkt.

Viele Bürger fordern von Jahr zu Jahr je nach fortschreitenden Erfordernissen, Möglichkeiten und Einsichten eine konsequente Durchsetzung der sozialen Verpflichtung des Eigentums, ohne sich auf bestimmte Eigentumsformen als Ziel festzulegen und ohne sich in ihrer Entscheidungsfreiheit einem Eigentumstabu zu unterwerfen. Sie könnten die *Option des gesellschaftlichen Eigentums* um so eher akzeptieren, je sicherer sie sein könnten, daß ein Rückgriff auf diese Option und dann auch der weitere Gang der Dinge durch demokratisch-rechtsstaatliche Mehrheitsbeschlüsse bestimmt werden. Eine programmatische Option gesellschaftlichen Eigentums würde es außerdem sozialistischen Parteien ermöglichen und ihnen gleichzeitig auferlegen, beim Einfordern der sozialen Verpflichtung des Eigentums zu prüfen, ob und welche konkreten Maßnahmen angebracht und mehrheitsfähig sind. Dann ließe sich auch parteiprogrammatische Option auf gesellschaftliches Eigentum *unter bestimmten Bedingungen* festschreiben.

Wird jedoch nach Unterscheidungsmerkmalen zwischen sozialdemokratischen und sozialistischen Strömungen beziehungsweise Parteien im engeren Sinne innerhalb der sozialistischen Bewegung im ganzen gesucht, so besitzt die Option gesellschaftlichen Eigentums sozialistischen Charakter.

Unser langjähriger Autor **Helmut Thielen**
Soziologe, Ingenieur für Landschaftsplanung,
Agrarwissenschaftler und
bekennender gewaltfreier Anarchist bietet den

Lesern von »UTOPIE kreativ« Restposten seiner Bücher:

Diskurs und Widerstand. Philosophie der gesellschaftlichen Praxis (Horlemann Verlag) und

Revolution des Glaubens. Religionsphilosophische Versuche über Befreiung (Argument Verlag)

zu einen Sonderpreis von jeweils 10 DM (zzgl. Versand) an.
(Die Bücher weisen zum Teil leichte Lagerschäden auf.)

Bestellungen sind zu richten an:
Horlemann Verlag, Postfach 1307, 53583 Bad Honnef
beziehungsweise
Germinal, Siemensstraße 16 35463 Fernwald
(Argument-Verlag)

MICHAEL CHRAPA

Alltägliche Solidarität und latenter Rassismus

In Deutschland, wie auch in anderen westlichen Demokratien, zeichnen sich gegenwärtig an der Schwelle des 21. Jahrhunderts tiefgreifende Wandlungsprozesse ab. Die Umbrüche im Zeichen von technologisch-wirtschaftlichen Veränderungen mit hoher Dynamik, die Auswirkungen der Globalisierungsvorgänge und die Herausbildung eines Typs von »Aktienkapitalismus« werfen nicht zuletzt die Frage auf, wie sich soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter entwickeln. Das Problem einer möglichen oder bereits vollzogenen sozialen Spaltung des Gemeinwesens – bezogen auf Lebenslage und Teilhabechancen – gewinnt an Aktualität (Kreckel 1997, Hradil 1999) und ist mit intensiven geistig-politischen Auseinandersetzungen verbunden. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Fragestellung, inwieweit Menschen in der Gesellschaft »Benachteiligung« erfahren und wie es zu einem solchen Status kommt. Das Spektrum der Meinungen zum Thema »Benachteiligung« beinhaltet hier sowohl solidarische und anklagend-kritische Positionen – verknüpft mit Forderungen nach mehr »sozialer Gerechtigkeit« –, aber auch abwertende und zum Teil recht rigide Haltungen, die Menschen in schwierigen Lebenssituationen in der Nähe von »Sozialschmarotzern« ansiedeln.

Eine solche Problemlage kann als Herausforderung für die engagierte Sozialforschung gelten. Zur Situation bestimmter Bevölkerungsgruppen, die in irgend einer Weise in der Gesellschaft »benachteiligt« werden, liegen zwar nicht wenige Einzelstudien vor, gleichzeitig wäre jedoch festzustellen, daß Umfang und Mechanismen solcher Erscheinungen wie Ausgrenzung und Benachteiligung in vieler Hinsicht noch nicht eingehend erforscht sind. In der »offiziellen« Sozialberichterstattung lassen sich hierzu im wesentlichen zwei Ansätze aufzeigen (Datenreport 1999). Zum einen werden Aussagen zur »Armut« und zu »Ausländern« getroffen, zum anderen erfaßt man die sogenannten »Problemgruppen« in der Gesellschaft. Die Grundlage der letzteren Betrachtungsweise bilden Messungen zu »objektiven« und »subjektiven« Beeinträchtigungen (Problemlagen) im Leben der Menschen. Hier werden Personen beschrieben, die »objektive« Problemlagen (wenig Geld, schlechte Wohnverhältnisse u.a.) und/oder »subjektive« Problemlagen (Einsamkeit, Angst usw.) auf sich vereinen. Im Osten sind deutlich mehr Problemkonstellationen vorhanden; sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ist der Trend steigend (Datenreport 1999: 560-568).

Bei einer solchen Betrachtungsweise bleibt allerdings die Situation Benachteiligter anhand der Bewertung durch die soziale Umwelt



Dr. Michael Chrapa Jg. 1950, Sozialwissenschaftler, Vorsitzender der »Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien e.V.« (FOKUS-Institut Halle) Falladaweg 9, D-06126 Halle, Saale
Fon+Fax. 0345-6901249

weitgehend unberücksichtigt. Geht man von interaktionistischen Theorieansätzen aus, so entwickeln sich Lebens- und Konfliktlagen eben auch in Wechselwirkung mit den »Reaktionen« der Menschen im Umfeld von Benachteiligung. Aufschlüsse über diese Beziehungen können aus dem Alltag geschöpfte Aussagen der »Durchschnittsbevölkerung« mit Blick auf »benachteiligte Gruppen« vermitteln.

Einen Beitrag zur wissenschaftlichen Beleuchtung dieser Thematik im ostdeutschen Raum kann eine aktuelle Studie des FOKUS-Institutes Halle erbringen. Die Daten wurden im Oktober 1999 mit Hilfe einer schriftlich-anonymen Befragung im gesamten Gebiet des Bundeslandes Sachsen-Anhalt erhoben, wobei die Stichprobe (n = 1 405) sowohl in bezug auf ihre Größe als auch in Hinsicht auf ihre Zusammensetzung als repräsentativ für die erwachsene Landesbevölkerung gelten kann (vgl. Statistisches Jahrbuch 1996).

Für die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts fallen dabei zweifellos mehrere soziopolitische Charakteristika des Bundeslandes ins Gewicht. Dieser Teil Mitteldeutschlands verkörpert einerseits »typische Züge« von Ländern des östlichen Bundesgebietes. Hier sind gleichermaßen Destrukturierung und Aufbau, Umbrüche und das Weiterwirken starker »östlich-überkommener« Elemente präsent. Die sozialen Konflikte der neuen Bundesländer stellen sich in Sachsen-Anhalt in deutlich verschärfter Form dar. Zum anderen gibt es in diesem Bundesland aber beachtenswerte spezifische Komponenten: Mit dem »Magdeburger Modell« kam es zu einer historisch seltenen politischen Kräftekonstellation, die bundesweit Aufmerksamkeit gefunden hat. Der Wahlerfolg der rechts-extremen DVU bei der Landtagswahl 1998 und die parlamentarische Etablierung dieser Partei waren und sind gleichfalls herausfordernde Elemente. Auch insofern können Untersuchungen zu politisch motivierten Meinungen in bezug auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen anregende Erkenntnisse liefern.

Grundsätzlich ging man bei der Konzipierung der Studie davon aus, daß gegebene Einstellungen in der Bevölkerung zu meßbaren Bewertungen und Attributionen in bezug auf sogenannte »benachteiligte Gruppen« führen können (Friedrichs 1990, Fischer/Wiswede 1997). Nach intensiven Diskussionen wurden 18 Personengruppen festgelegt, auf welche die Prädikate »arm«, »benachteiligt« und/oder »schwierig« mehr oder weniger zutreffen, wobei sich die adäquate semantische Kennzeichnung dieser Populationen als nicht ganz einfach erwies. In der Annahme, daß mit dem skizzierten Personenkreis ein sozial und politisch wesentlicher Teil des »benachteiligten Gesellschaftspotentials« erfaßt war, wählte man folgende Gruppierungen aus:

- | | |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| »Alleinerziehende« | »Jugendliche allgemein« |
| »Alte Menschen mit wenig Geld« | »Junge Arbeitslose unter 25 Jahren« |
| »Arbeitslose« | »Langzeitarbeitslose« |
| »Drogenabhängige« | »Lesben/Schwule« |
| »Einwandernde aus Asien/Afrika« | »Menschen mit Behinderungen« |
| »Einwandernde aus Osteuropa« | »NiedriglohnempfängerInnen« |
| »Familien mit mehreren Kindern« | »Obdachlose« |
| »Frauen allgemein« | »Opfer von Straftaten« |
| »Haftentlassene« | »SozialhilfeempfängerInnen« |

Die Einschätzung dieser 18 »Problem-Gruppen« durch die Gesamtheit einer repräsentativen Durchschnittspopulation erfolgte anhand von drei Aspekten: »Zuwendung in menschlich-sozialer Hinsicht«, »Zuwendung in Form eingeforderter Unterstützung« und »mögliche Negativbewertung wegen Selbstverschuldung«. Dafür kamen folgende Frageindikatoren zur Anwendung: »Sollen diese Menschen mehr Anteilnahme finden?«, »Sollen sie materiell gefördert werden?« und/oder »Sind sie oft selbst schuld an ihrer schweren Lage?«

Das Ziel der Untersuchung war demnach, zu ermitteln, welche grundsätzlichen Bilder von »Benachteiligten« durch die »Außen-sicht« ihrer Umwelt entstehen. Bei der Interpretation der Daten ist auf zwei Einschränkungen hinzuweisen, die in gewisser Hinsicht Grenzen für die Gültigkeit formulierter Aussagen bilden: Zum einen gehen in die durch Messungen ermittelten »Bilder« selbstverständlich sowohl realistische Bewertungen als auch verbreitete Wahrnehmungsstereotype und Vorurteile ein. Die hier vertretenen Meinungen bilden jedoch gerade deshalb auf ihre Weise ein Stück »Realität des Massenbewußtseins« ab. Es kann so herausgefunden werden, in welcher »Rangordnung« die sogenannten Problemgruppen in den Augen der Bevölkerungsmehrheit stehen. Zum anderen war es im Rahmen dieser Studie zunächst nur möglich, allgemeine Einstellungen gegenüber den untersuchten Personengruppen zu bestimmen. Die detaillierten Bewertungen der einzelnen Gruppen, dabei ebenso die »Gründe«, warum man in Hinsicht auf eine Gruppierung Zuneigung oder Distanz äußert, müssen in künftigen Analysen genauer ermittelt werden.

Tabelle 1 zeigt, welche Fakten bei der Befragung ermittelt werden konnten. Die Darstellung der Antworthäufigkeiten in der Reihenfolge der Mittelwerte läßt eine recht klare »Gruppenbildung« erkennen, die umgangssprachlich etwa folgendermaßen charakterisiert werden könnte:

A. Die »Bedauernswerten« (Position 1-3 – Menschen mit Behinderungen, Opfer von Straftaten, Alte Menschen mit wenig Geld): Menschen, denen man ziemlich offen Mitleid und Zuneigung entgegenbringt, wohl verbunden mit der Annahme, daß die Betroffenen »nichts für ihr Schicksal können«;

B. Die »Armen« (Position 4-8 – Familien mit mehreren Kindern, »NiedriglohnempfängerInnen«, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Arbeitslose): Personen, bei denen eine schwierige materielle Lage konstatiert (oder angenommen) wird, wobei davon auszugehen wäre, daß sich viele Menschen eine solche Situation vorstellen können;

C. Die mit »gedämpftem Mitleid und/aber Zurückhaltung Behandeln« (Position 9-13 – Frauen allgemein, Junge Arbeitslose unter 25 Jahren, Jugendliche allgemein, Sozialhilfeempfänger/innen, Obdachlose): Gruppen, bei denen sich Zuwendung und kritische Wertung etwa die Waage halten, auch hier wird eine schwierige Lage mehr oder weniger anerkannt, aber ebenso eine gewisse Distanz bekundet;

D. Die »Ausgestoßenen« (Position 14-18 – »Einwandernde aus Asien/Afrika«, »Lesben/Schwule«, »Einwandernde aus Osteuropa«, »Haftentlassene«, »Drogenabhängige«) :

Tabelle 1: Meinungsbild zu »benachteiligten Gruppen« (Bundesland Sachsen-Anhalt, 1999, Angaben in Prozent, gerundet)

Es wird viel über »in der Gesellschaft benachteiligte Gruppen« und über Hilfe für diese Menschen gestritten.
Was denken Sie in diesem Zusammenhang?

	Diese Personen / Personengruppen ...									Viel Hilfe, nicht schuld	
	sollten mehr Anteilnahme finden			sollten materiell gefördert werden			sind oft selbst schuld an einer schweren Lage				
	Ja	Teils	Nein	Ja	Teils	Nein	Ja	Teils	Nein	Ja	Nein
Menschen mit Behinderungen	79	19	2	73	25	2	2	10	88	57	0
Alte Menschen mit wenig Geld	76	22	2	72	26	2	2	25	73	55	4
Opfer von Straftaten	81	13	6	64	28	8	7	14	79	54	0
Familien mit mehreren Kindern	52	36	12	55	35	10	15	41	44	31	9
»NiedriglohnempfängerInnen«	51	38	11	52	38	10	4	43	53	31	5
Langzeit-arbeitslose	55	38	7	45	47	8	6	57	37	24	6
Alleinerziehende	51	40	9	53	39	8	7	48	45	22	5
Arbeitslose	52	41	7	39	52	9	4	57	39	19	5
Frauen allgemein	36	44	20	24	44	32	5	41	54	15	8
Junge Arbeitslose unter 25 Jahren	55	38	7	34	51	15	10	60	30	13	7
Jugendliche allgemein	48	43	9	28	53	19	11	55	34	11	7
SozialhilfeempfängerInnen	29	57	14	27	58	15	8	70	22	10	10
Obdachlose	41	48	11	32	54	14	15	70	15	9	11
Lesben/Schwule	19	29	52	3	13	84	24	24	52	2	35
Einwandernde aus Osteuropa	9	40	51	5	39	56	24	46	30	2	39
Einwandernde aus Asien/Afrika	10	34	56	5	32	63	30	44	26	3	45
Haftentlassene	11	48	41	5	47	48	53	41	6	1	43
Drogenabhängige	24	36	40	6	31	63	57	36	7	1	49

Das Bild von Ablehnung beziehungsweise geringer Zuwendung und Solidarität hat etwas Erschreckendes an sich, vor allem, wenn man bedenkt, daß die genannten Gruppen genaugenommen durch keinerlei »Logik« miteinander verbunden sind, im Massenbewußtsein jedoch das gemeinsame Merkmal von »Parias« tragen. Die Einordnung von »Lesben und Schwulen« in diese Gruppe bedarf insofern einer gesonderten Interpretation, daß Forderungen nach »finanziellen Zuwendungen« hier natürlich leichter abzulehnen wären. Dennoch mutet es makaber an, wenn Mehrheiten der Ansicht sind, daß menschliche Anteilnahme nicht vonnöten sei, oder wenn rund 25 Prozent der Befragten von einer »eigenen Schuld« dieser Gruppe sprechen.

Die Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger in bezug auf bestimmte »Sozial schwache« Gruppen« wurden bereits vor mehreren Jahren in einer FOKUS-Studie erfaßt (FOKUS 1995). Insofern war ein Vergleich möglich, der Änderungen in den Denkweisen und sozialen Beziehungen belegen könnte. Es zeigte sich:

Tabelle 2: Meinungsbild zu »benachteiligten Gruppen« im Zeitvergleich (Bundesland Sachsen-Anhalt, 1995 und 1999, Angaben in Prozent, gerundet)

	Diese Personen/Personengruppen sollten Zuwendungen (auch materieller Art) erhalten ...			
	Jahr	Ja	Teils	Nein
Menschen mit Behinderungen	1995	63	36	1
	1999	73	25	2
Langzeitarbeitslose	1995	39	56	5
	1999	45	47	8
Alleinerziehende	1995	30	56	14
	1999	53	39	8
Frauen allgemein	1995	13	43	44
	1999	24	44	32
Jugendliche allgemein	1995	29	53	18
	1999	28	53	19
SozialhilfeempfängerInnen	1995	30	61	9
	1999	27	58	15
Obdachlose	1995	41	54	5
	1999	32	54	14
Einwandernde aus Asien/Afrika	1995	6	43	51
	1999	5	32	63

Quelle: FOKUS 1995

In einem ersten Überblick lassen sich die Ergebnisse der Messungen folgendermaßen interpretieren:

Insgesamt scheint es doch ein beachtlich großes »Zuwendungsbeziehungswise Solidaritätspotential« der Menschen untereinander zu geben. Solche solidarischen Empfindungen richten sich vor allem auf Personen in materiell-beruflichen Notlagen, die in der Nähe der Alltagswahrnehmungen vieler ihrer Mitbürger anzusiedeln wären.

Die überwiegend solidarischen Denkweisen haben sich in den letzten fünf Jahren zwar etwas verschoben; sie sind aber nicht – wie mitunter angenommen oder behauptet wird – im ganzen zurückgegangen (Siehe Tabelle 2).

Als erschreckend und ernst zu nehmen wirken jedoch im Gegensatz dazu die Mechanismen von »Ausgrenzungen« bestimmter Gruppen, wobei hier das »Sündenbock-Syndrom« zum Tragen zu kommen scheint. Diese Denkweisen schließen auch und gerade »Ausländer« ein und können den Nährboden für gefährlichen Rassismus bilden.

Die Durchschnittswerte der Antworthäufigkeiten sagen jedoch noch nichts über die Meinungen in einzelnen Bevölkerungsschichten aus. Faßt man anhand der Daten die Aussagen von verschiedenen Teilpopulationen der Befragten, die sich nach soziodemographischen Merkmalen und nach ihrer Lebenslage unterscheiden, zusammen, so fällt ins Auge:

Besonders »solidarisch« beziehungsweise Unterstützung einfordernd treten Frauen, Menschen im Alter über 60 Jahre, Personen im Status »ABM/Umschulung« und Menschen in schwieriger beruflich-finanzieller Lage auf. Eine eher distanziert-ablehnende Haltung nehmen dagegen Männer, Menschen im Alter bis 30 Jahre, Azubis/Studierende und Personen in günstiger beruflich-finanzieller Lage ein.

Eine Grundüberlegung der Studienkonzeption bestand darin, daß politische Gesichtspunkte für die Bewertung »benachteiligter Gruppen« ins Gewicht fallen könnten. Als dafür zugängliche Daten wurden die Meinungen der Anhängerschaften verschiedener, im Bundesland Sachsen-Anhalt wirkender Parteien einbezogen. Dabei zeigt sich (Siehe Tabelle 3):

Bei der Anhängerschaft von »Bündnis '90/Die Grünen« sind klare Positionen der Zuwendung und des Mitleids festzustellen. Diese Bewertungen erstrecken sich auf fast alle Benachteiligten-Gruppen. Auch die Personen im Umfeld der PDS vertreten eher solidarische Haltungen. Der SPD-Anhang nimmt wechselnde Positionen ein und drückt vor allem Engagement für die Gruppe der »Armen« aus.

Die F.D.P.-Anhänger, mehr aber noch die CDU-Anhängerschaften, positionieren sich überwiegend zurückhaltend-kritisch. Distanz scheint vor allem gegenüber den Gruppen zu bestehen, die Leistungen auf der Basis gesellschaftlicher Alimentierung erhalten.

Die Sympathisanten der DVU nehmen zumeist eine kritisch-ablehnende Wertung vor. In bezug auf »Ausländer« ist die negative Einschätzung extrem groß und kann kaum anders denn als klare Feindseligkeit interpretiert werden. Von den überwiegenden Ablehnungen gegenüber »Benachteiligten« ausgenommen bleiben übrigens Gruppen, von denen zu vermuten ist, daß sich die DVU-Anhänger in deren Nähe befinden (oder selbst dazu gehören), wie zum Beispiel (Langzeit-)Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger.

Die Daten der Studie liefern Material für eine Reihe von Aussagen zum politisch brisanten Thema »Ausländerfeindlichkeit«. Festzustellen war, welche Grundeinstellungen in der Bevölkerung in bezug auf Ausländer, die man hier mit den Bezeichnungen »Einwandernde aus Osteuropa« und »Einwandernde aus Asien/Afrika« umschrieb, verbreitet sind (Siehe Tabelle 3). In Zusammenfassung der »Negativ-Aussagen« (»Keine Anteilnahme«, »Keine materielle Förderung«, »Selbst schuld«) gelang es, folgende Potentiale mit ablehnend-kritischen Positionen gegenüber Ausländern zu erfassen (Siehe auch Tabelle 1): Gegen »Osteuropäer« sprechen sich ca. 39, gegen »Farbige« (Asiaten/Afrikaner) etwa 45 und gleichermaßen gegen beide Gruppen rund 33 Prozent der Befragten aus (Die hierbei gegebene Antwort lautete: »Ausländer« sollen weder Anteilnahme noch materielle Förderung erhalten und sind selbst schuld an einer schweren Lage.«) Diese Sichtweisen auf »Einwandernde«/»Ausländer« treten mit besonderer Häufung bei Männern, bei Personen zwischen 25 und 40 Jahren, bei Menschen in familialer Partnerschaft und bei Erwerbstätigen – hier eher im unteren Teil der Unternehmenshierarchie – zutage. Innerhalb des politischen Spektrums zeigt sich, daß in den Anhängerschaften aller Parteien ein »ausländerfeindlicher« Anteil präsent ist. Er umfaßt bei den Anhängern von »Bündnis '90/

Tabelle 3: Meinungsbild zu »benachteiligten Gruppen« und Differenzierung nach Anhängerschaften politischer Parteien (Bundesland Sachsen-Anhalt, Angaben in Prozent, gerundet)

Diese Personen/Personengruppen ... sollten mehr Anteilnahme finden, materiell gefördert werden und sind nicht schuld an ihrer schweren Lage.						
Bewertung der Bevölkerungs- gruppen	Anteilnahme und Hilfe, nicht schuld		Meinungen der Anhängerschaften – Differenzen zum Durchschnittswert			
	Ja	Nein	Deutlich <i>überdurch-</i> <i>schnittlich</i> für Gruppe		Deutlich <i>unterdurch-</i> <i>schnittlich</i> für Gruppe	
Menschen mit Behinderungen	57	0	BGr.	FDP	PDS	DVU
Alte Menschen mit wenig Geld	55	4	BGr	FDP	SPD	DVU
Opfer von Straftaten	54	0	BGr			DVU FDP
Familien mit meh- reren Kindern	31	9	/			DVU FDP
»Niedriglohn- empfängerInnen«	31	5	DVU	PDS	SPD	CDU DVU FDP
Langzeit- arbeitslose	24	6	BGr	DVU	PDS	FDP
Alleinerziehende	22	5	PDS			CDU DVU FDP
Arbeitslose	19	5	DVU	PDS	SPD	CDU FDP
Frauen allgemein	15	8	SPD			CDU DVU FDP
Junge Arbeitslose unter 25 Jahren	13	7	PDS			DVU
Jugendliche allgemein	11	7	/			DVU FDP
Sozialhilfe- empfängerInnen	10	10	DVU	PDS		CDU FDP
Obdachlose	9	11	BGr	DVU	PDS	DVU FDP
Einwandernde aus Asien/Afrika	3	45	BGr			CDU DVU
Lesben/Schwule	2	35	FDP	PDS		CDU DVU FDP
Einwandernde aus Osteuropa	2	39	BGr			CDU DVU
Haftentlassene	1	43	/			CDU DVU
Drogenabhängige	1	49	BGr			DVU FDP SPD

Die Grünen« etwa ein Siebentel, im Umfeld von F.D.P., PDS und SPD rund ein Viertel und bei der CDU mehr als ein Drittel der Sym-
pathisanten. Die DVU-Anhängerschaft vertritt fast durchgängig ab-
lehrende Haltungen gegenüber Ausländern.

Ein weiterer Analyseschritt weist allerdings darauf hin, daß ausländerkritische Positionen auf Einstellungen zu beruhen scheinen, die nicht allein Personen fremder Ethnien beziehungsweise Nationalitäten betreffen. In der Tabelle 4 sind die Meinungen der »Ausländerkritischen« im Vergleich zu denen aller Befragten dargestellt. Es werden hier folgende Besonderheiten deutlich:

Die »Ausländerkritischen« zeigen gegenüber nahezu allen »benachteiligten Gruppen« Distanz und Zurückhaltung. Dies umfaßt sowohl die Aspekte »Zuwendung« und »materielle Unterstützung« als auch die Frage, ob eine eigene »Schuld« vorläge.

Die negativere Bewertung betrifft – nach den Maßstäben und in der Rangfolge statistischer Signifikanz betrachtet – vor allem die Gruppen »Drogenabhängige«, »Lesben/Schwule«, »Obdachlose«, »Haftentlassene«, aber auch »kinderreiche Familien« oder »Alleinerziehende«.

Bei der Interpretation von Daten, wie sie in der hier dargestellten Studie präsentiert wurden, ist eine hohe Sorgfalt angebracht, um nicht voreiligen oder überzeichneten Urteilen Vorschub zu leisten. Die Untersuchung liefert Aussagen darüber, wie und gleichsam in welcher Rangordnung als »benachteiligt« verstandene Gruppen im Meinungsbild der (Durchschnitts-) Bevölkerung beurteilt werden – offen bleibt dabei jedoch, welche Gründe im einzelnen zu solchen Bewertungen führen. Insofern tragen die im weiteren formulierten Überlegungen eher den Charakter von »Arbeitshypothesen« (vgl. Opp 1999), wobei sich diese Annahmen allerdings auf empirisch gesicherte Erhebungsdaten stützen können.

Zusammenfassend wären vor allem die folgenden sechs Aspekte hervorzuheben:

Erstens: Wie bereits erwähnt, belegen zahlreiche Fakten, daß große Teile der Bevölkerung gegenüber Notlagen und Benachteiligungen anderer Menschen Aufmerksamkeit an den Tag legen und Meinungen vertreten, die Hilfe für »Sozial Schwache« einfordern. Eine solche »Grundsolidarität«, die sich vor allem darauf zu stützen scheint, daß viele in ihrem Alltagsumfeld Personen in Unsicherheit und/oder Notlagen persönlich kennen, sollte nicht als etwas Selbstverständliches abgetan oder gar gering geschätzt werden. Die Studie zeigt, daß die These, die gesellschaftlichen Prozesse von Individualisierung und sozialer »Entgrenzung« würden gleichsam automatisch zu Entsolidarisierungen und zu menschlicher Kälte führen, in dieser Vereinfachung eben nicht zutrifft. Inwieweit mit den bekundeten Positionen die Bereitschaft zum persönlichen helfenden Handeln verbunden ist, konnte allerdings im Rahmen der hier vorgelegten Untersuchung nicht erfaßt werden.

Zweitens: Die hier positiv beschriebene Haltung von Zuwendung, »Mitleid« und Einforderung von Hilfe erweist sich jedoch als ambivalent. Sie ist gekoppelt mit – ebenfalls weit verbreiteten – Positionen von »Ausgrenzung«, das heißt von abwertenden Meinungen gegenüber bestimmten Gruppen (Siehe Tabelle 1). Deren »Markenzeichen« scheint zu sein, daß sie als »anders(artig)« gelten (Ausländer, Lesben, Schwule) oder daß man ihnen in irgendeiner Weise »Schuld« zusprechen kann (Haftentlassene, Drogenabhängige). Sozialpsychologisch könnte dies durchaus unter dem Zeichen des

*Tabelle 4: Grundeinstellungen gegenüber den untersuchten Personen-
gruppen und Vergleich mit Teilpopulation mit negativer Einstellung
zu Ausländern (Ablehnung von »Einwandernden aus Osteuropa und
aus Asien/Afrika« gleichermaßen, Angaben in Prozent, gerundet)*

	Diese Personen / Personengruppen ...								
	sollten mehr Anteilnahme finden			sollten materiell ge- fördert werden			sind oft selbst schuld an einer schweren Lage.		
	Ja	Teils	Nein	Ja	Teils	Nein	Ja	Teils	Nein
Menschen mit Behinderungen	79	19	2	73	25	2	2	10	88
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	69	28	3	61	35	4	1	15	84
Alte Menschen mit wenig Geld	76	22	2	72	26	2	2	25	73
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	72	25	3	65	33	2	1	31	68
Opfer von Straftaten	81	13	6	64	28	8	7	14	79
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	79	13	8	66	24	10	5	14	81
Familien mit mehreren Kindern	52	36	12	55	35	10	15	41	44
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	39	39	22	41	42	17	24	47	29
Niedriglohn- empfängerInnen	51	38	11	52	38	10	4	43	53
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	45	42	13	44	45	11	6	48	46
Langzeitarbeitslose	55	38	7	45	47	8	6	57	37
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	43	44	13	38	50	12	9	58	33
Alleinerziehende	51	40	9	53	39	8	7	48	45
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	39	44	17	41	42	17	13	51	36
Arbeitslose	52	41	7	39	52	9	4	57	39
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	45	43	12	31	54	15	5	58	37
Frauen allgemein	36	44	20	24	44	32	5	41	54
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	26	45	29	20	42	38	7	49	44
Junge Arbeitslose unter 25 J.	55	38	7	34	51	15	10	60	30
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	43	43	14	26	51	23	14	60	26
Jugendliche allgemein	48	43	9	28	53	19	11	55	34
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	43	43	14	19	51	30	17	58	25
Sozialhilfe- empfängerInnen	29	57	14	27	58	15	8	70	22
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	18	60	22	16	59	25	14	71	15
Obdachlose	41	48	11	32	54	14	15	70	15
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	29	49	22	23	53	24	25	66	9
Lesben/Schwule	19	29	52	3	13	84	24	24	52
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	7	22	71	1	7	92	43	21	36
Haftentlassene	11	48	41	5	47	48	53	41	6
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	6	40	54	3	36	61	68	30	2
Drogenabhängige	24	36	40	6	31	63	57	36	7
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	12	26	62	2	17	81	73	25	2

»Sündenbock-Mechanismus« interpretiert werden: Die Abwertung anderer führt zur Stabilisierung des eigenen, durch äußere Umstände eventuell erschütterten oder bedrohten Selbstbildes.

Drittens: In diesem Kontext sind die Fakten zur festgestellten »Ausländerfeindlichkeit« zu beleuchten. Zum einen muß unmißverständlich betont werden, daß der Umfang der Gruppierungen, die entsprechende Meinungen äußern (mindestens ein Drittel der Erwachsenen), als bedrohlich und in hohem Maße als besorgniserregend in Hinsicht auf den Nährboden von Rassismus zu charakterisieren ist. Andererseits belegen die Fakten, daß es eben nicht nur um »Ausländer« allein geht, sondern daß die hier zutage tretenden »antisozialen« Positionen auch auf »ganz andere« Gruppen (Lesben/Schwule, Drogenabhängige, selbst Alleinerziehende usw.) gerichtet werden. Die Diskussion zur »Solidarität« – so könnte man schlußfolgern – bedarf also eines übergreifenden ethisch fundierten Ansatzes oder anders formuliert: Nicht »Ausländer« stellen das »Problem« dar, sondern die Qualität und die Gestaltung menschlicher Beziehungen untereinander.

Viertens: Betrachtet man die unterschiedlichen Meinungen von Personen mit verschiedenen soziodemographischen Merkmalen, so werden mehrere interessante Besonderheiten deutlich:

Eine Geschlechtertypik der Bewertungen ist nachweisbar. In den meisten Fällen vertreten Frauen Positionen größerer Anteilnahme und urteilen vorurteilsfreier als Männer.

Ebenso kann von einem Phänomen gesprochen werden, das sich als »Solidarität nach Lebenslage« bezeichnen ließe. Menschen in unsicheren Erwerbsverhältnissen oder in schwierigen beruflich-finanziellen Situationen treten in der Regel für mehr Anteilnahme und Unterstützung ein. »Bessergestellte« hingegen positionieren sich in vielen Fällen eher zurückhaltend.

Im Zusammenhang mit Erscheinungen von Rassismus und Rechtsextremismus wird gegenwärtig recht häufig die Verwurzelung dieser Strömungen »in der Mitte der Gesellschaft« diskutiert. Die Fakten dieser Untersuchung bestätigen eine solche Annahme in der Weise, daß die »ausländerkritischen Gruppen« in hoher Konzentration in jüngeren bis mittleren Altersgruppen und im Kreis der vollbeschäftigten Erwerbstätigen anzutreffen sind. Die Tatsache, daß »Ausländerfeindlichkeit« weniger ein »Single-Phänomen« darstellt, sondern eher an Personen in Familien geknüpft ist, spricht ebenfalls dafür. Für praktisches Handeln hieße das unter anderem: Die Art und Weise, wie in Familien beziehungsweise Partnerschaften über »Ausländer« diskutiert wird, fällt für die Ausprägung von Einstellungen stark ins Gewicht.

Fünftens: Die Fakten der Studie werfen mit großer Dringlichkeit die Frage auf, wie Meinungen über »benachteiligte Gruppen« praktisch »zustande kommen«. Aktuelle Untersuchungen zu Problemen der Meinungsbildung verweisen darauf, daß hierbei vielfach Aspekte von »emotionsgeleiteten Entscheidungen«, das heißt Urteilsbildungen im Rückgriff auf die emotionale Bedeutsamkeit verschiedener Sachverhalte (oft im Kontext medialer Darstellungen) eine Rolle spielen (Chrapa 2000). Hinzu kommt der weit verbreitete Mechanismus, daß die Verarbeitung von Nachrichten und Ein-

drücken auf der Grundlage von »Alltagsrationalitäten« erfolgt. Diese zeichnen sich vor allem durch folgende Merkmale aus (Brosius 1995):

Heuristische und schemageleitete statt systematischer und vollständiger Aufnahme;

relativ schnelle Urteilsbildung, dies auch bei Vernachlässigung (Vergessen) von Informationen, wenn das Urteil – oft schon im Moment der Rezeption – geformt ist;

besondere Auswahl von aufgenommenen Informationen, vor allem nach dem Kriterium der Auffälligkeit (hier nicht selten auch: des Negativismus«);

spezielle Glaubwürdigkeitsbewertung von Informationen, in der Regel mit höherer Zuschreibung von Glaubwürdigkeit bei »Einzelfällen« gegenüber wissenschaftlich-statistischen Angaben.

Es liegt zumindest im Rahmen des Vorstellbaren und wäre logisch vertretbar, wenn man davon ausgeht, daß »Verzerrungen« bei der Bewertung »benachteiligter Gruppen« mit den oben genannten Aspekten verknüpft sind. Insgesamt wäre deshalb zu schlußfolgern, daß bei Diskussionen zu dieser Thematik in besonderem Maße auf Sachlichkeit und auf die Einhaltung fairer Kommunikationsregeln zu achten ist. Wie auch die aktuelle Debatte zum Rechtsextremismus schmerzhaft zeigt, geht es im Grunde um die Notwendigkeit, gesamtgesellschaftlich eine neue Art von Problemwahrnehmung und Problembewußtsein zu entwickeln (Chrapa 2000).

Sechstens: Die Studie erlaubt mehrere praktisch-politisch weiterführende Überlegungen:

Die vorgelegten Resultate sollen zunächst zur Diskussion anregen beziehungsweise eine themengerichtete breitere Debatte zum Thema »Benachteiligung in Wechselwirkung mit der Außensicht der Bevölkerung« stärker in Gang bringen. Dies wäre auch als Herausforderung für eine kritische (und reflexive) Medienberichterstattung zu verstehen.

Es scheint dringend notwendig, weitere sozialwissenschaftliche Analysen zur Thematik vorzunehmen. Dies betrifft beispielsweise Folgeuntersuchungen mit den verwendeten Indikatoren und/oder mit Hilfe qualitativer Interview-Reihen. Genauer zu untersuchen wären die Verläufe der »Solidarität des Alltags«, basierend auf lebensweltlichen Erfahrungen vieler Menschen. Die Mechanismen der Ausgrenzung, darunter die des »Sündenbock-Syndroms«, müssen zukünftig sozialpsychologisch tiefer erkundet werden.

In diesem Kontext sollte die Arbeit »Sozial Tätiger« für Benachteiligte unbedingt gesellschaftliche Aufwertung erfahren. Dies verbindet sich mit der Anforderung, in der Öffentlichkeit eine stärkere »Stimme« für die Belange Benachteiligter zu schaffen. Projekt-Netzwerke, Konferenzen und regelmäßige Zusammenkünfte von »Sozial Tätigen« und Wissenschaftlern könnten in dieser Hinsicht wirksam werden.

Literatur:

- Brosius, Hans-Bernd (1995): Alltagsrationalität in der Nachrichtenrezeption. Ein Modell zur Wahrnehmung und Verarbeitung von Nachrichteninhalten, Opladen, S. 305-307.
- Chrapa, Michael (2000): Medienutzung und Problembewußtsein der Bevölkerung in modernisierten Gesellschaften, Berlin (Manuskript).
- Datenreport (1999): Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Fischer, Lorenz; Wiswede, Günter (1997): Grundlagen der Sozialpsychologie, München, S. 156-290.
- FOKUS (1995, Studie): »Sozial Schwache« im Meinungsbild der Bevölkerung«, Forschungsgemeinschaft für Konflikt und Sozialstudien (FOKUS), Halle.
- Friedrichs, Jürgen (1990): Methoden empirischer Sozialforschung, Opladen.
- Hradil, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen.
- Kreckel, Reinhard (1997): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/Main.
- Opp, Karl-Dieter (1999): Methodologie der Sozialwissenschaften, Opladen.
- Statistisches Jahrbuch des Landes Sachsen-Anhalt (1996), Halle.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau



Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Im Feuilleton der »Frankfurter Rundschau« ging Thomas Oberender jüngst der Frage nach, warum es mit Deutschland immer noch nicht so richtig Spaß mache. Abgesehen davon, daß es mir fraglich erscheint, ob nicht auch Franzosen oder Holländer oder Dänen oder Isländer auf die gleiche oder eine ähnliche Fragestellung kommen könnten – die lustigen Italiener lassen wir jetzt einmal außen vor ... –, kommt der Autor zu bedenkenswerten Überlegungen. Er schreibt einleitend: »Für die einen sind wir Weltmeister im Automobilbau, für die anderen in Bescheidenheit (wie bitte ...? w.s.) oder im Biertrinken. Wieder andere halten uns für besonders schweinisch oder, ganz im Gegenteil, für ein Volk grausamer Pedanten (wieso eigentlich »oder«? w.s.). Und diese Unschärfe in der Wahrnehmung von außen korrespondiert über weite Strecken mit der Entwicklung unserer Selbstwahrnehmung. Wir haben aufgehört, doch noch eine Nation werden zu wollen.«

Da kann ich nur hoffen, daß er recht hat, der Mann. Allerdings, wenn ich den Tenor seines Artikels als Indiz nehme, kommt der Mann mit einem lachenden und einem weinenden Auge zu dieser Schlußfolgerung, ein bißchen leid scheint es ihm doch zu tun. Aber letztlich fechten ihn diese Aussichten dann doch nicht an, und er offeriert uns – durchaus nicht unernst gemeint – den Ausweg an: Vom »D« zum »de« – vom großgeschriebenen Deutschland zum Kürzel im Netz.

Mit dieser Variante könnte doch zu leben sein ...

In der »Süddeutschen Zeitung« essayierte der Kulturkritiker Klaus Kreimeier umfassend den hinter uns liegenden Katastrophensommer und sieht in ihm eine Art Menetekel: »Fackeln in bildloser Nacht«

– Concorde-Abstoß, der brennende Moskauer Fernsehturm, die abgesoffene »Kursk«, die Waldbrände in den USA (»ein klassischer Katastrophenfilm«).

Kreimeier meint dazu: »Die Kette spektakulärer Unglücksfälle dieses Sommers hat Bestürzungen ausgelöst, die, über das spontane Entsetzen im Anblick von Zerstörung und Sterben hinaus, nicht zuletzt aus dem Symbolgehalt der Katastrophen resultiert und, im Blick auf deren weltweite Ausstrahlung wie ein verzerrtes Echo auf die Globalisierungsdebatte antwortet.« Er zitiert den Brandökologen Tobias Zorn, der allerdings befindet, daß es »Landschaftsbilder« gebe, »die im Feuer geboren wurden, im Feuer sterben und zugleich auch im Feuer wiedergeboren werden.«

Kommen wir zum unterhaltsamen Teil des Programms. Die Berliner PDS - jawohl, es gibt sie noch! – hat sich in den letzten Wochen durch Überlegungen in die Zeitungen lanciert, sie könne doch – im Einvernehmen mit der SPD – bald einen Bezirksbürgermeister im neuen Bezirk Friedrichshain/Kreuzberg stellen. Zugegeben: Diese Vorstellung ist nicht ohne Pepp. Und die Aufregung, die es darüber natürlich gibt, hält sich in Grenzen. Das liegt mit ziemlicher Sicherheit nicht daran, daß insbesondere die altgedienten Antikommunisten Westberlins Kreide gefressen hätten, sondern an Anderem: Zum Beispiel daran, daß Kommunismus – egal welcher Spielart – von PDS-Bezirksbürgermeistern wohl kaum zu befürchten sein dürfte, und daran, daß es in der deutschen Hauptstadt kaum noch eine ähnliche Position geben dürfte, deren Inhaber dermaßen wenig zu melden haben wie Bezirksbürgermeister. Das hat sogar Landowsky gefressen. Dazu bemerkte »Die Welt«: »Die jungen linken SPD-Nachwuchspolitiker erweisen sich als gelehrige Landowsky-Schüler. Immer wenn es gilt, eine Diskussionsveranstaltung mit der PDS zu rechtfertigen, zitieren sie ihn.«

In der Rubrik »Vermischtes« verbreiteten die Zeitungen im Berichtszeitraum die AP-Meldung, derzufolge in New York ein Bewerber nicht Polizist werden durfte, weil er zu intelligent war. Es gibt eben doch immer wieder Sachen, die man sich partout nicht vorstellen kann. Dazu gehören zweifelsohne zu intelligente Polizisten.

Wolfgang Fritz Haug (Hg.):
 Historisch-kritisches
 Wörterbuch des Marxismus.
 4. Band: Fabel bis Gegenmacht,
 Argument-Verlag Hamburg 2000,
 1361 Spalten (229 DM)

Sich zunehmend zum bewußt handelnden und gestaltenden Subjekt der Geschichte auf der Grundlage der Verwissenschaftlichung des sozialhistorischen Denkens zu erheben, war Anspruch des von Marx ausgehenden Denkens. Aber statt des vorausgesagten unaufhaltsamen Sieges des Sozialismus wurden wir am Ende des 20. Jahrhunderts zunächst Zeuge von dessen Hinscheiden. Damit stellt sich die Frage nach der Theorie, die es unternommen hatte, die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer ausbeutungsfreien Gesellschaft zu begründen.

An diesem Punkt setzt das Projekt des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus an. Es nimmt den von Marx im Vorwort zum »Kapital« formulierten Anspruch – jede gewordene Form im Flusse, in der Bewegung zu sehen – auf und wendet ihn auf das an Marx orientierte Denken selbst an. So werden mit Begriffen wie »Fehler«, »Feuerbach-Thesen« oder »Fortschritt« nicht nur die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse und Bewußtseinsformen analysiert, sondern in gleicher Weise die Täuschungen der sich auf Marx beziehenden Theorie, ihre Ideologisierung und Verkehrung im Interesse der Macht der Kritik unterzogen.

Das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus gehört zu den herausragenden sozialwissenschaftlichen Editionsprojekten unserer Zeit und steht in seinem Umfang und Anspruch anderen Standardwerken wie den »Geschichtlichen Grundbegriffen« oder dem »Historischen Wörterbuch der Philosophie« nicht nach.

Zwar werden die Stichworte hinsichtlich ihrer Geschichte in unterschiedlicher Intensität – so wie in anderen vergleichbaren Editionen auch – untersucht. Wesentlicher inhaltlicher Schwerpunkt ist jedoch deren Spezifik im Marxismus in der Verwobenheit mit alternativem linkem Denken und politischen Konzepten.

Und das geschieht in einer außerordentlichen Breite: Ästhetik, Ökonomie, Geschichte, Politik, Ethik, Wissenschaftstheorie, Feminismus, Ökologie und natürlich Philosophie. Im Ergebnis tritt eine erstaunliche Vielfalt und Offenheit marxistisch inspirierten Denkens zutage. Nicht neue fertige Antworten auf die durch die Geschichte aufgeworfenen Fragen wird man finden, statt dessen die Vorstellung verschiedener, zum Teil gegensätzlicher Diskussionsstränge. Der einst wohlgeordnet daher kommende, katechisierte Marxismus-Leninismus löst sich so auf in das, was Marxismus immer schon war: eine Vielzahl unterschiedlicher Denksätze und Erfahrungen. Marxismus in dieser Gestalt sucht sich nicht als Schlußstein einer geistigen Bewegung zu definieren, vielmehr läßt eine solche konsequent kritische Begriffsanalyse den Reichtum an Gedankenarbeit in der Geschichte des Marxismus in seiner Verschränkung mit den gesellschaftstheoretischen Diskursen der letzten 200 Jahre hervortreten.

Natürlich kann man die Frage stellen, was viele der im Band vorgestellten Termini – etwa Gandhismus, Futurismus, Fiktionalismus oder Geburtenkontrolle – mit Marxismus zu tun haben? So man auf einen Marxismus insistiert, der sich am begrifflichen Instrumentarium des vorigen Jahrhunderts orientiert, wird man eine große Zahl der Stichworte verwerfen müssen. Doch auch andere Herausgeber in der relevanten Traditionslinie – wie Klaus/Buhr (erinnert sei nur an den in der deutschen Wörterbuchgeschichte sicherlich einzigartigen Artikel zu »Kraussismus«), Hörz/Löther/Wollgast oder Sandkühler – haben die Schwerpunkte sehr verschieden gesetzt und die Auswahl der zu bearbeitenden Termini konturiert.

Dabei scheint mir wesentlich, daß das Wörterbuch nicht lediglich ein Register relevanter Stellen im Werk von Marx und Engels in Konkordanz zur MEGA zu sein sucht. Es geht in den Stichwortbearbeitungen um die Begriffsentwicklung. Sicher ist man zuweilen erstaunt, wer da alles in der Nachzeichnung der Diskussionen eingeführt wird. Aber es kann nicht Ziel sein, die Sicht zu beschränken auf die Autoren, die sich in dieser oder jener Weise als Marxisten bezeichneten oder dafür hielten. Ganz entgegen der Einteilung in Schubfächer erscheint der verfolgte Weg einsichtig, die

Vielfalt der gedanklichen Arbeit im Bedenken von Alternativen gesellschaftlicher Entwicklung im Prozeß ihres Aufeinanderbezogen-seins wie in ihrem gegenseitigen Abstoßen herauszuarbeiten.

Zugleich ist das Wörterbuch mit seiner weltweiten Autorenschar ein Ort der Überschneidung sehr unterschiedlicher kultureller Bildung und politisch-historischer Erfahrung. So gesehen ist der kritische Marxismus aus seiner einstigen »gegensätzlichen Randexistenz« – wie der Herausgeber, W. F. Haug, 1989 noch konstatierte – in das Zentrum der Diskussion gerückt. Schließlich arbeiten sich die Autoren nicht in mehr oder weniger marginalisierten Zeitschriften ab, sondern in einer anspruchsvollen Edition, die Maßstäbe zu setzen sucht, indem sie sich als globales Projekt versteht. Dadurch kommen sehr verschiedene Perspektiven zum Tragen, was dort zum Vorteil ge- reicht, wo Verengungen im Blickfeld einzelner Diskurse aufgebrochen werden.

Andererseits reflektieren sich im Wörterbuch verschiedene Denk- und Rezeptionslinien, die, je nach Autor, nur bedingt zu einer Überschneidung gebracht werden. Insofern erscheint es mir in einer Reihe von Bearbeitungen bedenkenswert, sich stärker mit Ergebnissen der Philosophie, Ökonomie, Soziologie etc. der einstigen sozialistischen Länder auseinanderzusetzen, zumal die Einbeziehung von Forschungsleistungen aus diesen Staaten zuweilen weniger der systematischen Recherche entsprungen als einem zufälligen Unterkommen geschuldet scheint. Und es wird – sicher nicht unwesentlich der Herkunft einer Reihe von Autoren anzurechnen, wichtiger erscheint mir aber noch die Modernität vieler Problemstellungen – vor allem der Diskussionsstand der westeuropäischen Linken reflektiert. Nimmt man beispielsweise das Stichwort Freiheit, so sind weder die in den 1970/80er Jahren geführten philosophischen Diskussionen noch die durch die Bürgerbewegungen Ende der achtziger Jahre formulierten massenwirksamen Ansprüche reflektiert. Oder beim Stichwort Fakten hätte sich nicht nur ein Hinweis auf die relevante Debatte in der Soziologie und Philosophie der 1960/70er Jahre angeboten, sondern ebenso eine Analyse des politische Umgangs mit Fakten im verblichene- nen Sozialismus.

Noch gravierender scheint dieser Aspekt in feministischen Termini wie Frauenarbeit oder Frauenarbeitspolitik hervor. Hier hätte es sich angeboten, die Verschiedenheit des Heran- gehens – theoretisch wie politisch – in den ehemaligen sozialistischen Ländern zu thematisieren. Schließlich gab es sehr unterschiedliche Ansätze hinsichtlich der Frauenarbeit mit nicht minder differenziert zu betrachtenden Ergebnissen. Auswertbare soziologische Analysen und theoretische Debatten von vor und nach der Wende, abgesetzt von den bloß affirmativen Proklamationen, gab und gibt es durchaus.

Nicht um ein imaginäres Vollständigkeits- theorem zu bedienen, sei dies angemerkt, sondern weil damit die Möglichkeit vergeben wird, sich mit erarbeiteten Positionen kritisch auseinanderzusetzen und die eigene Auffas- sung daran zu schärfen.

In ähnlich unterschiedlichem Maße gelingt es den Autoren, zur Kritik sozialer Prozesse vorzustoßen. Natürlich ist das von vornherein bei einem Stichwort wie Faustus-Debatte anders gegeben, weil damit eine konkrete Auseinandersetzung analysiert wird. Doch wird sich eine Entwicklung der Theorie nur bedingt durch die Restriktion auf den begriffsge- schichtlichen Rekurs bewerkstelligen lassen.

Als Beispiel sei neben dem schon genannten Stichwort Freiheit, das in der Behandlung der ›Perspektiven‹ mit einer sehr spärlichen Be- trachtung zu Lenin und einem Hinweis auf Horckheimer und Sartre ausklingt, noch ein- mal beispielhaft auf den Terminus Flexibili- sierung verwiesen: Der Autor erklärt dessen Hervorgehen aus dem Kapitalinteresse an sich verändernder Arbeits- und Kapitalorganisation als Gegenstrategie zur Krise des Fordismus in den siebziger Jahren. Ebenso verdeutlicht er die damit verbundenen Implikationen auf der Ebene der Herrschafts- und Ideologiepro- zesse. Allerdings wäre eine kritische Prüfung der Argumente zur Einführung der flexiblen Arbeitsorganisation in der einstigen soziali- stischen Betriebswirtschaft wünschenswert gewesen, um von daher den sich ergebenden partiellen Gewinn in einer historischen Per- spektive für die Individuen herauszuarbeiten.

Sicher, die Spannung von historischer Nähe und theoretischer Analyse führt in einem weit über die Tagesdiskussion hinaus berechneten

Projekt notwendig zu einer die Konzeption tangierenden Abwägung, inwieweit Fragen der politischen Gegenwart und sich daraus ableitende theoretische Fragestellungen reflektiert werden. Zugleich bleibt festzuhalten: Entgegen der kurzschlüssigen politischen Inanspruchnahme bestimmter philosophisch-theoretischer Aussagen ist der zukunfts offene Charakter der Gegenwart im historischen Fokus materialistisch-dialektischen Denkens auch dadurch zu akzentuieren, daß unterschiedliche Ansätze im Diskurs in ihrer Eigenart eben als Bedenken von Alternativen und als mögliches Vermittlungsmoment einer auf die Gegenwart zurückwirkenden Kritik zur Geltung gebracht werden. Ein geeigneter Ort hierfür ist ohne Zweifel das Projekt des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus«.

JÜRGEN STAHL

Dieter Engelmann, Horst Naumann:
Hugo Haase. Lebensweg und
politisches Vermächtnis eines
streitbaren Sozialisten,
Edition Neue Wege Berlin 1999,
199 S. (32,50 DM)

In seiner »Geschichte der Weimarer Republik« schilderte Arthur Rosenberg eine Begebenheit in der Sitzung des Rates der Volksbeauftragten vom 9. Dezember 1918. Der zur Berichterstattung herbeigerufene frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Solf weigerte sich, dem Ko-Vorsitzenden des Rates Hugo Haase die Hand zu geben, da er ihn der Zusammenarbeit mit den Bolschewiki beschuldigte. Haase sagte, er werde öffentlich diese Beschuldigung zurückweisen. »Man male sich die Situation aus, wenn ein bürgerlicher Fachbeamter 1918 in dieser Form in Rußland Trotzki gegenübergetreten wäre oder wenn 1793 in Frankreich ein aristokratischer Fachmann sich derartig gegenüber Robespierre benommen hätte!«, kommentierte Rosenberg die Szene, in der das Scheitern der ersten deutschen Demokratie bereits keimhaft aufscheint.¹

Haase, der gegenüber dem kaiserlichen Beamten allzu nachgiebig auftrat, wird von

seinen Biographen dennoch als »streitbarer Sozialist« bezeichnet, der er in der Tat auch war. In seiner Vita bündeln sich geradezu die widerspruchsvollen Entwicklungslinien der deutschen Sozialdemokratie jener Umbruchszeit, die das »Zeitalter der Extreme«, so Eric Hobsbawm, einläutete.

Als Sohn eines Schuhmachers und späteren Kaufmanns wuchs Hugo Haase (1863-1919) in Ostpreußen auf. Er war das erste von zehn Kindern einer jüdischen Familie, die ihm unter Entbehrungen das Universitätsstudium in Königsberg ermöglichte. Als Referendar trat Haase – noch unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes – der Sozialdemokratischen Partei bei. 1890 ließ er sich als Rechtsanwalt in Königsberg nieder, 1911 eröffnete er eine Anwaltspraxis in Berlin. Die Reichshauptstadt war seit der Jahrhundertwende Haases hauptsächliche politische Wirkungsstätte geworden: Neben seiner Arbeit als Anwalt und als Königsberger Stadtverordneter war er (mit Unterbrechungen) seit 1897 Reichstagsabgeordneter, schließlich Ko-Vorsitzender der SPD. In dieser Eigenschaft begründete er am 4. August 1914 die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten. Durch diesen Auftritt wurde Haase weltweit bekannt, blieb aber umstritten. Die DDR-Historiographie, aber nicht nur sie, tat sich schwer mit ihm. Als »Zentrist«, der der bürgerlichen Demokratie lange verhaftet blieb, gehörte er nicht in die Traditionslinie der SED. Im kollektiven Bewußtsein der SPD trat er hinter so umstrittene Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann oder Gustav Noske alsbald zurück. Die erste Biographie Haases verfaßte kein deutscher Historiker, sondern im Jahre 1966 der Amerikaner Kenneth Calkins.²

Die Gründe für diesen zögerlichen Umgang mit Haase dürften darin liegen, daß sich dieser Politiker jeder eindeutigen Zuordnung entzog. Dem Judentum entstammend und dies nie verleugnend, war er doch ein »nichtjüdischer Jude«; die Autoren dieses Buches zitieren das prägnante Diktum Isaac Deutschers. (S. 11) Als Marxist, der die sozialistische Revolution grundsätzlich bejahte, suchte er doch nach friedlichen Wegen, die für ihn unumgängliche Transformation der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft zu vollziehen. Als

Anwalt, der einen oft einsamen Kampf gegen die (vor-)bürgerliche Klassenjustiz der Wilhelminischen Ära führte, trat er jeder Abwertung des Rechtsstaates auch in den eigenen Reihen vehement entgegen. Als Internationalist und regelmäßiger Teilnehmer der Kongresse der Zweiten Internationale bekämpfte er den Sozialpatriotismus innerhalb der SPD, sah jedoch in der Zustimmung zu den Kriegskrediten im August 1914 eine schmerzhaft notwendige Notwendigkeit.

Unter Haases Leitung hatte sich der Parteivorstand noch am 25. Juli gegen den Kriegskurs der kaiserlichen Regierung ausgesprochen. »Allerdings«, so Engelmann und Naumann, »mußte er bereits am 2. August 1914 auf der Vorstandssitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Kenntnis nehmen, daß er mit seiner Überzeugung in der Minderheit blieb, denn die Abstimmung über die Bewilligung der Kriegskredite brachte eine Mehrheit von vier zu zwei für die Bewilligung. Haases entschiedenster Widersacher in dieser Angelegenheit war Eduard David. In der Fraktionssitzung vom 3. August traten dann beide schon als Vertreter zweier unterschiedlicher Richtungen auf; David für die Mehrheit, Haase für die Minderheit. Während der erregt geführten Debatte traf Hermann Müller aus Paris ein und erklärte, daß die französischen Genossen wahrscheinlich für die Kriegskredite stimmen würden. Das bedeutete einen schweren Rückschlag für die ohnehin nicht sehr erfolgversprechenden Bemühungen Hugo Haases, eine Mehrheit für die Ablehnung der Kredite zu erreichen. So wurde schließlich mit 78 gegen 14 Stimmen beschlossen, für die Kriegskredite zu stimmen.« (S. 26)

Gegen seine innere Überzeugung fühlte sich Haase an die Partei- und Fraktionsdisziplin gebunden; ein Verhalten, das in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts so überaus häufig anzutreffen war. Für die verschiedenen Parteiflügel war Haase der Mann, der »trotz beginnender Anfeindungen seitens der Rechten und Linken als Integrationsfigur angesehen wurde und kurzzeitig auch als solche wirken konnte.« (S. 27) Doch je länger das blutige Völkermorden dauerte, je mehr auch rechte Sozialdemokraten annexionistische Forderungen erhoben, desto mehr spitzten sich innerhalb der SPD die Widersprüche zu.

Haase gelang es in der Fraktion nicht, eine Mehrheit für seine Antikriegshaltung zu mobilisieren. Am 25. März 1916 trat er von seinen Parteiämtern zurück und wurde zusammen mit Georg Ledebour Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der Keimzelle der USPD. Engelmann und Naumann, die vor einigen Jahren bereits eine fundierte Geschichte der USPD vorgelegt hatten, schildern detailreich Haases bedeutenden Anteil bei der Formierung dieser Partei im April 1917.³ Haase erkannte seit 1916, daß die Einheit der SPD, die Zusammenarbeit von Kriegsbeifürwortern und Kriegsgegnern nicht mehr möglich war, doch vermied er es immer, den ersten entscheidenden Schritt zur Spaltung zu tun. Er wurde deshalb von den radikalen Linken, die sich innerhalb der SPD und später der USPD zur Spartakusgruppe zusammenschlossen, scharf kritisiert. Doch war Haase nicht bereit, seinen Frieden mit der Monarchie zu schließen, in der er eine wichtige Ursache für Deutschlands Weg in den Krieg erkannte. Er lehnte deshalb die interfraktionelle Friedensresolution vom 19. Juli 1917 ab.

Im Herbst 1917 stellte sich Haase auf die Seite der meuternden Matrosen, die gegen ihre unerträgliche Lebenslage und die Aussicht auf einen »Heldentod« aufbegehrten. In scharfer Form wandte er sich gegen Reichskanzler Michaelis, der versucht hatte, die USPD deshalb außerhalb des Gesetzes zu stellen. »Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers beweist nur, daß das Wasser ihm und allen Anhängern seiner Politik bis an die Kehle dringt«, rief Haase am 9. Oktober 1917 im Reichstag aus. »Herr Reichskanzler Dr. Michaelis, so wird es nicht lange dauern und Sie werden sehen, daß Ihre Politik in Trümmern liegt.« (S. 47) Die Abgeordneten der SPD, des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei, die die Friedensresolution eingebracht hatten, wiesen Michaelis' Bestrebungen zurück, da sie fürchten mußten, der nächste Schlag könne sie treffen.

Ein Jahr später lag die Politik der Reichsregierung in Trümmern. Haase besaß, wie seine Biographen herausarbeiten, Anfang November 1918 »kein Konzept für die nun mit spontaner Wucht über ganz Deutschland hereinbrechende Revolution. Das traf übrigens auch für die meisten anderen führenden Köpfe der

USPD zu.« (S. 55) Als Haase am 7. November in Kiel, dem Ausgangspunkt der Revolution, eintraf, hatte sich Gustav Noske dort bereits – mit Unterstützung auch der Kieler USPD – zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates wählen lassen und dazu den Gouverneursposten übernommen. Die an einer alsbaldigen Beendigung der Erhebung interessierten Kräfte innerhalb der SPD besaßen also sehr wohl ein klares Konzept, das sie entschlossen umsetzten. Haase akzeptierte Noskes Stellungen widerstandslos. »Damit gab Noske und nicht Haase der beginnenden Revolution das Gepräge.« (S. 56) Diese trotz radikal-sozialistischer Vorstellungen oft zögerliche politische Praxis war Haases grundsätzliches Dilemma. Im sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten, der deutschen Revolutionsregierung, der Haase als einer von drei USPD-Vertretern (neben Dittmann und Barth) angehörte, konnte er sich gegenüber den Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Landsberg nicht durchsetzen.

Doch auch innerhalb der USPD geriet Haase »als Vorsitzender einer Partei, deren Mitglieder mehrheitlich die Revolution weitertreiben wollten, und Mitvorsitzender einer Koalitionsregierung, in welcher der Partner die Revolution so schnell wie möglich zu beenden gedachte, immer mehr zwischen die Fronten dieser gegensätzlichen Kräfte. Seine charakterlichen Stärken, als Integrationsfigur zu wirken, den Ausgleich zu suchen, zählten in einer Zeit schneller Polarisierung nicht mehr.« (S. 61f.)

Nach dem von Ebert befohlenen Angriff auf die Volksmarinedivision zur Befreiung des von den Matrosen festgehaltenen Berliner Stadtkommandanten Otto Wels traten die USPD-Volksbeauftragten aus der Regierung aus. Auf den eskalierenden Gang der Ereignisse hatten sie zu diesem Zeitpunkt nur noch begrenzten Einfluß. Nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg und der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung im Januar 1919 zog Haase dann einen deutlichen Trennungsstrich zur SPD. Er bekannte sich zu räte-demokratischen Vorstellungen, die, so seine Idee, mit dem Parlamentarismus verbunden sein sollten – und sich von der bolschewistischen Diktatur dadurch grundlegend unterscheiden würden.

Diese Evolution von Haases Ansichten wurde brutal abgebrochen: Am 8. Oktober 1919 wurde er Opfer eines Attentates, an dessen Folgen er am 7. November verstarb. Der Täter, ein Lederarbeiter, gab an, Haase nicht aus politischen, sondern aus persönlichen Motiven heraus angeschossen zu haben. Doch die Justizbehörden rührten keine Hand, um festzustellen, mit wem der Täter vor der Mordtat Kontakt hatte. Ungeklärt blieb auch, woher die Tatwaffe stammte, so daß, wie die Verfasser vermuten, »es sich um keine »unpolitische Tat« handelte, sondern daß hinter ihr Kräfte standen, die an der physischen Vernichtung des Sozialisten Hugo Haase interessiert waren.« (S. 77) Haase, dessen Stärke ein »rigides und gewaltsames Vorgehen gegen den politischen Gegner« nicht war, scheiterte an Kräften, die genau über diese zweifelhaften Qualitäten verfügten. (S. 62)

Der biographischen Darstellung sind nicht weniger als 44 Dokumente beigelegt, die über Leben und Wirken des sozialistischen Politikers und Anwalts der Entrechteten Zeugnis ablegen.

MARIO KESSLER

- 1 Arthur Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik, Hamburg 1991, S. 214 (zuerst 1935).
- 2 Diese Arbeit, als Dissertation an der University of Chicago verteidigt, erschien später auch auf deutsch: Kenneth R. Calkins: Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär, Berlin (West) 1976.
- 3 Dieter Engelmann, Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922, Berlin 1993.

**Fritz Vilmar (Hrsg.):
Zehn Jahre Vereinigungspolitik.
Kritische Bilanz und humane
Alternativen. Band 1,
trafo verlag dr. wolfgang weist
Berlin 2000, 286 S. (34,80 DM)**

Fritz Vilmar, Politologe der FU Berlin, hat im Unterschied zu manch anderen »Transformationsforschern« keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Er gab zusammen mit Wolfgang Dümcke 1995 das Buch »Kolonialisierung der DDR« heraus, das bis jetzt die einzige umfassende und grundlegende Kritik der (west)deutschen Vereinigungspolitik geblieben ist (Vorabdruck einiger Texte in UTOPIE kreativ,

Heft 60 [Oktober 1995]). Dieses Buch, das in Deutschland immerhin drei Auflagen erlebte, erschien inzwischen unter Mitwirkung von Gislaine Guittard auch in Frankreich. Die bei der Übertragung ins Französische von Vilmar gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse, ergänzt durch Beiträge namhafter ostdeutscher Publizisten, werden in dem jetzt vorliegenden Buch präsentiert, das bislang zu verzeichnende thematische Lücken schließt und den häufig attackierten Terminus »Kolonialisierung« als »strukturelle Kolonialisierung« präzisiert. Dieser Begriff beschreibt allerdings nur einen Trend des Vereinigungsprozesses. Auf der anderen Seite habe sich die Demokratisierung vollzogen, auf deren einzelne Bestandteile der Herausgeber ausdrücklich hinweist.

Das Buch konzentriert sich auf die Schwerpunkte Politik und Ökonomie. Der politische Teil des Buches enthält

- eine Darstellung der Faktoren, die die »friedliche Revolution« in der DDR im Herbst 1989 scheitern ließen. (Stefan Bollinger) Der Beitrag bringt viele neu recherchierte Fakten und kommt zu manch überraschender Schlußfolgerung. Nicht klar ist, von welchen Kriterien für die Bestimmung einer Revolution der Vf. ausgeht. Er bleibt plausibel, solange er für den Herbst 1989 eine revolutionäre Krise feststellt. Obwohl die Fortentwicklung zu einer Revolution nicht erfolgte, spricht der Vf. vom Scheitern der »demokratischen bzw. friedlichen Revolution«. Die Analyse von Eckehard Müller-Mertens ließ er dabei gänzlich unberücksichtigt. Dieser hatte darauf hingewiesen, daß seitens der Demonstrierenden zwar Forderungen gestellt wurden, jedoch sei es nicht zur Benennung, Wahl oder Bestimmung von Sprechern, Vertretern, Beauftragten oder von Abordnungen der Versammelten, der Protestierenden und Fordernden gekommen. Keine der neu sich bildenden Regierungen war eine Revolutionsregierung. Eine revolutionäre Krise, die sich zu keinem Moment zur Revolution weiter entwickelte, kann keine »gescheiterte Revolution« gewesen sein. Der Sowjetunion wirft der Vf. vor, daß sie durch die Aufgabe der DDR ihren Supermachtcharakter verloren habe. War es nicht eher umgekehrt: Die Sowjetunion konnte die DDR just zu dem Zeitpunkt nicht mehr halten, da sie de facto aufgehört hatte, eine Supermacht zu sein?

- eine umfassende Auswertung quantitativer und qualitativer Befragungen über den Wandel der Einstellungen sowie des Wert- und Selbstbewußtseins der Ostdeutschen (Rolf Reißig). Bedeutsam ist auch seine abschließende Schlußfolgerung: »Das Fenster alternativer Entwicklungspfade in der Moderne beginnt sich wieder zu öffnen. Zehn Jahre nach dem ›Ende der Geschichte‹ ist das durchaus bemerkenswert.«

- eine Zusammenfassung der verfassungsrechtlichen Debatte, die zeigt, daß Angst vor einer sozial und (direkt)demokratisch fortschrittlicheren Verfassung die Mehrheit der konservativen Juristen zu einer »Aktion Widerstand« gegen den Artikel 146 auf die ideologischen Barrikaden trieb (Jens Woelke/Fritz Vilmar). Deutlich herausgearbeitet werden die Defizite, die durch die Blockade der Verfassungsreformkonzepte des »Zentralen Runden Tisches« und des »Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder« entstanden sind. Abgeblockt wurden die Forderungen nach Einfügung sozialer Grundrechte in die Verfassung (Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung ...), die in der DDR-Verfassung enthalten waren, aber keineswegs immer respektiert wurden, und die Forderung nach direkt-demokratischen Rechten (Volksentscheid) in der Verfassung, wie sie inzwischen in einigen Länderverfassungen enthalten sind. Vermißt wird eine Schlußfolgerung: Da der mögliche Verfassungsfortschritt blockiert wurde, kommt dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches nicht nur historische Bedeutung zu.

- den empirischen Nachweis der »sozialen Liquidierung« oder Ausgrenzung ostdeutscher Eliten, obwohl es ein Potential ostdeutscher demokratischer »Gegeneliten« gab (Fritz Vilmar). Bereits 1993 waren etwa drei Viertel der im Wissenschaftsbereich tätigen Ostdeutschen entlassen worden. Die Neuausschreibung aller Lehrstühle führte dazu, daß fast alle Stellen an westdeutsche Bewerber vergeben wurden. Besonders gilt dies für leitende Positionen. Nur sehr wenige Ostdeutsche wurden Institutsdirektoren. Von den 1700 Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften, die positiv evaluiert wurden, erhielt nur ein kleiner Teil eine unbefristete Stelle. Leider sagt der Vf. nichts zu dem rechtswidrigen

Umgang mit der Gelehrtensozietät der AdW der DDR durch den Berliner Senat. Mit Zahlen belegt wird die Dezimierung der industriellen Forschung, die im Kontrast zu dem lauthals verkündeten »Aufbau Ost« stand. Die soziale Liquidation erheblicher Teile der ostdeutschen Eliten wird zutreffend als Tatbestand gewertet, der zu den klassischen Politikmustern der strukturellen Kolonialisierung gehört.

– eine empirisch belegte Antwort auf die nicht endenden Behauptungen der demokratischen Unzuverlässigkeit der PDS (Bernd Söll). Gekonnt wird die Dauerpolemik von Patrick Moreau zurückgewiesen, während die materialreiche und sachliche Studie von Peter Barker im »German Monitor« unberücksichtigt blieb.

In der ökonomischen Analyse sind die Schwerpunkte

– ein umfassender Überblick über die destruktive Behandlung der ostdeutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes 1989-1999 sowie der möglichen und dringend zu fordernden wirtschaftspolitischen Alternativen (Klaus Steinitz). Der größte Teil der prinzipiell funktionsfähigen Volkswirtschaft der DDR wurde so zerlegt und privatisiert, daß drei Viertel der industriellen Arbeitsplätze liquidiert wurden. In Ostdeutschland bildete sich eine Zweidrittelgesellschaft neuer Art heraus – ein Drittel hat nach Verlust des alten Arbeitsplatzes zwar einen neuen gefunden, der aber oft unsicher und prekär ist, während ein weiteres Drittel aus der Erwerbsarbeit hinausgedrängt wurde oder als Langzeitarbeitslose kaum noch eine Erwerbsperspektive hat. Im Vergleich zur alten Bundesrepublik wurden die Verhältnisse insofern umgekehrt, als eine breite Zone instabiler und prekärer Beschäftigung etabliert wurde und die soziale Marginalisierung vor allem durch Langzeitarbeitslosigkeit deutlich zunahm.

– eine kritische Analyse des oft übertrieben dargestellten Finanztransfers West-Ost, dem der größere Vermögens- und Profittransfer Ost-West gegenüberzustellen ist (Ulrich Busch). Gegenübergestellt wird vor allem der Vermögenstransfer von Ost nach West dem Finanztransfer von West nach Ost und dabei einleuchtend und belegt festgestellt, daß die Ostdeutschen für ein weiteres Jahrzehnt einen »Anteils- und Entschädigungsanspruch« haben,

der aus ihrer umfassenden Enteignung nach 1990 herrührt. Finanztransfers haben bis dahin praktisch den Charakter von Re-Transfers.

Die Bibliographie am Schluß des Bandes ist hilfreich für die weitere Forschung; jedoch sehr lückenhaft, z.B. wird die 1999 erschienene Gesamtausgabe der Texte des Runden Tisches von Uwe Thaysen nicht erwähnt.

In dem von Vilmar herausgegebenen Buch wird unter kritischer Berücksichtigung vielfältiger Quellen der Nachweis geführt, daß Helmut Kohl ausschließlich wegen »kalten wahltaktischen Kalküls« 1990 unter Ignorierung aller Warnungen von Fachleuten die überstürzte Währungsunion riskierte, die den größten volkswirtschaftlichen Rückschlag nach sich zog, der in der gesamten Geschichte des Kapitalismus bisher zu verzeichnen war. In kurzer Zeit verlor der Osten vier Millionen Arbeitsplätze, während im Westen zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Westdeutsche Handelsketten, die den Binnenmarkt der DDR unter sich aufgeteilt hatten, verdrängten Ostprodukte total aus den Regalen der Kaufhäuser und Geschäfte und die traditionellen Märkte in Osteuropa »brachen nicht weg«, sie wurden den ostdeutschen Produzenten »abgenommen«. Im Interesse des Machterhalts der regierenden Partei mußte Deutschland sich auf die »denkbar teuerste Art vereinigen«, heißt es in den »Thesen zur inneren Uneinigkeit« von Daniela Dahn, die den anderen Texten vorangestellt sind. Selbst die Enkel und Urenkel werden an den finanziellen Lasten noch zu tragen haben. So erfolgte Aufarbeitung der Vergangenheit nicht um der Zukunft willen, sondern auf »Kosten der Zukunft«.

Im zehnten Jahr der Einheit erreicht die ostdeutsche Industrie allmählich den Produktionsausstoß von 1989. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde trotz Demontagen und Reparationen der Vorkriegsstand schon 1950, d.h. nach fünf Jahren, wieder erreicht. Die offizielle Statistik bietet ein geschöntes Bild, wenn sie immer wieder auf das Jahr 1991 als Basisjahr ausweicht und so eine Steigerung von 140 Prozent errechnet.

In der Landwirtschaft kam es anders, als es sich die Bundesregierung gedacht hatte. Bonn setzte als Leitbild für die ostdeutsche Landwirtschaft auf den Familienbetrieb. In dogmatischer Weise wurde versucht, alles »Sozialistische« zu

liquidieren. Trotz politischer Beeinflussung, juristischer und ökonomischer Benachteiligungen und Hemmnisse für Gemeinschaftsunternehmen als Nachfolgenunternehmen der LPG ließ sich das westeuropäische Leitbild nicht auf den Osten übertragen.

Im Osten blieben die Agrargenossenschaften dominierend. Angesichts der Dauerkrise der subventionierten bäuerlichen Familienbetriebe, sei über ökonomische Mischformen nachzudenken, die die Dynamik des Kapitalismus mit den humanen Inhalten einer Gemeinwirtschaft verbinden. Gelänge es der ostdeutschen Landwirtschaft mit ihrem »Flaggschiff«, den Agrargenossenschaften, trotz aller Erschwernisse ihre Funktionsfähigkeit über einen längeren Zeitraum zu beweisen, könnte sie auch in Westeuropa an Anziehungskraft gewinnen.

Zehn Jahre nach Herstellung der Einheit zeigt sich deutlicher denn je, daß sich eine ostdeutsche Sonderidentität herausgebildet hat. Deutschland ist zwar ein Staat, es zerfällt aber in zwei Gesellschaften. Wer es mit der viel beschworenen »inneren Einheit« ernst nimmt, darf sich nicht auf die kritische Analyse beschränken. Es bedarf humaner Alternativen, wozu die Vf. Vorschläge unterbreiten.

Nicht durchgängig ist die theoretische Ausgangsbasis klar, von der aus analysiert und gewertet wird. Ist es gerechtfertigt, den Mauerfall als »wahnwitzigen Akt der Selbstentleerung« zu charakterisieren? War die DDR bis 1989 »totalitär«? Warum wird nichts zu den Praktiken der Gauck-Behörde gesagt, die nicht nur vom ehemaligen Innenminister der DDR, Peter-Michael Diestel, in letzter Zeit scharf kritisiert wurde?

SIEGFRIED PROKOP

Rainer Thiel:
MARX und MORITZ.
Unbekannter Marx.
Quer zum Ismus. 1945-2015,
trafo verlag dr. wolfgang weist
Berlin 1998, 171 S.

Das Ende der DDR hat auch für manche Linke befreiend gewirkt. Rainer Thiel, studierter Philosoph und Mathematiker mit einer ebenso

normalen wie engagierten DDR-Biographie, legt dafür mit seinem Essayband Zeugnis ab. Nur, das Lesen schmerzt. Gewollt und berechtigt, wenn Thiel den Finger auf die Wunde legt und die vertanen Chancen Linker anmahnt, die so schlecht mit der einmal errungenen Macht umgingen. Aber Bücher, die in Leserschelte und ich-bezogene Darstellung eines nachwendischen Dauerstreites mit der Wissenschafts- und Chefredaktion des »Neuen Deutschland« ausarten, haben etwas ebenso rührendes wie schrulliges an sich. Und das ist schade, für das Anliegen wie für den Autor selbst.

Nicht, weil Thiels autobiographische Ansätze eines ebenso treuen wie kritischen Kommunisten bewegen, der nicht wenig Ärger auf sich lud, weil er mit erstarrtem Denken und ebensolchen Strukturen nicht zurecht kommen wollte. Schon seine Überlegungen zu Schöpfertum und Erfinderschulen als Momente nicht mehr entfremdeter, kreativer Arbeit sind lesenswert. Gerade weil Thiel diese Ideen sowohl in der DDR wie in der Nachwende zu praktizieren suchte.

Und erst recht nicht, weil er berechtigt die einseitige und verkürzte Sichtweise nicht weniger anmahnt, die sich einst Marxisten nannten (oder noch nennen): die Marx auf den Theoretiker der Ausbeutung reduzieren und seine Entfremdungstheorie als Jugendstunde verdrängen wollen, die auf die demokratischen Ansätze bei Marx ebenso verzichten wie auf das Hinterfragen, was im Marxschen Sinne Volkseigentum bedeuten muß – eben nicht jene praktizierte Verstaatlichung letztlich aller Verhältnisse. Thiel verzweifelt an der, wie er es nennt, Moritz-Verkürzung durch derartige Marx-Interpretation. Nur, es wird einer jener Rundumschläge, der Gerechte und Ungerechte trifft.

Sicher sind Thiels Vorwürfe gegen das auch in der PDS mangelnde Marxverständnis zutreffend. Nur, bewegen wird dieses missionarisch eifernde Buch leider kaum etwas. Und das liegt eben nicht nur und nicht in erster Linie an den potentiellen Lesern. Es bleibt zu hoffen, daß Thiel zumindest in mündlichen Diskussionen gelegentlich auch Zuhörer erreicht und sie zum gemeinsamen Nachdenken bewegt.

STEFAN BOLLINGER

Uli Schöler: The Present and Future of Marxist Theory

The impact of the collapse of the East European Soviet system on Marxist theoretical reflection has yet to be clarified even ten years later. To shed light on this question the author begins his impressive study with an analysis of the writings of Marx and Engels, and their views of the transformation process from capitalist to socialist societies. According to Schöler most of the critical findings of Marx and Engels with regard to the capitalist mode of production are still valid. But they were unable to provide any useful advice on the ›transformation problem‹. This is – according to Schöler – due to their over stressing the so-called property-question. Following the recent dramatic upheavals in Eastern Europe, it would appear more obvious than ever, that who owns the means of production is of far less importance than who commands them and what these means are used for.

Ulrich Weiss: Marx and the possibility of socialism

In analyzing the failure of »State Socialism« Ulrich Weiss arrived at the conclusion that this social system never really was socialist. After the revolution of 1917 it was perhaps true that the working class was able to expropriate the bourgeoisie, but it was in fact unable to become the real owners of the industrial means of production. The newly invented ›peoples property‹ in reality was state property, remaining in nature capitalist and the proletariat remained proletariat. If Marx's original fundamental question – how to overcome capitalism and build a socialist society – were returned to today's agenda, we should have learned some important lessons: First, modern, post-fordist production organization has paved the way toward overcoming monotonous working regimes as well as opened the door to various forms of autonomous activities. Second, to achieve a fundamental change in social systems, we obviously need new forms of social movements – the old-style political parties, and trade unions are no longer useful. And thirdly, that such new emancipatory movements already exist, their main focus is not on typical class-bound interests but on questions of serious relevance to all human beings.

Ulla Plener: Social Justice needs Democracy in the Economy

A comprehensive approach to the issue of social justice must also include the problems of human dignity and freedom from oppressive forms of dependence. Within the political economy of workers' movements or the left, in general, the question of social justice has been closely linked to the struggle for democratic participation in the decision-making process and the greatest possible equality in the appropriation of produced goods and income. The author also argues that the modern capitalist state is obliged to legislate the insurance that workers and employees can influence decision-making in all social spheres regarding their social interests. They should also have the right to exercise (to a certain extent) control over decisive economic developments.

Dietrich Wahl: Political and economic democracy – the Phaleas-syndrom

Ancient Greek and Chinese scholars have long been aware that politics, morality and social necessities are intertwined with the economic order. Living together in peace and justice requires equality of private property or common ownership of the means of production. This article gives a brief outline of the development of this vital problem in human history: The first part focuses on pre-modern societies while the second handles modern ›capitalist‹ and ›socialist‹ societies. The problem itself has evolved and become more profound in accordance with the evolution of social structures. Counter-arguments expressing the perspective of ruling classes have altered correspondingly. Egalitarian and socialist concepts have been carried out in practice repeatedly in pre-modern (part 1) as well as in modern societies (part 2). The failure of such communities does not prove a lack of feasibility, but should rather be understood as a challenge to further contemplate the problem of transformation. Part 1 appeared in our September 2000 issue.

Kay Müller: Social Property as an Option

From the beginning of the labor movement, the struggle against capitalist private property has been of outstanding importance. In particular, different socialist movements – revolutionary as well as reformist – have regarded socialization of property as a means of breaking the trend of a growing polarization between rich and poor. Even though the failure of state socialism in Central and Eastern Europe has discredited the concept of creating social property, Kay Müller argues that modern socialist parties should at least keep open the option of socializing the means of production.

Michael Chrapa: Everyday Solidarity and latent Racism

In his recent study on »vulnerable groups« in East Germany – especially in the German state Saxony-Anhalt – Michael Chrapa, a sociologist and director of the FOKUS- (social research) Institute polled 1405 men and women about their opinions and behavior toward those, who for various reasons do not fully participate in all spheres of social life, i.e. on the one hand, the unemployed, the handicapped or the elderly, but also on the other hand, gays, lesbians, drug addicts, and victims of crimes. Chrapa arrived at very interesting but contradictory findings. A great majority of the interviewed persons expressed solidarity especially with those, who are Germans and who came have difficulties or are handicapped through no fault of their own. Strong rejection was expressed against mostly foreigners, gays, lesbians, and drug addicts. About 30 percent of those questioned – among them also supporters of left parties – were extremely xenophobic or frankly racist.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren, wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V. Gründungsvorsitzende: GUNTHER KOHLMAY † und HELMUT STEINER
Redaktion: WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.), ULLA PLENER, ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: utopie-kreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Druck: BärenDruck GmbH, Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand): DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM

